

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erhältlich täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (frei-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Moris über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inzertale für
 die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonntag, den 16. Juli 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Menschenopfer und Gruben- Kapitalismus.

Marg hat schon vor Jahrzehnten darauf hingewiesen, daß die kapitalistische Produktionsweise in ihrem Fortschritt immer mehr mit den von ihr selbst geschaffenen Produktivkräften in Konflikt gerät, d. h. daß sie sich völlig unfähig zeigt, die durch die moderne Technik entfesselten Produktivkräfte so auszunutzen, wie es das Interesse der Gesellschaft erfordert. Wer heute unsere große Industrie betrachtet, findet für diese Voraussage überall Beweise. Wie sehr auch der Umfang der Produktion gestiegen ist, noch stärker sind die Produktionsmöglichkeiten gewachsen, so daß der Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter dem Druck der von ihr selbst erzeugten und gesteigerten Produktivkraft immer wieder verfaßt und sich in verheerenden Wirtschaftskrisen Luft macht.

Immer mehr erweist sich die heutige kapitalistische Produktionsweise als gänzlich unfähig, die Masse der vorhandenen Produktionsmittel in Kapital zu verwandeln. Der Bedarf für die verschiedensten Fabrikate ist vorhanden, so mancher könnte noch Zeug, Möbel, Werkzeuge usw. gebrauchen; die Möglichkeit einer entsprechenden Produktionsausweitung ist ebenfalls gegeben: Maschinen, Rohstoffe, Arbeitskräfte sind genügend vorhanden oder liegen in kürzester Frist herbeischaffen; aber die Eigenart der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsweise, die Tatsache, daß der Arbeiter in seinem Arbeitslohn nur einen Teil seiner Arbeitsleistung bezahlt erhält, hindert, daß der Konsum mit der Entwicklung der Produktivkräfte Schritt zu halten vermag. Während Millionen Mangel leiden, liegen die Betriebe, die diesem Mangel abhelfen könnten, teilweise brach, sieht sich der Werkbesitzer gezwungen, seine Maschinen stillzusetzen, seine Arbeiter zu entlassen — denn nach seinen Ergebnissen ist keine Nachfrage, kein Bedarf, weil die Arbeiter unter dem sie in Notigkeit haltenden heutigen Lohnsystem die von ihnen benötigten Waren nicht kaufen können. Und wenn in Zeiten sogenannter aufsteigender Konjunktur diese Hemmung etwas zurücktritt, dann stellt sich alsbald als notwendige Konsequenz des kurzen Aufstiegs der Rückschlag, die Wirtschaftskrise ein und demonstriert auch dem Wildbeuten, daß die heiligen „Gesetze“ unserer heutigen Wirtschaftsordnung solche Ausnutzung der Produktionsmöglichkeiten nicht erlauben, soll nicht diese hehre Ordnung alsbald in heftige Schwankungen geraten.

Doch noch in anderer Hinsicht zeigt sich das heutige kapitalistische System als ein Hindernis des wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts: nämlich durch seine Wirkung, die Produktion auf einer niederen technischen Stufe zurückzuhalten, als dem Stande wissenschaftlicher Technik entspricht. Gewöhnlich wird der Einfluß der modernen Produktion auf die Entwicklung der Technik bei weitem überschätzt, indem einfach die jetzige mit einer um Jahrzehnte zurückliegenden Produktionsstufe verglichen wird. Stellt man aber die Frage, welche technischen Erfindungen und Verbesserungen sind gemacht worden und wie viele von diesen haben in den verschiedenen Industriezweigen bisher Anwendung gefunden, ergibt sich ein ganz anderes Resultat. Dann zeigt sich, daß es doch nur sehr wenige Betriebe sind, die sich die neuen Vervollkommnungen zu eigen gemacht haben — oft steht kein einziger ganz auf der Höhe der technischen Leistungsfähigkeit — und daß es neben diesen wenigen eine Masse anderer Betriebe gibt, die noch mit rückständigen, längst überholten Betriebsmitteln arbeiten. Warum? Nicht weil die Neuerungen nicht brauchbar sind, sondern weil ihre Anschaffung Geld kostet, weil sie die vorhandenen alten maschinellen Einrichtungen entwerthen würden und weil sich für den Werkbesitzer in Anbetracht der niedrigen Arbeitslöhne die Anwendung der alten Maschinerie vorläufig immer noch lohnt; zweitens aber weil der Werkbesitzer, der sich technisch verbesserte Betriebsmittel anschafft und damit seine Produktion steigert, noch keineswegs weiß, ob er für seine vermehrte Erzeugung auch vermehrten Absatz findet.

So bildet der private Besitz an Produktionsmitteln selbst dort ein Hindernis der technischen Ausgestaltung der Betriebe, wo es sich um eine Steigerung der Produktion und Verringerung ihrer Kosten handelt, noch weit mehr aber steht er hemmend der Anwendung solcher technischen Verbesserungen entgegen, die nicht das eben genannte Ziel verfolgen, sondern eine Sicherung des Arbeitspersonals gegen Unglücksfälle oder eine Erleichterung der körperlichen Anstrengung der Arbeiter. Für derartige Ausgaben fehlt es selbst in den rentabelsten Betrieben an Geld.

Zu diesen Betrachtungen werden wir durch den sogenannten Unglücksfall auf der Zeche „Vorussia“ veranlaßt. Gätten auf dieser Zeche auch nur teilweise die modernen technischen Betriebsverbesserungen Anwendung gefunden, der „Unglücksfall“ wäre nicht nur vermieden worden, er hätte überhaupt nicht vorkommen können.

Erstens: das Unglück entstand durch die Explosion einer großen Petroleumlampe. Ja, warum waren nicht elektrische Lampen angebracht? Seit Jahrzehnten hat sich die Technik der Konstruktion großer und kleiner Sicherheitslampen zuweitend und, wie die Düsselbacher und jetzt wieder die Püttlicher Ausstellungen beweisen, mit größtem Erfolg. Warum gelangen sie nicht zur Anwendung? Weil der alte Schund es nach Ansicht der Grubenmagnaten auch noch tut. Die neuen Lampen sind teuer, Menschenleben aber billig.

Zweitens wird gemeldet, die Explosion sei beim Abtragen von Holzstempeln aus dem Förderkorb erfolgt. Nun werden zwar zum Stützen beim Streckenabbau noch vielfach, man kann sagen, noch meistens Holzstempel verwendet; aber in technischer Hinsicht sind sie längst durch bessere Materialien ersetzt: durch eiserne Holzstempel, speziell durch die ausziehbaren Stahlrohrstempel der Mannesmann-Werke. Sie sind präzisierter, leichter anzubringen,

haben eine größere Stützkraft und leisten bei einem Ausbruch von Gränden einen ungleich größeren Widerstand — aber sie sind teurer.

Drittens heißt es: der Schacht war bis zur siebenten Sohle mit Holz ausgebaut, das ganz trocken und mit Kohlenstaub bedeckt war, sodas die Schachtzimmerung sofort Feuer fing. Längst werden die Schächte ausgemauert, neuerdings mit Tubbing, die mit Beton ausgefüllt werden oder hinter die man Beton stampft: eine Vermauerung, die ein Inbrandgeraten des Schachts völlig ausschließt — doch Holzzimmerung ist natürlich billiger.

Viertens wird gemeldet: Rettungsapparate waren auf der Zeche „Vorussia“ nicht vorhanden, sondern mußten erst von der „Germania“ geholt werden. Auch in der Konstruktion solcher Rettungsapparate hat die Technik Bedeutendes geleistet. Die Hibernia-Gesellschaft zeigt in der Ausstellung des Rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats in Püttlich ein reiches Sortiment solcher Apparate und zugleich veranschaulicht sie in einer Uebersichtstafel deren Anwendung. Begeisterter hat die Unternehmerpresse diese Leistung gepriesen. Die „Industrie“, Fachzeitung für den Kohlen-, Stahl- und Erzbergbau, meinte hochentzückt: „So ist recht gut, daß auf Ausstellungen drahtlich der ganze komplizierte Apparat mit gezeigt wird, den man unter der Erde in Betrieb setzt, zur Rettung von Menschenleben. Die große Masse des Publikums hat und kann auch keine Ahnung haben, was alles von seiten der Arbeitgeber getan wird, um Unglücke zu verhüten oder wenn solche trotzdem eintreten, mit allen Hilfsmitteln der Technik die Rettung der Verunglückten zu versuchen.“

Was von seiten der Arbeitgeber — vielleicht nicht aller, aber doch vieler — geschieht, zeigt der „Unglücksfall“ auf der „Vorussia“ deutlicher als die Redensarten des Berichterstatters der „Industrie“ — „Rettungsapparate waren nicht vorhanden!“ Daß man auf Ausstellungen mit derartigen Apparaten paradiert, hat wenig Zweck — wenn sie auf den Gruben fehlen. Und die Zeche „Vorussia“ gehört keineswegs einer unrentablen Gesellschaft, die sich Ausgaben für Rettungsapparate nicht leisten kann; sie gehört der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft, der größten aller Bergbau-Gesellschaften des Ruhrreviers; der Gesellschaft, die an der Spitze des Kohlen-Syndikats steht und in den letzten fünf Jahren eine Durchschnittsdividende von über 11 Prozent verteilt hat. Wenn derartige Zustände auf den Zechen der größten leitenden deutschen Bergbau-Gesellschaft herrschen, was ist dann von denen dritten, vierten Ranges zu erwarten?

Recht eigenartig ist wieder das Verhalten der kapitalistischen Presse. Sie heulmetert über den „unvermeidlichen Unglücksfall“, findet aber kein Wort der Kritik; ja sie leistet sich teilweise sogar noch eine Beschönigung der „Verhältnisse“ auf der „Vorussia“. So schreibt beispielsweise der unparteiliche „Lokal-Anzeiger“: „Hier und da ist die Meinung ausgesprochen worden, daß die Katastrophe nach ihrer Art unverhältnismäßig viel Menschenopfer gefordert habe, und es wird dabei einerseits auf die unmodernem Schachtsanlagen hingewiesen, andererseits auf die Notlosigkeit der Bergleute im Augenblicke des Ereignisses. Nicht ist verkehrter als das. Die Zeche „Vorussia“ hat allerdings, da sie ja eine der alten Zechen des Ruhrgebietes ist, nicht solche modernen Anlagen, wie z. B. die neuen „Hibernia“-Gruben oder die Schächte der Gelsenkirchener und Harpener Gesellschaft aus der neueren Zeit aufweisen können. Aber es ist den bergpolizeilichen Vorschriften zur Sicherung von Leben und Gesundheit der Arbeiter hier ebensogut Rechnung wie dort, freilich nach Maßgabe der Lohalen, bezw. im Altersunterschied liegenden Verhältnisse.“

Angesichts der blutigen Opfer des Grubenkapitalismus ein Verurteilungsspiel, für welches das Wort „perfide“ noch zu milde ist.

Die russische Revolution.

Wie die „Russ. Korr.“ aus vorzüglicher Quelle erfährt, macht sich in der kaiserlichen Familie eine immer stärkere Unzufriedenheit mit dem Zaren bemerkbar, und speziell die Kaiserin-Mutter Maria Feodorowna soll auf die zeitweilige Zurückziehung des Kaisers von der Regierungsgeschäften hinwirken. Es würde nicht viel Ueberredungskunst dazu gehören, Nikolaus zu dem zeitweiligen Verzicht zu bestimmen. Er hat, abgesehen von Stunden, in denen er plötzlich Anwandlungen eines entschlossenen Autokraten bekommt, selbst das Bewußtsein, daß er seiner Aufgabe nicht gewachsen ist, und seiner Gemahlin gegenüber hat er häufig allen Ernstes den Wunsch ausgesprochen, die Rolle des Zaren mit der eines Klosterprioraters zu vertauschen.

Wir würden diese Mitteilungen, fügt die genannte Korrespondenz hinzu, für zutreffend halten, auch wenn sie uns nicht von einer vorzüglich unterrichteten Stelle zügingen. Wahrscheinlich wäre schon längst eine Kaiserrevolution eingetreten, wenn man sich nur auf einen Nachfolger für den Mann einigen könnte, von dem seine kaiserlichen Verwandten genau so gut wie sein Hofstaat nur in den verächtlichsten Wendungen reden.

Der Aspiranten sind zu viele, und unter ihnen ist keiner, der sich von den anderen durch irgend eine Eigenschaft auszeichnete, die ihn zum Herrscher in diesem Augenblick befähigte. Brutalität und Gewissenlosigkeit sind für diesen Versuch im gegenwärtigen Moment ebensowenig eine ausreichende Qualifikation wie die bis zur Virtuosität aus-

gebildete Kunst, sich auf Kosten des Volkes zu bereichern. Und die Kaiserin-Witwe? Diese Frau wäre vielleicht vom Standpunkt des Zarismus aus betrachtet am geeignetsten, die Bügel in die Hand zu nehmen, aber den stolzen Vätern der „dänischen Köchin“ legt die Natur natürlich unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg.

In Warschau soll es, nach Nachrichten über Wien, zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen dem litauischen Garderegiment und Kosaken gekommen sein. Das Garderegiment ließ durch acht Offiziere erklären, es schiede nicht mehr auf Aufständische, worauf die Offiziere zum Tode verurteilt wurden. Das Regiment weigerte sich, die Strafe zu vollstrecken. Hierauf töteten Kosaken die Offiziere, wurden aber von den Mannschaften des Regiments niedergemacht.

Auch die Kosaken rebellieren.

Nach einer Meldung aus Lodz ist auf dem Wege von dort nach Pjeterz unter einer Kosakenabteilung von 200 Mann ein „Meuterei“ ausgebrochen. 60 Mann weigerten sich, das ihnen gebotene Mittagessen anzunehmen, da es zu schlecht sei. Sie sandten einen aus ihrer Mitte, den Mohammedaner Ali Chasanow, zum Rittmeister, um die Forderung zu überbringen, daß ihnen wegen des Kriegszustandes, in dem sie sich zu befinden glauben, doppelte Rationen und doppelte Löhnung zugestanden würden. Der Rittmeister ersah Chasanow auf der Stelle. Die Kosaken verbarren trotzdem bei ihrer Forderung. Es mußte Infanterie herbeigebracht werden, der es schließlich gelang, die 60 Reuterer zu fesseln. Sie wurden in das Militärgefängnis der Festung Zwangorod abgeführt.

Eine Bombenfabrik in Petersburg.

Dem „L. A.“ wird aus Petersburg vom 15. Juli telegraphiert: Gestern wurde im Zentrum der Stadt an der Fontanka im Hause neben dem Verkehrsministerium eine Bombenfabrik aufgeschoben. Als die Polizei nachts die Räume betrat, wurde sie mit Schüssen empfangen, durch die ein Polizeioffizier und ein Hausknecht verwundet wurden. Der Attentäter ist verhaftet, es ist ein Mann, der einen falschen Paß bei sich trug. Vorgeschnitten wurden viele fertige Bomben, 16 Kilogramm Dynamit, zahllose Proklamationen, in denen die Arbeiter zum 22. Juli, dem Tage, an dem vor einem halben Jahre das Blutbad von Petersburg sich ereignete, zu Demonstrationen, zum Werfen von Bomben unter das Militär und die Bevölkerung zum Ausschlagen schwarzer Fahnen als Sympathiebeweis aufgefordert werden.

Dem „L. A.“ wird aus Petersburg telegraphiert:

In der Wohnung des Wirklichen Staatsrats, Ingenieurs für Wegebauten Zwanigki hiersebst sollte eine Hausdurchsuchung vorgenommen werden. Als die Polizei in Begleitung des Hauswartes eintrat, feuerte Zwanigki mehrere Schüsse ab, wobei ein Schütze des Bezirksaufsehers schwer verwundet, der Hauswart getötet wurde. Darauf flüchtete Zwanigki auf das Dach und drohte jeden niederzuschießen, der sich näherte. Es mußten Kosaken aufgeschoben werden. Eine Masse Menschen sammelte sich an, schrie und lärmte. Die Kosaken haben mit Bagatellen in die Menge, wobei viele Verletzungen vorliefen. Mit Mühe wurde endlich Zwanigki verhaftet, auch ein junges Mädchen, das sich in seiner Wohnung befunden hatte.

Gärung in der Marine.

„Central News“ erfährt aus Odessa, daß auf sämtlichen Schiffen der Schwarzen Meer-Flotte je 1/2 Bataillon Infanterie eingesetzt sind, zu dem Zwecke, etwaige Vorfälle, wie sie sich auf dem „Potemkin“ zugetragen haben, zu verhindern. Amtlicherseits wird zugesagt, daß die Haltung der Mannschaften sehr unzuverlässig ist.

Eine Petersburger Nachricht meldet, daß die Matrosen des Linienschiffes „Katharina II.“ ausländisch seien und das Schiff verurteilt hätten!

Demonstrierende Richter.

Aus Odessa wird der „R. Fr. Pr.“ berichtet: Vor den Friedensrichtern standen am 13. d. Mts. 102 Personen unter der Anklage, sich bei den Unruhen am 23. Juni an den Plünderungen im Hafen und an Brandstiftungen beteiligt zu haben. 74 wurden freigesprochen, 28 verurteilt, und zwar zu je sechs Wochen Arrest, von welchen die zwei Wochen Untersuchungshaft abgezogen werden.

Man glaubt, daß auch die freigesprochenen schuldig sind und sieht diese Urteile als Demonstration gegen die verhassten Beamten auf. Die Friedensrichter werden nicht ernannt, sondern von der Bevölkerung gewählt. Sie sind also keine Beamte.

Auch diese Urteile zeigen den Konflikt der zwischen den städtischen und den Militärbehörden besteht. Das Publikum billigt die Urteile, welche die Friedensrichter wälten ließen.

Pöbelzerze gegen Juden.

Aus Warschau wird gemeldet, daß in Jozefabaim Goubernement Pulawy während eines stark besuchten Wochenmarktes auf dem Ringplatze eine Eisenhandlung erbrochen wurde und mit den geraubten Eisenstücken die Kaufhäuser und Wohnungen der Juden überfallen wurden; mehr als 200 Wohnungen und 100 Kaufhäuser wurden ausgeraubt und zerstört.

Ein wenig Gnade statt Recht.

Petersburg, 15. Juli. Der „Regierungsbois“ veröffentlicht einen Gnadenverlaß für diejenigen, welche wegen religiöser Vergehen bereits die ihnen zuerkannte Strafe verbüßen oder gegen die bis zur Veröffentlichung des Erlasses noch keine gerichtliche Verfolgung eingeleitet oder ein gerichtliches Erkenntnis noch nicht erfolgt ist. Die

Strafzeit der wegen religiöser Vergehen zu Korrekionsstrafen, Festung, Gefängnis oder Haft Verurteilten wird um ein Drittel, die der zu Zwangsarbeit mit Rechtsverlust Verurteilten um die Hälfte verkürzt. Letzteres findet auch Anwendung auf die Gefängnisstrafe der verurteilten Minderjährigen.

Als „religiöse Vergehen“ gelten in Österreichs Reich jede Religionsübung und jede Äußerung, die von der orthodoxen Lehre abweichen. Obwohl schon in dem Toleranzpatent des Jaren vom 30. April d. J. allen Sektierern volle Religionsfreiheit zugesichert worden ist, wird doch jetzt die sogenannte „Sekte der Evangelisten“ wegen Verbreitung ihrer Lehre strafrechtlich verfolgt werden.

Politische Uebersicht

Berlin, den 15. Juli.

Selber der russischen Revolution.

Noch immer wagen es einige Blätter der Scharfmacherei, die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zu den russischen Ereignissen für ihre Zwecke ausbeuten zu wollen. Als jüngst die Leitung unserer Partei den Aufruf veröffentlichte, in dem zu Sammlungen für die Opfer der russischen Revolution aufgefordert wurde, erhob sich ein wildes Toben in jener Presse, in der „Kreuz-Ztg.“, in der „Post“, in der „Deutschen Tages-Ztg.“. Man schrieb, wie die Regierung es dulden könne, daß in Deutschland die russischen Revolutionäre unterstützt werden, welche gegen den befreundeten Herrscher des russischen Reiches mit allen Waffen der Gewalt arbeiten. Die Scharfmacher übersehen in ihrer tobenden Wut, daß der Aufruf zunächst für die Opfer der russischen Revolution gilt, für die Witwen und Waisen und für die Verwundeten, die das zarische Scharrenregiment zu Tausenden schafft. Jedoch wir haben nie den geringsten Zweifel gelassen an unserer Sympathie und Begeisterung für die russische Revolution, wie wild auch die Scharfmacher sich gebärden mochten. Jetzt vollends ist ihr Toben nur lächerliche Dummheit, der Krakeel kommt zu spät. Vor Jahresfrist konnte der Entrüstungssturm noch auf Erfolg rechnen. Damals war auch die mittelparteiliche Presse noch geneigt, wider die „Ausfälschungen“ der Sozialdemokratie in den russischen Angelegenheiten den Scharfmachern Hilfsdienste zu leisten. Aber der gewaltige Gang der Geschichte hat diese Reigungen zum Schweigen gebracht.

Die Auflösung des russischen Reiches beweist die Nichtigkeit der Anlagen, welche mit der russischen Sozialdemokratie die deutsche Sozialdemokratie von jeher erhoben hat. Und die „Schnorrer und Verschwörer“, gegen die der deutsche Reichslanzler unter dem Weisfall der Reichstagsmehrheit die Polizeigewalt ins Werk setzte, haben sich als Gelden der Geschichte gezeigt, daß selbst der deutsche Pfälzer vom feigen Dulden preußisch-deutscher Gewalttätigkeit sich zur Hochachtung vor den Kämpfern der russischen Revolution durchrang. Es ist nicht lange her, daß in der bürgerlichen Presse die Tapferen der russischen Revolution als „Aufrechter“ und „Reuterer“ herabgesetzt worden sind. Noch heute lehren wohl in den russischen Depeschen die Worte der Verächtlichkeit wieder, aber es sind nur leere Worte. Da das Blatt der Geschichte sich wendet, ist selbst Scherl der Sympathie mit der russischen Revolution verdächtig geworden und in den bürgerlichen Blättern finden sich Schilderungen der russischen Zustände und der Rußland beherrschenden Persönlichkeiten, des Jaren selbst, die, wenn sie vor Jahresfrist in einer sozialdemokratischen Zeitung zu lesen gewesen wären, die heftigste Entrüstung derselben Blätter erregt hätten.

Ein Beispiel bietet heut die „National-Zeitung“. Das letzte Attentat auf den Stadthauptmann von Rossau Grafen Schuwalow — löst es etwa wie ehemals entrüstete Äußerungen gegen die verblendeten Revolutionäre aus? Keineswegs. Anstatt der Entrüstung über das politische Attentat wird von dem Manne, den die Augen des Attentäters getroffen haben, eine Schilderung entworfen, die in jeder Zeile Verständnis für die Tat des „Mörders“ und Billigung belundet. Die „Nat.-Ztg.“ gibt einer Korrespondenz aus Petersburg Raum, in der u. a. ausgeführt wird:

Ein neuer Nord stammt wie ein warnendes Feuerzeichen am politischen Horizont Rußlands auf. Und wie bei dem Großfürstenmord die Anarchisten es durch die Wahl des Opfers sehr geschickt verstanden haben, möglichst geringe Empörung über ihre Schandtat in der Öffentlichkeit hervorzuheben, ja sogar deren Begriffe zum Teil zu verwirren bis zu halber Billigung, so ist es auch diesmal der Fall gewesen. Wieder ist es beinahe ein raffiniert geschickter Kellamemord zu nennen. Denn der durch Würdevollhand Gefallene war in jeder sichtbaren Beziehung, soweit er nicht in absolute Farblosigkeit des Geistes und des Charakters sich auflöste, unsympathisch und roh. Nicht im Sinne der Brutalität, aber zierlichen Energie eines Knechtes, dessen in ihrer Art impotente eiserne Großzügigkeit der eiteln und kleimlichen Natur des Großen Schuwalow abging; — es waren die unangenehmen persönlichen Eigenschaften einer entwerteten und aufschwundenen Natur, die oft, trotz der weithin sichtbaren repräsentativen Posten, an denen der Graf zu wirken berufen war, nicht einmal das äußere Deforum zu wahren über sich gewann. Schuwalow tat dadurch auf seinen Provinzposten dem Ansehen des Jarenhofes schweren Abbruch; dem ihm ging stets die Stunde voraus, er sei der Intimiten einer beim Jaren und auch bei den Großfürsten. Der Ermordete, der verhasste Sohn eines wirklich großen Vaters, nämlich des langjährigen Berliner Vorkämpfers und Generalgouverneurs des Königreichs Polen, war in der Tat das Urbild eines höchsten Günstlings. Früh gelangte er zu hohen Ämtern, zu deren würdiger Ausfüllung ihm nicht allein die geistigen Fähigkeiten fehlten, sondern ihm sogar am nötigsten Takt gebrach; nicht einmal in der Wahl seiner Umgebung zeigte er Geschmack, sondern geriet, durch seinen Hang zu Teufel, Tinseltangel und Karten, bezüglich seines ständigen Verkehrs auf ein angelegentlich seiner hohen Würden recht niedriges Niveau. Daß dieser eitle Karriercheld, der überflüssigerweise — es war als Gouverneur von Odesa — bei ganz harmlosen Studenten-Demonstrationen höchst eigenhändig die Kagala schwingend durch die Straßen gelaufen war, ein intimer Enkelkinder des Großfürsten Sergius war, machte ihn in weitesten Kreisen erst recht verhasst und ließ den Einfluß dieser unter sonstigen Umständen gewicht recht harmlosen, von eigenem Dünkel aufgedunsenen Kull höchst verderblich erscheinen. Tatsächlich ist er seinen hohen Konnektionen zum Opfer gefallen, denen er seine ganze Laufbahn verdankt. Seine eigene Persönlichkeit wäre an sich viel zu unbedeutend gewesen, um ein Attentat heraufzubeschwören. Offenbar bezweckten die Revolutionäre zweierlei: einmal seinen Einfluß zu eliminieren, und dann höchste Verwirrung und Demütigung in die allerhöchsten Kreise hineinzutragen.

So spricht ein höchst staatsverhaltendes, höchst ordnungliebendes und insbesondere auf die guten Beziehungen zum Auslande bedachtes nationalliberales Blatt über ein russisches Attentat. Vor kurzem noch wäre eine derartige Veröffentlichung von demselben Blatte als „Gefährdung der guten Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland“ denunziert worden. Jetzt wird einer der einflussreichsten, am Jarenhofe angesehensten Menschen, ein Intimer des Jaren selbst, als eitle Karriercheld, als roher Gewaltmensch gekennzeichnet. Jetzt wird in der Tatsache, daß solch hinföhrer Gesell, ein ausgemachter Lump, eines der höchsten Reuterer des Reiches innehaben konnte, das ganze System der zarischen Korruption

grausam gebrandmarkt. Jetzt ist die ansässige, wohlgesinnte Presse, die vor jedem batten Wort erschrickt, der die revolutionäre Tat auflegen in die Glieder jagt, — Selber der Revolution geworden.

Freilich gilt das nur auf so lange als die Revolution Erfolg hat. Je erfolgreicher sie ist, um so eifriger wird die bürgerliche Tapferkeit die zärtlichen Verkommenheit nachweisen. Würde die Revolution aber niedergeschlagen, so würde die gute Bestimmung und die Rücksicht auf die guten Beziehungen wiederkehren und die Revolutionäre würden ebenso geschmäht werden wie jetzt ihre Taten offen oder schweigend gebilligt werden!

Deutsches Reich.

Reichsgesetzgebung.

Der Reichstag, so verläutet, soll in der zweiten Hälfte des Oktober wieder zusammentreten, voraussichtlich am 24. Oktober.

Der Bundesrat wird im Herbst zunächst die Gesetzentwürfe fertigstellen haben, die ihm bereits zugegangen und den Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen sind. Dahin gehört der Entwurf über den privaten Versicherungsvertrag und der Doppelentwurf über den Schanz der Werke der bildenden Künste sowie der Erzeugnisse der Photographie. Als ziemlich sicher kann man es betrachten, daß der Bundesrat sich im Herbst auch mit dem Entwurf betreffs Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker beschäftigen wird, ebenso mit den Entwürfen über die Ausgabe kleinerer Reichsbanknoten und über die neue Maß- und Gewichtsordnung. Diese Vorlagen werden, da sie im großen ganzen in der früheren Form wieder erscheinen dürften, keine größere Arbeit verursachen. Ebenso auch nicht die etwa bis dahin zum Abschluß gebrachten neuen Handelsverträge. Hauptgegenstände der Beratung des Bundesrats werden der Reichshaushalts-Etat für 1908 und die Reichsfinanzreform-Vorlage bilden. An der letzteren wird auch während der Abwesenheit des Reichskanzlers im Reichsschatzamt gearbeitet. Man hofft, daß es sich ermöglichen lassen wird, sie im Bundesrat so frühzeitig zu erledigen, daß sie zu den ersten dem Reichstage in der nächsten Tagung zuzulegenden Vorlagen gehören kann. Dazu kommen die Militärpensionsgesetze, die jedenfalls in unveränderter Gestalt wiederkommen werden. Schließlich verläutet von einer größeren Novelle zur Gewerbe-Ordnung und einer Novelle zum Gesetz betr. den Unterstützungswohnsitz.

Die Internationale Kriminalistische Vereinigung wird vom 11. bis 15. September d. J. ihren zehnten Kongress in Hamburg abhalten. Das Programm der diesjährigen Tagung liegt nunmehr vor. Die Eröffnungsfeier wird der Präsident der Vereinigung, Professor Dr. Prins, einleiten mit einem Vortrage über: „Die Schwierigkeiten des Strafproblems in der Gegenwart“. Sodann wird die Versammlung in die Beratung der Frage eintreten: „Das internationale Verbrechen und seine Bekämpfung“. Berichterstatter Regierungsassessor Dr. Lindenau und Dr. Hoff. Der Kongress wird sich weiter mit der Bedeutung der Milderkeit für die Behandlung des Verbrechers beschäftigen. Professor v. Ritz wird über die Behandlung der vermindert Zurechnungsfähigen sprechen. Der letzte Tag des Kongresses soll dem Thema der Rehabilitation und der internationalen Kriminalstatistik gewidmet sein, für welches letztere Professor van Hamel-Amsterdam das Referat übernommen hat.

Neur psychiatische Beobachtung vor Kriegsgerichten. Aus Mainz wird der „Frank. Ztg.“ berichtet: Die in der Presse seit langer Zeit nachdrücklich erhobene Forderung, daß die Militärgerichte bei Delikten, für deren Begehung eine ausreichende Erklärung nicht vorliegt, psychiatrische Beobachtungen veranlassen, scheint neuerdings mehr und mehr durchzubringen. So sind hier zwei Fälle derartiger Ueberweisung bekannt geworden. Der Premier-Jacobson aus Homburg von den Eltern in Kassel war wiederholt vom hiesigen Kriegsgericht verurteilt worden. Da er die Delikte ohne jeden erkennbaren Anlaß verübte, wurde er auf Drängen seines Verteidigers der Bonner Universitätsklinik zur Beobachtung überwiesen. Das jetzt vorliegende Gutachten stellt fest, daß Jacobson schon seit mehreren Jahren geisteskrank ist. Auch der Arbeitsfeldat Freiboith ist der Bonner Klinik zur Untersuchung seines Geisteszustandes überwiesen worden.

Antisemitische Belehrungsfähigkeit. Zu der Kameruner Besichtigungsvreise, so schreibt die „Köln. Volksztg.“, hatten die „Deutsch-Sozialen Blätter“ des Abg. Liebermann v. Sonnenberg jüngst spöttisch bemerkt, wenn die acht Herren vom Reichstage „nicht etwa unterwegs ein gutes Buch lesen, werden sie in den fünf Tagen in Afrika nicht viel zulemen“. In seiner neuesten Nummer schreibt dasselbe antisemitische Organ — trotzdem unterdessen bekannt geworden ist, daß die Herren auf der Sperrtour für Logo sowie für Kamerun tatsächlich nur etwa je fünf Tage übrig haben —: „Die Gelegenheit, einzelne wichtige Teile des Landes selbst zu sehen, ist also erheblich reichlicher, als es ursprünglich hieß.“ Woher mit einemmal dieser Stimmungswandel in den „Deutsch-Sozialen Blättern“? Der folgende Satz klärt darüber deutlich genug auf: „Zu den Eingeladenen gehört übrigens auch Herr Abg. Pattmann.“ Nachdem die „Deutsch-Sozialen Blätter“ also erfahren haben, daß auch ein Deutschsozialer an dem Ausfluge teilnimmt, gewinnt die Sache für sie ein ganz anderes Aussehen. Nur immer objektiv!

Rein selbständiges Kolonialamt. Die Neuordnung des Kolonialamtes, so bemerkt die „Fr. D. Pr.“, war für den kommenden Winter in Aussicht gestellt worden, und zwar sollte sie schon im nächsten Reichs-Haushaltsetat zum Ausdruck kommen. Die nationalliberalen „Deutschen Stimmen“ glauben jedoch bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches nicht, daß irgendwelche Änderungen in der Organisation der Reichsbehörden, bei denen größere Kosten unermesslich sind, zu erwarten sein werden. Wie erinnerlich, hatte die „Rhein.-Westf. Ztg.“ bereits vor einiger Zeit aus Kreisen der Kolonialentschulten erfahren, daß dem Reichslanzler Fürsten Bülow das Versprechen, ein selbständiges Kolonialamt zu schaffen, schon längst wieder leid geworden sei.

Fürsorge für entlassene Sträflinge.

Unser Kölner Parteiblatt, die „Rh. Ztg.“, schreibt: „Eine polizeiliche Praxis, die den härtesten Tadel verdient, ist vergangene Woche abermals in einer Verhandlung vor einer Kölner Strafkammer aufgedeckt worden. Wegen schweren Diebstahls im kriminellen Rückfalle war ein gewisser Strauß angeklagt. Der Angeklagte war geständig. Er gab an, so heißt es in dem Gerichtsbericht, er sei nach seiner Entlassung aus dem Zuchthause nach Köln gekommen und habe etwa sechs Monate zu Rippes gearbeitet. Da sei ihm gelündigt worden, weil die Polizei den Reiter darauf aufmerksam gemacht habe, daß er im Zuchthause gewesen sei. Wir wissen nicht, ob derartige Benachrichtigungen in Köln allgemein üblich sind oder ob es sich um eine Rippeser Spezialität handelt. Wir sind geneigt, letzteres anzunehmen, und zwar um so eher, als dieser Polizeistreich in Rippes schon der zweite an Gerichtsinstanz festgestellte ist. Es sind erst wenige Jahre her, da stand vor den Kölner Gerichtshöfen ein Mann, der auf die gleiche Weise in Rippes anher Arbeit gebracht und wieder auf die Wahn des Verbrechens getrieben worden war. Auch in dem jetzigen Falle würde aller Voraussicht nach der aus dem Zuchthause entlassene Mann der menschlichen Gesellschaft dauernd zurückgegeben worden sein, wenn ihn nicht die polizeiliche Mitteilung plötzlich wieder brotlos gemacht hätte. Sechs Monate lang hatte der Mann gearbeitet, ein Beweis, daß er noch genügend moralische Kraft hatte, um gute Vorläge in die Wirklichkeit umzusetzen — da erscheint nun die Polizei und bringt ihn aus dem Prote. Was müssen, so fragen wir, die Bestrebungen des Gefängnisvereins, wenn ihn die Polizei in solcher

Weise entgegenarbeitet? Der Gefängnisverein, an dessen Spitze hohe Justizbeamte stehen, sucht den entlassenen Gefangenen den Weg zu einem anständigen Lebenswandel zu ebnen, die Polizei in Rippes aber geht hin und macht diese Absicht zunichte, indem sie entlassene Zuchthäusler wieder aus der Arbeit bringt. Strauß ist vorige Woche zu vier Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt worden, er ist damit, das kann man ruhig sagen, für immer verloren. Der Mann würde aber vielleicht heute noch in dem damals begonnenen anständigen Lebenswandel verharren, wenn ihn nur die Polizei nicht behelligt hätte. Es ist dringend nötig, daß diese Polizeipraxis von oben herab unterjagt wird.“

Tätlicher Angriff oder Notwehr gegen den Vorgesetzten?

Ein militärischer Mißhandlungsprozeß, der für den mißhandelten Untergebenen noch die schwersten Folgen hätte haben können, spielte sich gestern vor dem Kriegsgericht der I. Garde-Division ab. Auf der Anklagebank waren der Unteroffizier Mustinat von der 11. Kompagnie des 3. Garde-Regiments und der Häfiliere Seiffert, der aus der Unteruchungshaft vorgeführt wurde, erschienen. Ersterer wurde beschuldigt, den Häfiliere Seiffert körperlich mißhandelt zu haben, während dem mitangeklagten Häfiliere das Verbrechen des tätlichen Angriffes gegen einen Vorgesetzten, den Unteroffizier A., sowie wiederholte Gehoramsverweigerung zur Last gelegt wurde. Die Vorgänge, die der Anklage zugrunde liegen, haben sich am 3. Juli auf dem Schießplatz abgespielt und wurden von dem Unteroffizier, der als Angeklagter gleichzeitig auch als Befehlshaber gegen den Häfiliere ausprobiert, folgendermaßen geschildert: Als er mittags auf dem Schießplatz essen wollte, fehlte ihm sein Schnaps. Er befohl daher einem Häfiliere, zu Seiffert zu gehen, sich dort für den Unteroffizier die Eßschale borgen zu lassen und darin Essen zu holen. Der Abgesandte lehrte jedoch wieder unverrichteter Sache zurück; S. weigerte sich, dem Mustinat keinen Schnaps zu borgen, der Unteroffizier ging nun selbst zu Seiffert und befohl ihm, die Eßschale herauszugeben. Der Häfiliere erwiderte: „nein, ich verberge meine Sachen nicht gern!“ Als nun der Vorgesetzte nochmals vergeblich auf die Herausgabe des Schnapses drang, holte er aus und verlegte dem Häfiliere eine Wadpfeife. Der Gefesselte wich zurück und der Unteroffizier folgte ihm, nochmals fragte er den Untergebenen, ob er jetzt die Eßschale herausgeben wolle. Nun kam nach Aussage des Unteroffiziers der Häfiliere auf diesen mit vorgehaltener Faust zu, stürzte gegen ihn los und traf ihn an der Brust. Hierbei soll der Untergebene geäußert haben: „Ich lasse mir nichts gefallen und wenn ich auch nach Spandau komme!“ Der Angeklagte Seiffert will dem Unteroffizier den Schnaps aus dem Grunde vorenthalten haben, weil A. aus dem Hals räche. Den Angriff bestritt der Häfiliere entschieden und will die Arme nur zur Abwehr vor weiteren Mißhandlungen gegen den Vorgesetzten erhoben haben. Die Zeugen, mehrere Grenadiere, behandelten zugunsten des Seiffert. Nach ihren Angaben hätte der Unteroffizier den Häfiliere, nachdem er ihm bereits gedroht, vor die Brust gestoßen, so daß er gegen das Stufenpind fiel. Die Bewegung, die der Häfiliere gegen Mustinat gemacht hatte, sah die Zeugen gleichfalls als eine Abwehr vor weiteren Mißhandlungen an. Dem vernehmenden Leutnant gegenüber hatte Seiffert seinerzeit ausgesprochen, daß er sich nicht anders hätte helfen können. Da der Beweis von der Schuld des Seiffert nicht genügend erbracht war, mußte er von dem Verbrechen des tätlichen Angriffes freigesprochen werden. Wegen des Ungehorsams wurde er zu vier Wochen strengem Arrest verurteilt. Der Unteroffizier erhielt wegen der Mißhandlungen drei Wochen mittleren Arrest.

Wahlrechtsfrage und Landtagswahlen in Sachsen.

Das Dreiklassenwahlrecht revolutioniert die durch den Wahlrechtsraub Entrechteten, d. h. zirka 80 Prozent der Bevölkerung; deshalb hielt es nach der letzten Reichstagswahl der verlorbene König für geboten, eine Reform des Dreiklassenwahlrechts anzunehmen. Wenn das Ministerium Meißel nicht den Dienst quittieren wollte, mußte es dem königlichen Wunsche nachgeben. Es gab nach, aber es machte die Reform zur Farce und verschleppte sie, wobei ihm die Konfervativen und Nationalliberalen rechtlich halfen, natürlich unter dem Scheine, daß die beiden Parteien je etwas anderes, Besseres wollten. Das Ziel dieser drei Faktoren, die das alte Wahlrecht zertrümmert hatten, war, trotz aller gegenteiligen Behauptungen, die Sozialdemokratie vom Landtag fern zu halten. Was wurden zu dem Zweck doch für verrückte Pläne ausgeheckt! Nur, damit dem Volk vorgegaukelt werden konnte, die Wahlfürmler könnten nicht unter einen Hut kommen.

Inzwischen starb der König und nun verkündete die Regierung unter dem neuen König, sie werde dem nächsten Landtag keine neue Vorlage zur Wenderung des Wahlrechts machen. Damit ist die Wahlreform offiziell aufgegeben. Es ist also Aufgabe der Sozialdemokratie, mit allen Kräften gegen das ungefähnte Wahlrecht anzukämpfen, denn das verlogene Geplänkel der nationalliberalen Wahlrechtsräuber gegen das von ihnen mitgeschaffene Dreiklassenwahlrecht tangiert die Erklärung der Regierung nicht und die Konfervativen, denen dieses System die Uebermacht sichert, wollen überhaupt keine Wenderung, jetzt erst recht nicht, da der neue König keine Reform wünscht. Dieser letztere Umstand erklärt auch das Zurückweichen der Regierung. Auch in dieser Hinsicht ist demnach die Situation zu den Landtagswahlen klar, verzweifelt klar. Zwar ist die gegenwärtige Lage nicht der vom Jahre 1897 gleich, als die ersten Landtagswahlen nach dem Wahlrechtsraub stattfanden, denn der jahrelang verhaltene Jörn über die Entrechtung hat sich, als die Wählermassen keine Wenderung zum Besseren sahen, erst bei den Reichstagswahlen 1903 Luft gemacht. Nunmehr hat die Sozialdemokratie in der Wahltagation mit diesen Massen zu rechnen und ihnen klar zu machen, wohin die Reise geht.

Dabei kommt ihr die Resignation der Regierung in Wahlrechtsreformfragen zu statten. Unschwer wird sie den Entrechteten begreiflich machen können, daß man sie mit der angebliehen Wahlrechtsreform an der Nase herumzuführen gedachte, sie auch tatsächlich zwei Jahre hingehalten hat, und daß die Sozialdemokratie recht hatte mit ihrer Behauptung, daß aus der Reform nichts, gar nichts herauspringen werde und alles nur Humbug sei. Erklärlicherweise muß sich darüber immer mehr Haß und Empörung im Volke bemerkbar machen, die aber bei den Landtagswahlen nur unvollständig zum Ausdruck kommt, wie auch die Landtagswahlen seit 1897 beweisen. Allein die prinzipielle Agitation der Sozialdemokratie findet dabei doch ein sehr günstiges Feld, auf dem sie für spätere Fälle, speziell für Reichstagswahlen, fruchtbringende Vorarbeit verrichten kann. Grundzug der Agitation zu den bevorstehenden Wahlen muß also die Erkenntnis und die Aufforderung sein: Die Wahlrechtsreform ist aufzugeben; nun vorwärts für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht!

Der bayerische Eisenbahnrat hat die Reformpläne der bayerischen Staatsbahnverwaltung bezüglich der Personen- und Gepäckspreise genehmigt. Danach wird in Zukunft erhoben bei Personenzügen für den Kilometer erster Klasse 7 Pf., zweiter Klasse 4,5 Pf., dritter Klasse 2 Pf. und bei Gültzügen, auf Lokalbahnen für den Kilometer dritter Klasse 3 Pf. Für besonders beschleunigtezüge tritt zu diesen Sätzen ein Zuschlag, der je nach Entfernung und Klasse 25 Pf. bis 2 R. beträgt.

Der Krieg in Südwestafrika.

1. Die Lage auf dem gegenwärtigen „Kampfschauplatz“, dem Soltentottenlande, schreibt das „Deutsche Kolonialblatt“:

Im Groß-Namalande rast der Kleinkrieg ununterbrochen weiter, und die Verhältnisse sind zum Teil ganz ungesund. Das bezieht sich vor allem auf den Aufenthalt und die Absichten des nach allen Nachrichten mit seinem gesamten Anhang auf britisches Gebiet übergetretener Häuptlings Hendrik Witbooi und die Häuptlinge seiner Gefolgschaft, vor allem aber auf Hendriks ehemaligen Unterführer Samuel Ziaaf, einen der gefährlichsten Vurschen im ganzen Groß-Namalande. Sollte

Witbol in der That vollständig frei und ungebunden in der Gegend von Vissittin in Britisch-Bischuanaland sitzen und sich dort etwa zu einem Wiedereinzug in deutsches Gebiet rüsten und vorbereiten, so würde die britische Regierung völlerrechtlich zu sofortigem Einschreiten gezwungen sein. Mag dem aber sein, wie ihm wolle — jedenfalls können wir uns im Nordosten des Kamalands unter Umständen noch auf höchst unliebsame Ueberraschungen gefaßt machen!

Ueber die Zahl der nach dem Kriegsjahr entstandenen Truppen und die bisherigen Verluste teilt das genannte Blatt mit:

Die Gefechtsverluste betragen (einschließlich der in den zuletzt veröffentlichten Verlustlisten): 41 Offiziere, 88 Unteroffiziere, 305 Mann, Summa 429 Köpfe tot oder vermisst; 53 Offiziere, 109 Unteroffiziere, 803 Mann, Summa 965 Köpfe verwundet; zusammen 94 Offiziere, 192 Unteroffiziere, 908 Mann, Summa: 894 Köpfe tot oder verwundet. Dazu treten die Verluste durch Krankheit und Verunglückungen. Es starben an Krankheiten: 15 Offiziere, 58 Unteroffiziere, 306 Mann, Summa 439; tödlich verunglückt sind 3 Offiziere, 5 Unteroffiziere, 27 Mann, Summa 35 Köpfe; zusammen 18 Offiziere, 63 Unteroffiziere, 303 Mann, Summa 494. Der Verlust an Menschenleben stellt sich hiernach auf 59 Offiziere, 146 Unteroffiziere, 608 Mann, Summa 903 Köpfe. Damit ist aber die Aufzählung der Opfer an Menschenleben noch lange nicht erschöpft. Es sind alle Farmer und Beamten der Kolonie, die entweder der Reserve angehörten, oder als Freiwillige in den Krieg zogen oder von den Eingeborenen ermordet wurden, in den obigen Zahlen nicht mit eingerechnet. Von diesen fielen im Gefecht: 12 Offiziere, 60 Mann, Summa 72, es wurden verwundet 47 Mann; zusammen 12 Offiziere, 107 Mann, Summa 119. Es wurden ermordet: 66 Mann, vermisst: 53 Mann, starben an Krankheit: 1 Offizier, 4 Mann, verunglückten: drei Mann; Summa 1 Offizier, 126 Mann; im ganzen hat der Krieg bis jetzt 1102 Deutschen das Leben gekostet, 512 sind im Kampfe verwundet. Wieviele an ihrer Gesundheit dauernd Schaden gelitten haben, ist auch nicht annähernd zu schätzen. Nach dem Kolonialblatt sind vom Januar 1904 infolge von Krankheit usw. aus Südwestsafrika 425 Mann zurückgekehrt. Ueber 307 von diesen ist bis jetzt eine Entscheidung getroffen, und zwar sind 238 oder mehr als 77 Proz. als invalide anerkannt. Unter den Krankenheiten nimmt der Typhus den ersten Platz ein. Es starben daran von der Schutztruppe und dem Marine-Expeditionskorps zusammen 14 Offiziere, 341 Mann oder 4,8 Proz. der Durchschnittstärke; in den letzten anderthalb Monaten sind allein 110 Mann im Kampfe gefallen oder an Krankheiten gestorben und 85 verwundet. Ueber die Zahl der Erkrankten, die im Kriege immer recht hoch ist, geben die amtlichen Berichte keine Auskunft.

Nach alledem kann man sich also darauf gefaßt machen, daß das Reich an Invalidenrenten z. B. noch dauernd ganz gewaltige Summen zahlen müssen wird!

Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Am 10. Juli 1905 auf Pferdeposten bei Kanak gefallen: Reiter Paul Geske, geboren am 23. 3. 85 zu Schievelbein, Kopf- und Bauchschuß. Verwundet: Reiter Christoph Albinat, geb. am 16. 5. 83 zu Kaldeden, Schuß rechten Oberarm. An Krankheit sind gestorben: Reiter Ernst Giesecke, geboren am 12. 9. 83 zu Nidlingen, am 10. Juli 1905 in der Krankenkoloniestelle Barmbad an Typhus; Reiter Johann Reier, geboren am 3. 1. 72 zu Ppheim, am 12. Juli 1905 im Lazarett Swafopmund an erstem Schußverwundung und infolge Lungenentzündung; Reiter Friedrich Hartwig, geboren am 10. 5. 78 zu Dittmannsdorf, hat sich am 26. Juli 1905 aus Unvorsichtigkeit mit Karabiner verwundet, Schuß linke Hand.

Husland.

Wird ein König für Norwegen gesucht?

Man hat immer noch nichts Bestimmtes darüber erfahren, ob dem dänischen Prinzen Karl, zweitältestem Sohne des Kronprinzen von Dänemark, wirklich der norwegische Thron angeboten worden ist, oder ob die leitenden Politiker in Norwegen vielleicht erst einmal mit dieser Nachricht die öffentliche Meinung auf die Probe stellen wollten. Der genannte Prinz ist mit der englischen Prinzessin Marie verheiratet. Nach einem Telegramm aus London hat der dortige Vertreter des Prinzen Karl es abgelehnt, sich während der Abwesenheit des Prinzen über das Gerücht vom Angebot des norwegischen Thrones zu äußern. Inzwischen bringt die bürgerliche Presse Norwegens verschiedene Andeutungen, die darauf schließen lassen, daß im Geheimen für die Kandidatur des Prinzen gearbeitet wird. „Aftenposten“ schreibt: „Die Frage steht fortwährend offen. Von norwegischer Seite ist nichts getan worden, um ihrer Lösung vorzugreifen. So viel kann jedoch gesagt werden, daß eine Kandidatur wie die erwähnte — wenn sie aktuell würde — in Norwegen aus leicht erklärlichen Gründen warme Sympathien für sich hätte.“

Wie Dr. Scharffenberg in „Social-Demokraten“ mitteilt, hat laut Bericht eines durchaus glaubwürdigen Storchingsmannes der Staatsminister Michelsen nach der historischen Storchingsstiftung vom 7. Juni geäußert: „Ich hoffe, daß er (König Oslar) nein sagen wird (zu dem Angebot des Thrones an einen schwedischen Prinzen) und dann werden wir nicht auf Freiersfüßen gehen.“ Unter den bürgerlichen Storchingsmännern ist ohne Zweifel eine große Anzahl prinzipieller Republikaner, wie das die demokratische Verfassung und der jahrelange Kampf gegen königliche Vetos mit sich bringen mußte. Um so auffallender war es, daß in jener Sitzung nur die Sozialdemokraten gegen das Ausbieten des Thrones, alle anderen Abgeordneten dafür stimmten! Man mußte sofort auf den Gedanken kommen, daß hier irgendwelche geheimen Abmachungen im voraus getroffen waren.

Ist den Republikanern im Storching versprochen worden, daß, wenn König Oslar das Angebot ausschlägt, das Volk selbst über die Staatsform entscheiden sollte? fragt Dr. Scharffenberg. War das der Grund, daß z. B. Casberg für das Angebot an die Dynastie stimmte? — Und sind nun die Verhandlungen mit Prinz Karl mit Wissen und Willen des ganzen Storchings geführt worden? Und was liegt Michelsens und Oslars monarchischem Eifer zugrunde? Haben sie sich von vorn herein dem Auslande gegenüber gebunden, namentlich England gegenüber? — Dann fort mit ihnen! Man zankt sich in der Presse darüber, ob Norwegen jetzt Republik oder Königtum ist; aber wenn Michelsen durch die Drohung, sonst zurückzutreten, seinen Willen durchsetzen kann, dann ist unsere Staatsform jetzt despotisch und wir werden vom Baron Michelsen regiert! Aber selbst Michelsen ist nicht unentbehrlich; er ist nur der Mann des Augenblicks, nicht der weitblickende Seher, und sollte darum nicht über Norwegens Schicksal auf 100 Jahre hinaus entscheiden. — Ist denn bei Regierung und Storching nicht eine Spur von Achtung vor dem Selbstbestimmungsrecht des Volkes vorhanden? Nicht eine Spur von Achtung vor dem alten Wort: „Ehrlichkeit ist die beste Politik“ und „Falschheit schlägt den eigenen Herren“? Wie sind über das Angebot an die Bernadotten hinweggekommen; es ist nicht ausgemacht, daß wir über das Angebot an Prinz Karl hinwegkommen. — Nehmt Euch in acht vor falschem Spiel, Ihr hohen Herren, die Ihr jetzt Norwegens Karten in Händen habt! —

Am schwedischen Reichstag und in seinem zur Lösung des Konflikts mit Norwegen gewähltem Spezialausschuß ist eine starke Strömung für die Vertagung der ganzen Angelegenheit vorhanden und sie wird von den reaktionären Parteien außerhalb des Reichstags unterstützt. Damit würde der außerordentliche Reichstag seinen eigentlichen Zweck verfehlen. Die Konservativen hoffen, daß sie dann im Herbst

bei den Neuwahlen zum Reichstage die Unionsfrage zu ihren Gunsten, namentlich durch Spaltung der Liberalen, ausbeuten können. Schon oft in früheren Zeiten haben die Konservativen den Unionsrummel zu reaktionären Zwecken, zur Verhinderung demokratischer Fortschrittsauszungen verstanden. Obes ihnen diesmal gelingen wird, scheint jedoch sehr zweifelhaft. Der friedliebende schwedische Bauer wird sich schwerlich durch eine mordpatriotische Agitation locken lassen. — Eine andere Richtung, die im Spezialausschuß wie auch im Lande viele Anhänger haben soll, will als Bedingung des Ausgleichs die Schleifung der norwegischen Grenzfestungen verlangen. Auch die schwedische Sozialdemokratie soll, gestützt auf ihr antimilitaristisches Programm, diesem Gedanken nahe stehen. Unser norwegisches Bruderorgan weist darauf hin, daß die norwegische Sozialdemokratie seinerzeit mit aller Kraft gegen den Bau der Festungen gekämpft hat, bemerkt jedoch weiter: „Das Norwegen ohne irgend welche Garantien von Schwedens Seite gezwungen werden sollte, seine Grenzfestungen zu rasieren, jetzt, wo die politische Macht der Kriegspartei in Schweden so stark ist, während unsere arbeitenden Friedensfreunde nur über ihren moralischen Einfluß verfügen, das ist wohl ein einseitiger Vorschlag, den sich die schwedische oder norwegische Sozialdemokratie nicht zu eigen machen kann.“

Als Grundlinien zu einem Vorschlage, der der Sozialdemokratie beider Länder als gemeinsames Programm annehmbar sein würde, führt dann „Social-Demokraten“ folgendes an:

„Festungen oder andere militärische Anlagen sollen weder auf norwegischem noch auf schwedischem Gebiet innerhalb eines näher zu bestimmenden Abstandes von der norwegisch-schwedischen Grenze vorhanden sein. — Diese Vertragsbestimmung tritt in Kraft, sobald der erste schwedische Reichstag zusammengetreten ist, nachdem das allgemeine Wahlrecht in Schweden eingeführt wurde.“

Frankreich.

Französisch-englische Freundschaftsbeteuerungen.

Paris, 15. Juli. Vizeadmiral Sir William May und die englischen Offiziere sind heute nachmittag im Rathaus empfangen worden. Auf eine Begrüßungsansprache dankte Admiral May für den Empfang und sagte, daß die Kundgebungen, deren Gegenstand die englische Flotte wäre, ein Zeugnis gäben für das gute Einvernehmen, das zwischen den beiden Flotten wie zwischen beiden Nationen herrsche. Der englische Vizeadmiral Sir J. Bertie dankte gleichfalls und sprach die Hoffnung aus, daß die Bande aufrichtiger Freundschaft, die beide Länder jetzt vereinigen, auch in Zukunft unauflöslich bleiben mögen.

England.

Neuer liberaler Wahlsieg. Bei der Ersthauptwahl in Carlisle (Cumberland) für Gully, den bisherigen Sprecher des Unterhauses, wurde der Liberale Chance mit 3816 Stimmen gegen den Konservativen Sanderson, der 2886 Stimmen erhielt, gewählt.

Ein wichtiges Ereignis.

London, 13. Juli. (Eig. Ber.)

Zum ersten Male in seiner Geschichte hat das englische Unterhaus am 12. Juli 1905 die Stimme eines sozialistischen Arbeitervertreter gehört. Es handelte sich um die Arbeitslosen-Vorlage, die von der Regierung eingebracht wurde, aber jetzt nicht mehr gefördert wird. Es besteht der Verdacht, daß die Regierung die ganze Vorlage begabren wolle. Genosse Keir Hardie, dem die Arbeitslosenfrage seit jeher besonders am Herzen liegt, stellte deshalb gestern die Frage an den Premierminister Mr. Balfour, ob dieser versprechen könnte, daß die Vorlage noch in der laufenden Session durchgebracht würde. Darauf entpann sich folgende Unterredung:

Balfour: Ich kann das Versprechen nicht abgeben, das der ehrenwerte Herr verlangt.

Keir Hardie: Kann die Regierung wenigstens versprechen, daß sie die Absicht hat, die Vorlage während der laufenden Session durchzubringen?

Balfour: Nein. Ich kann über diesen Gegenstand nichts versprechen.

Keir Hardie: Angesichts der unzufriedenstellenden Natur der Antwort des recht ehrenwerten Herrn beantrage ich die Vertagung des Hauses, um eine wichtige Angelegenheit von dringender öffentlicher Wichtigkeit zu besprechen. (Beifall bei den Radikalen und Iren.)

Der Speaker (Präsident) erklärt, dem Antrage keine Folge leisten zu können, worauf verschiedene Abgeordnete, darunter Redmond, der Führer der Iren, und der Arbeiterabgeordnete W. Crooks für Hardie sprechen.

Keir Hardie: Es haben große Demonstrationen zugunsten dieser Bill stattgefunden. Wenn die Bill in der laufenden Session nicht angenommen wird, so ist Aussicht auf ernste Unruhen und Aufstände im ganzen Lande. (Lärm rechts.) Ihr wohlgenährten Festen mögt schreien, so lange Ihr wollt. (Laute Rufe: Zur Ordnung! Zur Ordnung!)

Ohne Keir Hardie zur Ordnung zu rufen, erklärt der Speaker, den Antrag auf Vertagung nicht annehmen zu können.

Keir Hardie: Man muß bedenken, daß die Regierung die Bill eingebracht hat. Die öffentliche Ordnung ist in Gefahr. Es ist die erste Pflicht der Regierung, durch weise Gesetze den öffentlichen Frieden nicht zu stören. Und die Gefahr besteht, daß der öffentliche Friede gestört wird, wenn die Regierung die Bill nicht durchbringt. Und ich hoffe, daß der Friede gestört wird, wenn die Bill nicht Gesetzeskraft erhält.

Und damit schloß die Unterredung, die ihren Zweck nicht verfehlen kann. Das englische Unterhaus hat schon trübe Unruhen erlebt, ebenso auch lebhaftes Szenen zwischen bürgerlichen Abgeordneten, aber noch nie hat es den Ausbruch des proletarischen Jornes gesehen. Keir Hardie hat den Anfang gemacht. Er mag Theorien haben, die wir nicht teilen können. Aber sein Auftreten im Parlament ist immer sozialistisch und mannhaft. —

Australien.

Die Bedeutung der Arbeiterpartei

Im politischen Leben Australiens wächst in überstürzender Weise. Die Arbeiterpartei hat sich immer mehr zu einer sozialistischen Partei entwickelt. Ihr Führer Watson, ein früherer Schriftsteler, der im vorigen Jahre drei Monate lang Ministerpräsident war, tritt für den Sozialismus ein. Er nimmt neben Deakin, dem Führer der Schutzlöhner, und Reid, dem Haupt der Freihändler, eine achtunggebietende Stellung ein. Reid gibt seiner Meinung liberalen Ausdruck, daß es Australiens Ruin wäre, wenn die Pläne der Sozialisten, alle Mittel der Produktion und Distribution in Nationalbesitz zu bringen, durchgeführt würden; er erklärte eine solche Umwandlung als die „reine Räuberei“ (puro robbery) und strebt ein Bündnis der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialisten an. Deakin ist aber nicht für ein solches Bündnis zu haben; ihm erscheint Reids Freihandelspolitik für Australiens Wohl gefährlicher als Watsons Sozialismus. Durch das Zusammengehen der Arbeiterpartei mit den Schutzlöhnern gelang es, wie kürzlich berichtet, das Ministerium Reid zu stürzen. Mit 42 gegen 25 Stimmen wurde ihm ein Mißtrauensvotum ausgestellt, nachdem sich sein Ministerium 10 Monate lang gehalten hatte.

Die Bundeskonferenz der Arbeiterpartei findet in diesem Monat in Melbourne statt. Ein festes Programm soll aufgestellt werden; es gilt, sich auf die Forderungen der Ueberführung aller Mittel zur Produktion und Distribution in den Besitz der Gesellschaft zu einigen und sich damit auf den Boden des Sozialismus zu stellen. Auf den Jahreskonventionen der Partei in den Einzelstaaten sind dahingehende Forderungen überall angenommen worden. Man verlangt die Nationalisierung aller wichtigen Industrien und erklärt sich im Prinzip für das kooperative Gemeinwesen. Watson selbst hat als guter Agitator einen scharfen Blick dafür, daß solche Forderungen

der Bevölkerung als praktisch annehmbar hingestellt werden müssen, wenn sie in dem bevorstehenden Wahllampf Zugkraft ausüben sollen. Es werden die Wahlen für das Bundesparlament vorbereitet, und die Parteien stürzen sich mit dem größten Eifer in den Kampf. Auch die Frauen sind dabei, denn sie besitzen bekanntlich das volle Wahlrecht, und die Arbeiterpartei rechnet auf viele Stimmen aus den Kreisen der Frauen. Ein guter Vorbote war die Wahl im Staate Südburien, die vor kurzem stattfand und der Arbeiterpartei 15 Mandate brachte, während in dem vorhergehenden Staatsparlament nur acht Vertreter der Arbeiterpartei saßen. Im Bundesparlament hat die Partei 23 Sitze im Repräsentantenhaus und 14 im Senat. Das Repräsentantenhaus zählt 75 Mitglieder, der Senat 36. Im Senat hat jeder der sechs Staaten sechs Vertreter. Im Jahre 1900 hatten die Arbeiter nur 14 Sitze unter den 75 im Hause und neun Sitze im Senat. Bedeutend verstärkt zog die Partei 1903 ins Parlament ein und man glaubt allen Grund zu der Annahme zu haben, daß im Jahre 1906 die Vertretung noch stärker sein wird und, was sehr wichtig ist, 1906 zieht die Partei ein unter dem Zeichen des Sozialismus. —

Zur Wahl in Oberbarnim.

Das Endergebnis der Wahl ist: Sozialdemokratische Stimmen sind 6819, konservative 6268, freisinnige 3532 abgegeben. Mitin sind für die Sozialdemokratie 883, für die Konservativen 501 Stimmen weniger, für die Freisinnigen 501 Stimmen mehr als bei der Hauptwahl im Jahre 1903 abgegeben. Es liegt keinerlei Anlaß für die Sozialdemokratie zu Klagen vor; das Ergebnis berechtigt zu noch guten Erwartungen für die Stichwahl.

Zunächst ist es eine durch Jahrzehnte bestätigte Tatsache, daß bei Nachwahlen die Sozialdemokratie an Stimmen abnimmt, wenn nicht ganz besondere Umstände vorliegen die entweder die allgemeine politische Erregung aus auf das platte Land tragen (so neuerzeit die drohende Umsturzvorlage, das drohende Zuchtungsgeiz, der drohende Jostar) oder den betroffenen Wahlkreis selbst aufwühlen. Aber abgesehen hiervon liegen den Wahlkreis selbst betreffende Verhältnisse vor, die es als eine bedeutende Leistung unserer Parteigenossen erscheinen lassen, daß die Stimmenzahl der Sozialdemokratie trotz der lebhaftesten Anstrengungen der vereinten Gegner, trotz Saalabtreidungen und Weintrachtigung der Diskussionsfreiheit in gegnerischen Versammlungen, trotz Ueberflutungen des Kreises mit etwa 20 verschiedenartigen gegnerischen Flugblättern, trotz innerer Wahlbeeinflussung insbesondere durch Bedrohung mit wirtschaftlichen Nachteilen an der Spitze der Parteien geblieben ist. Es handelt sich um einen Wahlkreis, der eine außerordentlich fluktuierende Bevölkerung insbesondere auf dem platten Lande aufweist. Die Agitationsarbeit unserer Genossen auf dem platten Lande der Provinz Brandenburg und insbesondere auch im Kreise Oberbarnim ist deshalb eine so schwierige, ihr Erfolg weit größer als die Zahlen auf den ersten Blick erkennen lassen, weil ein recht erheblicher Teil der eben für die Ideen der Sozialdemokratie gewonnenen Landarbeiter nach dem Westen oder in die Städte, insbesondere nach Berlin zieht; beträgt doch beispielsweise die Zahl der aus der Provinz Brandenburg nach Berlin Zugezogenen bereits mehr als die Hälfte der in Berlin geborenen Berliner. Hinzu tritt, daß mehrere große Güter fast ausschließlich Ausländer (zumeist Galizier) in wachsendem Maße beschäftigen. An Stelle der aus dem Kreise Forstgegnungen treten fast ausschließlich der Sozialdemokratie noch völlig fernstehende Arbeiter aus Ost- und Westpreußen, aus Posen und Schlesien. Durch diese Völkerverwanderung, die durch die Produktionsweise des Großgrundbesitzes (zunahme der Saisonarbeit) bedingt ist, wird die Werbearbeit der Genossen außerordentlich erschwert. Die Genossen lassen sich erfreulicherweise die Agitationsarbeit nicht verdrießen, wiewohl ihr Erfolg nach allem diesen nur teilweise im Kreise selbst zum Ausdruck gelangen kann. Wenn nach diesen Umständen auf dem platten Lande die Stimmen für die Sozialdemokratie bei dieser Wahl fast die Höhe von der Wahl 1903 erreichten und der Hauptverlust der konservativen Stimmen auf dem Lande zu verzeichnen ist, so ist das ein Resultat, das zu guten Hoffnungen für die Stichwahl berechtigt. Insbesondere die Schnitter sind fast geschlossen für die Sozialdemokratie eingetreten. Der Stimmenverlust der Konservativen auf dem platten Lande ist weit größer als der der Sozialdemokratie. Ein Mangel der Stimmen der Sozialdemokratie ist im wesentlichen in den kleineren Städten erfolgt. Es sind weniger (—) oder mehr (+) Stimmen bei der Wahl am 13. Juli 1905 gegen die Wahl am 16. Juni 1903 abgegeben:

	für die Sozialdemokratie	für die Konservativen	für den Freisinn
in Eberswalde	— 200	— 101	+ 173
in Freienwalde	— 82	— 37	+ 24
in Strausberg	— 46	— 33	+ 48
in Viefenthal	— 29	+ 22	+ 27
in Werneuchen	— 23	— 19	+ 33
	— 380	— 168	+ 303

In dem industriellen Heegermühle erzielte die Sozialdemokratie 14 Stimmen mehr als 1903, während die Stimmen der Freisinnigen von 101 auf 202 gestiegen sind. Die nicht weniger als erfreuliche Abnahme von Stimmen für die Sozialdemokratie in diesen städtischen Bezirken erklärt sich teilweise aus lokalen Ursachen (den Löwenanteil trägt hierbei der Zusammenbruch der nicht von der politischen Partei begründeten Konjunktionsgesellschaft in Eberswalde), ferner aus einem erheblichen Fortzug von Arbeitern nach anderen Kreisen und durch eine geringere Wahlbeteiligung, aber auch dadurch, daß eine nicht unerhebliche Zahl von Genossen, die außerhalb des Kreises ihre Tagesarbeit verrichten, nicht in den Kreis zur Wahl gekommen sind. Es dürfte nicht zu hoch geschätzt sein, wenn man die Anzahl dieser Parteigenossen auf 500 schätzt. Hauptsächlich werden diese Parteigenossen dem Weispel von hundertern anderer im Kreise Oberbarnim Wohnender, aber außerhalb Arbeitender bei der Stichwahl folgen und ihr Wahlrecht am Stichwahltag ausüben. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß die sozialdemokratischen Reserven genügen, um in der Stichwahl den Sieg der Sozialdemokratie herbeizuführen. Auch bei den früheren allgemeinen Wahlen, so 1893 und 1903, zeigte sich, daß die Sozialdemokratie bei der Stichwahl aus eigener Kraft über 2000 Stimmen zunahm. Die launisch-freudige Stimmung im Oberbarnimer Kreise möge bei der diesmaligen Stichwahl trotz aller Wahlbeeinflussungen ein noch günstigeres Resultat erzielen. Dringend notwendig ist aber für die Erreichung dieses Erfolges, daß die Genossen, die außerhalb des Kreises arbeiten, am Stichwahltag ihr Wahlrecht ausüben und daß unsere Genossen in der Aufrüttelung der Indifferenten, in der Ermütigung der Launen und Jaghaften nicht erlahmen. Die Opfer, die bei dieser Wahl wieder hunderte von Parteigenossen in voller Hingebung für unsere Sache gebracht haben — allein aus Berlin und Umgegend haben gegen 200 Genossen die tatkräftigste Beihilfe am Wahltag geleistet — sind nicht umsonst gebracht und mögen zu einem noch größeren Erfolg bei der Stichwahl führen.

Der Krieg in Ostasien.

Tokio, 15. Juli. Amtliche Meldung. Die japanische Armees-Abteilung auf der Insel Sachalin berichtet, daß sie bei der Besetzung der feindlichen Streitkräfte diese aus der Gegend von Wladimirovka und Wlischne, zwei Meilen westlich Wladimirovka, vertrieben, und diese beiden Orte am 10. Juli besetzte. Die feindlichen Streitkräfte zogen sich in eine nördlich von Dolinsk gelegene befestigte Stellung zurück, wo sie mit einigen Feld- und Maschinengewehren harigartigen Widerstand leisteten. Am 11. Juli begannen

unser Truppen einen energischen Angriff und warfen bei Tagesanbruch des 12. Juli den Gegner in Auflösung auf Mauth zurück. Die feindlichen Verluste sind noch nicht genau festgestellt, werden jedoch auf mindestens 150 Mann geschätzt.

Gewerbliche Friedensdokumente.

(Fortsetzung.)

Beachtenswerte Ansätze zur Regelung der Arbeiterschutzes und der Unfallversicherung weisen zahlreiche baugewerbliche Tarife auf, die durch korporative Festsetzungen teils der Gesetzgebung vorarbeiten, teils gesetzlichen Vorschriften Nachdruck verleihen. Das Verlangen transportabler Puden und Aborte bei den Steinseignern, die Förderung der Bautenverglasung bei den Töpfern und der Beseitigung offener Koksöfen bei den Stuckateuren, die Vorschriften über die Lieferung von Wasserleitungen bei den der Weilvergütungsgefahr in hohem Maße ausgesetzten Malern und Anstreichern, die Bestimmungen über Bremsen und Signale bei den Straßenbahnen usw. lassen erkennen, welche Bedeutung eine zielbewusste Ausgestaltung des Tarifwesens für den Arbeiterschutz gewinnen kann. Auch das gänzliche Versagen der gesetzlichen Heimarbeitersreform hat manche Gewerkschaften dazu gedrängt, ihren Einfluss nach dieser Richtung im Kollektivvertrag zur Geltung zu bringen. Die früheren Vermählungen der Schneider, die Unternehmer zur Unterhaltung von Betriebswerkstätten zu zwingen, sind zwar im allgemeinen ergebnislos geblieben; dagegen dürfte ihre neue Praxis, für Hausarbeit einen Lohnaufschlag durchzuführen (entsprechend dem Aufwand des Heimarbeiters für eigene Betriebsmittel) erfolgreicher sein, indem sie die bisher billiger Hausarbeit verteuern und die Wertstoffarbeit rentabler machen. Freilich war dieses Vorgehen bisher nur für die Maßarbeit durchführbar; in der eigentlichen Konfektion dominiert die rücksichtslose Ausbeutung der Heimarbeit nach wie vor, und es bedarf gesetzlicher Eingriffe, um dieselbe einzuschränken. Dagegen haben die Schriftsetzer in mehreren Ortstarifen ein Heimarbeitersverbot durchgesetzt; der Chemigraphenrat will etwaige Auswüchse der Heimarbeit beseitigen und auch anderwärts begegnen wir ähnlichen Bestrebungen, welche zeigen, wie kraftvoll die Arbeiterschaft dem Kampf gegen gewerbliche Mißstände durch die Selbsthilfe aufnimmt, während die Gesetzgebung sich außerstande erklärt, eingreifen zu können.

Neben diesen materiellen Vorschriften der Tarifvereinbarungen verdienen auch diejenigen Beachtung, die die Durchführung des Vereinbarten kontrollieren und sicherstellen sollen. Dazu gehören zunächst die Abmachungen über die Dauer, Kündigungsfrist und Art der Erneuerung des Tarifs, ferner solche betreffs Einsetzung von Tariforganen und schließlich solche über die Anerkennung von Gewerkschaften und schließliche Anerkennung von Gewerkschaften in komplizierteren Formen, die sich nicht lediglich auf die Festlegung der Arbeitsbedingungen beschränken, sondern auch den Wettbewerb der Unternehmer regeln, also Tarifverträge auf der Basis von Preisartikeln. Hier übernimmt die Arbeiterorganisation die Verpflichtung, die Aufrechterhaltung eines Verkaufspreises, der auf tarifmäßigen Löhnen aufgebaut ist, dadurch zu sichern, daß sie den Unternehmern, die außerhalb der Preisvereinbarung stehen, keine Arbeitskräfte zukommen läßt. Die Gegenseitigkeit der syndizierten Unternehmer bildet deren Verpflichtung, nur Mitglieder dieser Gewerkschaft zu beschäftigen.

Wir haben bereits früher auf die Schwierigkeiten, mit denen Tarifgemeinschaften dieser Art zu kämpfen haben, hingewiesen; sie sind so erheblicher Natur, daß die Gewerkschaften sich nur in ganz außergewöhnlichen Fällen entschließen werden, Tarifverträge auf dieser Basis einzugehen. Solche Fälle kommen in Betracht bei Gewerben auf räumlich begrenzten Gebieten und mit rückständiger Wirtschaftsverfassung (industrielle Klein- und Hausgewerbe), in denen der ungesättigte Wettbewerb die gewerkschaftlichen Ertragsverhältnisse stetig in Frage stellt. Nicht selten richtet sich die Preisvereinbarung gegen ein rückständiges Verlegerium, das die Arbeitgeber zu Hausindustriellen degradiert. Unter solchen Voraussetzungen kamen die Tarifverträge der Gold-, Silber- und Metallschlägerei in Nürnberg, Kärth und Schwabach zustande und auf der gleichen Basis stehen die Preisvereinbarungen der Solinger Stahl- und bergischen Kleinmetallindustrien und der holländischen Wanduhrzerei, während der deutsche Chemigraphentarif sich an eine moderne industrielle Preisvereinbarung anlehnt, deren Ziel die Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz ist. Das Vorbild dieser Tarifgemeinschaften sehen wir in den sog. Trades-Allianzen in England, die von den deutschen Gegenseitigkeitsverträgen noch insofern abweichen, als sie den Arbeitern durch Beteiligung am Geschäftsgewinn ein besonderes Äquivalent für ihre Mitarbeit an der Hebung des Gewerbes bieten. Diese Allianzen sind in England mehr und mehr im Rückgang begriffen, und das gleiche Schicksal wird auch ihren deutschen Nachfolgern nicht erspart bleiben. Sie sind Produkte einer Uebergangspetode von der Verlags- zur maschinellen Großindustrie und verschwinden mit den rückständigen Betriebsformen. Dies zeigt bereits die Entwicklung in der Nürnberg-Fürther und Schwabacher Metallschlägerei, wo neueren Mitteln zufolge die Meister den Tarifvertrag gekündigt haben und nicht wieder zu erneuern gedenken. Er hat die Zerlegung des Gewerbes nicht hindern können und ebensowenig die Arbeiter befriedigt, die keinen Einfluß auf die Preisfestsetzungen hatten. Der Silberschläger-Tarifvertrag bietet noch insofern ein besonderes Interesse, als dort auch die Hausindustriellen dem Metallarbeiter-Verbande angehören und mit ihren Gehältern eine einzige Koalition gegen die Verlagsunternehmer bilden. Aber auch hier zeigen sich erhebliche Spaltungen, die die Entwicklung des Kartells in Frage stellen. In der Aluminiumschlägerei liegen die Verhältnisse etwas günstiger, dagegen leidet die Tarifvereinbarung in der Metallschlägerei darunter, daß es nicht gelang, die Lausitzer Schleuderkonkurrenz in die Preisvereinbarung einzubeziehen. (Schluß folgt.)

Verfassungen.

Das Ergebnis der letzten Bautenkontrolle und wie gedenken die Maurer in Zukunft zu arbeiten? Dies Thema wurde am Mittwoch in sieben gutbesuchten Mitgliederversammlungen des Zentralverbandes der Maurer, Zweigvereine Berlin, erörtert, an welchen circa 4000 Verbandskollegen teilgenommen haben. Die Hauptgaben aus den Feststellungen der Bautenkontrolle vom 30. Mai sind: Kontrolliert wurden 1082 Baustellen mit zusammen 1247 Kollern, 12.594 Mauern und 1778 Ziegeln. Außerdem waren auf 86 Bauten 948 Affordmaurer tätig. An Stundenlöhnen erhielten 55 Pf. und darunter 16, 60 Pf. 18, 65 Pf. 47, 70 Pf. 14, 75 Pf. 7211, 75 Pf. 1861, 78 Pf. 29, 80 Pf. 305, 85 Pf. 26 Kollegen. Klassenlöhne (verschiedene Bezahlung auf demselben Bau) entfielen mit 60 bis 85 Pf. auf 10, mit 73 bis 75 Pf. auf 767, mit 73 bis 85 Pf. auf 712, mit 75 bis 85 Pf. auf 923, mit 73 bis 100 Pf. auf 97 Kollegen. — Baubuden waren in Ordnung auf 1251 Arbeitsstellen, nicht vorhanden auf 18 Arbeitsstellen und nicht in Ordnung auf 114, während in 109 Fällen darüber keine Angaben gemacht wurden. Aborte waren in Ordnung 1109, nicht in Ordnung 154, keine vorhanden auf 30 Baustellen. Von 190 fehlten auch hier Angaben. — Die Kontrolle der Pfostenleger ist nicht ganz umfassend, weil ein großer Teil Arbeitsstellen nicht vorgefunden wurden. Die Stundenlöhne betragen zwischen 72½ und 90 Pf. auf 54 Arbeitsstellen mit 167 beschäftigten Pfostenlegern, wovon im Zentralverband 62 und in der freien Vereinigung 89 organisiert waren. — Auf 930 Bauten fehlten Baudeputierte. Dies gab den Referenten in den Versammlungen Anlaß zu energischer Rüge. Als ein sehr schwerer Mißstand wurde das erhebliche Anwachsen der Klassenlöhne bezeichnet. Es leide die Einigkeit unter der Klassenabstufung der Löhne auf demselben Bau. Für die paar Pfennige Mehrbezahlung der einzelnen ließen sich diese zur Schinderei verleiten, sie ruinierten selbst ihre Gesundheit und schädeten der allgemeinen Solidarität. Die Klassenlöhne bildeten auch den Nährboden für die Affordmaurerel, die ebenfalls mit der günstigen Lagezeit zugenommen habe, wenngleich nur in geringem Procentsatz. Da müsse die Agitation einsetzen. Die Mißstände auf den Bauten seien wieder mehr auf's Korn zu nehmen. Der Vertrag diene genug Raum dazu. Vor allem sei zu verlangen, daß jeder Bau wieder seinen Baudeputierten habe. Vor unbefonnenen Streiks wurde gewarnt. In allen Versammlungen wurde lebhaft diskutiert. Man war der Meinung, daß die gerügten und noch andere Mißstände dringend der Abhilfe bedürften und ein besseres solidarischer Zusammenarbeiten als augenblicklich am Plage sei. — Folgende Resolution fand überall die Zustimmung der Versammelten:

Die Versammlung hält die heut auf den Bauten herrschenden Zustände für allgemein schädlich und daher dringend verbesserungsbedürftig. Die Ursachen dieser ungesunden und zerlegenden Zustände erblickt die Versammlung in der Unkenntnis, zum Teil auch Gleichgültigkeit vieler Kollegen.

Die Versammelten geben der Meinung Ausdruck, daß die bisherige Tarif einzelner Kollegen bei eventuellen Arbeitsein-

stellungen usw. nicht den Verhältnissen entspricht, sondern daß für die Zukunft streng darauf zu achten ist, daß derartige Maßnahmen nur im Einverständnis der Leitung unternommen werden dürfen.

Die Versammlung zieht nun nach Lage der Verhältnisse auf den Bauten die Lehre, daß die jetzigen Zustände beseitigt werden müssen, und zwar soll dieses geschehen:

1. Durch unablässige Agitation für den Verband und dessen Bestrebungen.
2. Durch die Leistung einer guten und soliden Arbeit und Befestigung aller Pfuscharbeit.
3. Durch Pflege des Baudeputierten-Systems, Meldung aller Mißstände an die Verbandsleitung, gesunde die Tagesfragen und die Arbeitsverhältnisse betreffende Diskussion in den Baubuden, Pflege der Solidarität aller Kollegen.
4. Erstreckung einer einheitlichen Organisation durch vernünftige und ruhige Diskussion und der Aufklärung aller und fernstehenden Kollegen.
5. Erachtet es die Versammlung für dringend notwendig, allmonatlich eine auf allen Bauten Berlins stattzufindende Kontrolle der Verbandsbücher durch die Deputierten vorzunehmen.

Im Anschluß hieran hält es die Verbandsleitung für sehr wesentlich, die früher satzungsmäßig Baudeputierten-Versammlungen wieder einzuberufen, wozu sich die Versammelten verpflichten, dafür zu wirken, daß jeder Bau in diesen Deputierten-Versammlungen vertreten ist.

An den Versammlungen nahmen nach einer Zählung über 4000 Maurer teil.

Die Deutsche Metallarbeitergewerkschaft (Verwaltungsstelle Berlin) verhandelte in ihrer letzten Mitgliederversammlung über einen in der Generalversammlung zurückgestellten Antrag Schlenker. Es handelte sich kurz um folgendes: In der Gesellschaft „Union“ kamen die Kollegen der Morgen- und Nachmittagsarbeit dazu, die Frage zu ventilieren, ob gefeiert werden solle. Um 1 Uhr verließen sie die Fabrik, während um 3 Uhr bereits die Schicht zu Ende gewesen wäre. Als sie hörten, es werde gefeiert, erklärten sich die Kollegen der Nachmittagsarbeit solidarisch und feierten. Es erfolgte Mahregelungen. Die Unterstufungsfrage führte in der letzten Generalversammlung zu lebhaften Debatten, die sich prinzipiell auf die Frage, was als Maßfeier zu betrachten sei. Schlenker stellte den Antrag: „In Sachen der sogenannten Maßfeier in der „Union“ beschließt die Versammlung, daß die Kollegen der Morgen- und Nachmittagsarbeit keinen Anspruch auf Anerkennung ihres Vorgehens als Maßfeier und auf moralische und materielle Unterstützung haben könnten, daß aber den Kollegen der Nachmittagsarbeit Unterstützung zufließen solle, weil sie einen Akt der Solidarität begingen.“ Verschiedene Redner betonten, daß eine wirkliche Maßfeier nur die sei durch völlige Arbeitseinstellung. Dannenberger bestätigte eine Resolution, in der es heißt: „Bei einer eventuellen Ausprägung und Mahregelung wegen der Feier des 1. Mai treten vom 2. Mai ab die statutarisch vorgesehenen Bestimmungen über Unterstützung von gemahregelten vollberechtigten Mitgliedern in Kraft. Beide Resolutionen wurden angenommen.“

Einiges vom Kölner Gewerkschaftskongress und von der Leipziger Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes lautete der nächste Punkt der Tagesordnung. Dazu referierte Wiesner. Sowohl vom Referenten wie auch von mehreren Diskussionsrednern wurde Regien heftig angegriffen, weil er, wie man dem „Anarchist“ entnahm, vor dem Kölner Kongress die Abhaltung des Kongresses in Köln davor abhängig gemacht haben soll, daß die Vorkottbier führenden hochloftierten Lokale für den Verkehr freigegeben würden. Schwere Regens sei man dem Vorkottbier Regien gefolgt. Schlenker bezeichnete das Vorgehen Regiens als einen Verrat an der gesamten Arbeiterschaft. — Dannenberger ist der Meinung, daß die Stimmung der großen Masse ihrer Mitglieder nicht dem entspricht, was die Beamten der großen Verbände vertreten hätten. Er sieht einen Zwiespalt zwischen der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften, die seiner Meinung nach zusammengehören, und meint, die Beamten hätten den Zwiespalt systematisch gefördert. Die Verschärfung dieses Zwiespals durch Verhöhnung der Partei sei das schlimmste, was der Gewerkschaftskongress geleistet habe. Die ganze Arbeiterbewegung sei dadurch aufs schwerste geschädigt. Der „Vorwärts“ habe den Versuch gemacht, die Gegensätze zu verflüsseln, obwohl das Zentralorgan alle Ursache gehabt hätte, mit den Leuten abzurechnen. In eine Einigung der Gewerkschaften der „Freien Vereinigung“ mit den Verbänden sei nach diesem Kongress kaum noch zu denken. Eine solche schloße Stellungnahme gegen die Prinzipien der Partei, die auch die der „Freien Vereinigung der Gewerkschaften Deutschlands“ seien, gebe es kaum wieder. — Man werde es sich überlegen müssen, ob man nicht bei passenden Gelegenheiten die Frage des Generalstreiks in große Versammlungen hineinwerfen solle. In den Wahlvereinen sei darauf hinzuwirken, daß nicht wieder Leute als sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt würden, die die Arbeiterbewegung schädigten. — Schlenker erklärte, wenn man nicht „solche Heulen“ (Regien, Robert Schmidt, Leinpeters) aus der Partei hinausjagte, dann würden es sich eine ganze Anzahl Arbeiter überlegen, ob sie noch der Sozialdemokratie (er sei Sozialdemokrat) angehören dürften; viele doch heute schon die Sozialdemokratie eine traurige Rolle gegenüber den großen Verbänden. — Von Fassung einer Resolution sah man ab. — Für den Norden wurden Wötcher als Kassierer und Dens als Hilfskassierer gewählt. In die Bibliothekskommission wählte man Juril, Mesterheld und Müller.

Die christliche Dachdeckerorganisation hatte am Donnerstag eine öffentliche Dachdeckerversammlung nach dem Musterheim in der Kaiser Wilhelmstraße einberufen mit der Tagesordnung: „Der neue Tarif und unter welchen Umständen ist er zustande gekommen? Die hiesige Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Dachdecker hatte ihre Mitglieder durch eine „Vorwärts“-Annonce aufgefordert, ebenfalls die Versammlung zu besuchen; sie waren jedoch in einer Minderheit erschienen und die Christlichen nutzten denn auch ihre Mehrheit in der Weise aus, daß sie nach dem ungefähre anderthalbstündigen Referat Geyerts, des Redaktors der „Hausgewerkschaft“, die Redezeit sofort auf 10 Minuten beschränkten und kurz nach 12 Uhr die Diskussion abbrachen. Infolge dieser ungebührlichen Einschränkung des Rechts der Verteidigung der Zentralverbands-Mitglieder gegen die heftigen Angriffe des Referenten war es einem unparteiischen Zuhörer nicht möglich, genau festzustellen, ob oder wieviel die Behauptungen von dem ungeheuerlichen Terrorismus, der gegen christliche Dachdecker ausgeübt sein soll, berechtigt waren oder nicht, und wieviel diese selbst Veranlassung zu der Forderung nach Ausschaltung ihrer Organisation beim Abschluß des Tarifvertrages gegeben haben. Ein Vortrag, der der christlichen Organisation in einem am 10. November vorigen Jahres im „Vorwärts“ erschienenen Versammlungsbericht gemacht wird, nämlich der, daß sie einen als Dieb bekannten Dachdecker aufgenommen habe, beruhte allerdings offenbar auf einem Irrtum. — Als die Diskussion abgebrochen wurde, verließen die Zentralverbands-Mitglieder den Saal. Sie hatten jedenfalls nicht Lust, sich im Schlußwort des Referenten nochmals die vielen Vorwürfe bieten zu lassen, ohne daß ihnen Gelegenheit zu gründlicher Widerlegung gegeben wurde. Das wurde von den Christlichen mit Schimpereien und mit einem Heidenrath begrüßt. Dann wurde eine Resolution angenommen, in der das „Schande Treiben des Zentralverbandes“ verurteilt wird, zum Eintritt in die christlichen Organisationen aufgefordert, der „antireligiöse“ und „parteipolitische“ Standpunkt der freien Gewerkschaften betont und die Krüherung Regiens von der „Unvernunft der Christlichen“ zurückgewiesen wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zaner, 15. Juli. (B. T. B.) Die spanische Regierung hat nunmehr die Einladung zur Marokko-Konferenz angenommen.

*) Siehe Nr. 126, 140 des „Vorwärts“.

Ein gerichtliches Nachspiel zum Ruhstrat-Prozess.

Hückeburg, 15. Juli. (Fünfter Verhandlungstag.)

Gegen 8 Uhr eröffnet der Vorsitzende, Landgerichtsrat Wippermann, wiederum die Sitzung. Auf Antrag des Verteidigers Rechtsanwalt Dr. Sprenger beschließt der Gerichtshof, den Regierungsrat z. D. Rechtsanwalt Dr. Weder-Oldenburg noch einmal als Zeugen zu laden.

Leumundzeugnis.

Es wird danach mit der Zeugenvernehmung fortgefahren. Kellner Heinz Bremen: Er sei im Hotel „Stadt München“ mit dem Angeklagten gemeinsam in Stellung gewesen. Meyer sei ein sehr liebenswürdiger, ordentlicher und sparsamer Mensch gewesen und in seinem Fach sehr tüchtig. Er sei auch allgemein beliebt gewesen. Er und andere Kollegen haben, als der Angeklagte als Zeuge nach Oldenburg geladen wurde, ihm geraten, recht vorsichtig zu sein. Meyer bemerkte: „Was ich bestimmt weiß, das kann ich wohl sagen.“ Auf weiteres Befragen des Vorsitzenden bemerkt der Zeuge: Als er in Oldenburg von dem Untersuchungsrichter gekommen sei, sei er von Kollegen befragt worden, weshalb er zugunsten des Meyer ausgesagt habe. — Vorf.: Sind Sie von diesen Kollegen belästigt worden? — Zeuge: Ja wohl. — Vorf.: Sie sollen deshalb veranlaßt worden sein, aus dem „Deutschen Kellnerbund“ auszutreten? — Zeuge: Ich wollte schon vorher austreten.

Furcht vor Verhaftung.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sprenger: Sie haben in der Tat vor dem Untersuchungsrichter in Oldenburg zu Ungunsten des Angeklagten ausgesagt. Der Herr Vorsitzende hat Ihnen bereits gesagt, daß es nur darauf ankomme, was Sie hier sagen. Nun frage ich Sie: Haben Sie deshalb zu Ungunsten des Angeklagten ausgesagt, weil Sie befürchteten, daß wenn Sie zu seinen Gunsten aussagen, Sie wegen Verdachts des Meineids verhaftet werden könnten? — Zeuge: Ja wohl. — Vert.: Ist es richtig, daß die Kollegen in Oldenburg Ihnen aus dem Wege gegangen sind? — Zeuge: Ja wohl. — Vert.: Ist es richtig, daß Ihre Kollegen Sie schließlich deshalb wegen Ihrer Vernehmung befragten, weil ihnen Ihr verfürtes Wesen auffiel? — Zeuge: Ja wohl. — Vert.: Sie empfanden Gewissensbisse bezüglich Ihrer Aussage vor dem Untersuchungsrichter? — Zeuge: Ja wohl. — Vert.: Ist es richtig, daß Sie deshalb sogar schlaflose Nächte hatten und sich einen Revolver kauften, um sich zu erschießen? — Zeuge: Das ist richtig. — Vert.: Ist es ferner richtig, daß Sie den Versuch machten, mich Ihrer Aussage wegen zu sprechen, ich Sie aber abwieß? — Zeuge: Ja. — Vorf.: Sie waren wohl, als Sie in Oldenburg vernommen wurden, sehr aufgeregt? — Zeuge: Ja. Ich hatte kurz vorher eine Krankheit überstanden.

Kellner Hansen, der auf Antrag des Verteidigers Rechtsanwalt Dr. Sprenger nochmals vernommen wurde, bestätigte die Aussagen des Zeugen Heinz und daß er aus Anlaß seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter in Oldenburg arge Gewissensbisse empfunden habe und sich schließlich in der Absicht, sich das Leben zu nehmen, einen Revolver kaufte. — Vert.: Ist es richtig, daß ich Ihnen riet, nicht mit Heinz über seine Aussagen zu sprechen, da es als Zeugenbeeinflussung aufgefaßt werden könnte? — Zeuge: Ja.

Die Behandlung des Angeklagten im Prozeß Schwehnert.

Der folgende Zeuge ist Journalist Paul Schweder in Berlin. Er sei bei dem Prozeß Schwehnert als Berichterstatter tätig gewesen. Er müsse zunächst vorausschicken, daß er nicht für Minister Ruhstrat Partei genommen habe. Er habe es aber für seine Pflicht gehalten, die Angelegenheit streng unparteiisch zu behandeln, zumal er als Richter-Oldenburg die Verhältnisse nicht genau beurteilen konnte. Er sei seit 11 Jahren Berichterstatter und habe vielen Sensationsprozessen beigewohnt. Er sei bei vielen Verhandlungen zugegen gewesen, wo Zeugen wegen Verdachts des Meineids im Gerichtssaale verhaftet wurden. Eine Behandlung, wie sie dem Angeklagten von Seiten des Vorsitzenden in dem damaligen Prozeß zuteil geworden sei, sei ihm aber noch niemals vorgekommen. Der Vorsitzende führte die Verhandlung in einer Weise, daß die Berichterstatter kaum folgen konnten. Er habe die Überzeugung, daß der Angeklagte durch die Art, wie er vom Vorsitzenden vernommen wurde, vollständig verwirrt geworden sei, so daß er wohl kaum wüßte, was er zu Protokoll gegeben hatte. Als der Angeklagte das Protokoll unterschreiben wollte, hatte er das Gefühl, es wäre richtig, den Angeklagten bei Seite zu nehmen und ihm zu sagen: Mensch, sind Sie denn verrückt, Sie rennen ins Verderben! Er habe bereits gesagt, er habe schon vielen Verhandlungen beigewohnt, wo wegen Verdachts des Meineids Zeugen verhaftet wurden. Oftmals habe er sich gesagt, der ist mit Recht verhaftet worden. In diesem Falle habe er aber die Verhaftung als ganz ungerecht empfunden. Es habe ihn geradezu frappiert, daß, als Staatsanwalt Dr. Fimmen im letzten Augenblick den Versuch machte, den Angeklagten zu bewegen, sein Zeugnis einzuschränken und zu sagen: „Es ist möglich oder ich glaube“, der damalige Vorsitzende Erl bemerkte: „Ach was, die Aussage ist doch ganz klar!“ Er kenne den Angeklagten nicht, aber er und alle seine Kollegen, die am Berichterstatterisch saßen, hätten die Überzeugung, wenn der Angeklagte in liebevoller Weise behandelt worden wäre, die Verhaftung nicht stattgefunden hätte. — Auf Befragen des Verteidigers Rechtsanwalt Dr. Sprenger bemerkt der Zeuge, er sehe auch dem Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Erl, vollständig fern. Ja, er habe diesen in früheren und späteren Prozessen als sehr liebenswürdig und in diesen Herren kennen gelernt. Aber der Ton, der in dieser Verhandlung herrsche, sei ihm noch nie vorgekommen. — Vert.: Sie haben auch dem Prozeß Biermann in Oldenburg beigewohnt. Stach nicht dieser Prozeß wesentlich von dem Schwehnert-Prozeß ab? — Zeuge: Ja. — Staatsanwalt: In dem Prozeß Schwehnert kam es infolge mehrerer Ablehnungsanträge der Verteidiger zwischen diesen und dem Vorsitzenden zu heftigen Zusammenstößen. — Zeuge: Allerdings. — Staatsanwalt: War das vielleicht die Ursache, daß der Ton gereizter wurde? — Zeuge: Das muß sein. — Vorf.: Herr Zeuge, das Beweisthema war doch ein sehr einfaches und noch dem Protokoll hat der Vorsitzende den Angeklagten wiederholt gefragt, ob er sein Zeugnis abändern wolle. Der damalige Zeuge Meyer erklärte aber ganz bestimmt: Ich halte meine Aussage aufrecht. — Zeuge: Das ist richtig; trotzdem hatte ich und alle meine Kollegen die Auffassung, der Angeklagte sei infolge der Art der Behandlung und infolge der vielen Fragen verwirrt worden, zum mindesten nicht mehr klar gewesen.

Landgerichtsdirektor Erl, der danach als Zeuge vernommen wird, bestritt, daß er den Angeklagten schroff behandelt und diesem nicht Gelegenheit gegeben habe, seine Aussagen abzuändern oder einzuschränken. Der Angeklagte hätte seine Aussagen in vollständig klarer Weise abgegeben und auf wiederholtes Befragen und eingehende Ermahnung erklärt, er halte seine Aussage vollständig aufrecht. — Vorf.: Herr Staatsanwalt Fimmen soll zu dem Angeklagten gesagt haben: Meyer, wollen Sie nicht sagen, ich glaube oder es ist möglich. Darauf sollen Sie gesagt haben: Ach was, das gibt es keine Einschränkung, die Aussage steht fest. — Zeuge: Das ist nicht wahr. Wenn ich eine solche Äußerung getan hätte, würde ich ja meine Aufgabe als Vorsitzender vollständig verrannt haben.

Staatsanwalt Dr. Fimmen schließt sich im wesentlichen der Aussage des Vorzeugen an. Wenn er einen Antrag gestellt hätte, dem Zeugen eine solche Frage vorzulegen, dann hätte sie doch

gestellt oder der Antrag abgelehnt werden müssen. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Jonas: Herr Staatsanwalt, Sie sollen Ihre Frage nicht in der Form eines Antrages gestellt haben, sondern haben zu dem Angeklagten direkt gesagt: Wollen Sie nicht sagen, ich glaube oder es ist möglich. Darauf soll der Vorsitzende gesagt haben: Ach was, es gibt ja nichts, es gibt doch kein Zurück! — Zeuge: Ich erinnere mich jetzt, eine solche Frage an den damaligen Zeugen Meyer gerichtet zu haben. Der Herr Vorsitzende erwiderte darauf: Es nützt ja nichts. Er habe auch die Frage dem Angeklagten vorgelegt. — Gerichtsassessor Dr. Rumpf bezeichnet es als unwahr, daß der Angeklagte durch den Vorsitzenden im Prozeß Schwehnert verwirrt gemacht worden sei. Er, der Zeuge, schließt sich im weiteren den Befundungen des Vorzeugen an.

Journalist Schneider berichtet noch, er hatte die Empfindung, daß der Angeklagte körperlich hinfällig und ganz apathisch war, so daß er wohl kaum wüßte, was er unterschrieb. — Landgerichtsdirektor Erl: Er erinnere sich jetzt der vom Staatsanwalt Fimmen gestellten Frage. Er habe bemerkt: Es nütze ja nichts, habe aber die Frage dem Angeklagten vorgelegt. — Regierungsrat z. D. Rechtsanwalt Dr. Weder: Es sei richtig, daß er der Verhandlung nicht von Anfang an beigewohnt habe; auch sei er auf einem Ohre schwerhörig. Er habe aber trotzdem ganz gut der Verhandlung folgen können und müsse wiederholen, die Art, wie der Angeklagte vernommen wurde, war eine solche, daß ein junger Mann, wie der Angeklagte, der förmlichen Dingen fern stehe, verwirrt werden mußte. Er fühle sich deshalb zu der folgenden Erklärung veranlaßt, daß er dem Minister Ruhstrat durchaus nicht feindlich gesinnt sei.

„Lustige Sieben“ im Oldenburger Theater-Restaurant.

Darauf wird Hoteller Kochler-Remscheid als Zeuge aufgerufen. Er sei vom Juli 1899 bis 1900 Pächter des Theater-Restaurants Oldenburg gewesen. Es habe bei ihm eine Spielergesellschaft, bestehend aus dem Staatsanwalt Dr. Fimmen, Assessor Hellwerth, Offizieren, Referendaren u. a. verkehrt. — Vorf.: Gehörte zu der Spielergesellschaft Minister Ruhstrat? — Zeuge: Ein Herr Ruhstrat gehörte zu der Spielergesellschaft; ob es der Minister war, kann ich nicht sagen. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sprenger: Gehörte zu der Spielergesellschaft auch Rechtsanwalt Wiffser? — Zeuge: Ja wohl. Auf weiteres Befragen bekundet der Zeuge, die Spielergesellschaft spielte bei ihm „Lustige Sieben“. Eines Tages kam ein Schuhmann in mein Lokal und sagte, es sei gegen mich eine Strafanzeige eingegangen, daß ich Dazardspiele in meinem Lokale dulde; die Strafe werde nicht linde ausfallen, die Herren seien alle bekannt. Ich solle aber die Herren lieber nicht nennen. Ich erhielt sehr bald eine Einladung vor das Schöffengericht. Die Verhandlung fand lange vor der angelegten Zeit statt und spielte sich innerhalb kurzer Zeit ab. Ich wurde zu 25 M. verurteilt. Von den Spielern war in der Verhandlung keine Rede. Ich erklärte, daß ich auf jedes Rechtsmittel verzichte. Ich hatte den Eindruck, als wolle man die Verhandlung ohne lästige Zuhörer führen. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sprenger: Wußten Sie denn nicht, daß die Herren ein verbotenes Spiel spielen? — Zeuge: Ja wohl; eines Tages kam ein Herr von der Spielergesellschaft und übergab mir eine größere Summe, sog. „Pinschgeld“. Ich wollte es zunächst nicht annehmen, der Herr redete mir aber zu und sagte: Wenn einmal eine Nachfrage kommen sollte, solle ich keine Namen nennen. Ich erzählte das Vorwissen meinem Vorgänger mit dem Bemerkten, die Herren scheinen ein sehr gefährliches Spiel zu spielen. Da verfiel mir ein Vorfall, der mir ein Beispiel gab: Die Herren spielen „Lustige Sieben“, hängen Sie einfach das Plakat auf und kümmern Sie sich nicht weiter darum. Die Herren machen jedenfalls eine sehr hohe Beise. Ich leistete diesem Rate auch Folge, schickte, sobald das Spiel begann, meinen Kellner zu Bett und bediente selbst. Ich habe trotz der hohen Beise den Herren gegenüber gekauert, ich könnte Unannehmlichkeiten haben. Die Herren suchten mich zu beruhigen und sagten, es könne mir absolut nichts passieren. Sollte dies aber wider Erwarten dennoch geschehen, so würden sie mich schadlos halten. Dieses Versprechen haben aber die Herren nicht eingehalten. Ich wurde nach Einleitung des Strafverfahrens gegen mich auf Polizeifreude gesetzt, d. h. ich erhielt die Verfügung, mein Hotel um 11 Uhr zu schließen. Da aber mein Geschäft erst um 11 Uhr abends begann, so mußte ich selbstverständlich das Geschäft aufgeben. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Jonas: Hand die Gerichtsverhandlung gegen Sie vielleicht in der Pause statt? — Zeuge: Diesen Eindruck hatte ich allerdings. — Staatsanwalt: Wie kam es, daß Sie bedeutend früher im Gerichtsgebäude waren, als Sie laut Ladung nötig hatten? — Zeuge: Ich wurde von einem Berichtsdienner geholt. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sprenger: Um welche Beträge wurde gespielt? — Zeuge: Es wurden Umsätze von 500—800 M. gemacht. — Vert.: Sie können nicht sagen, welcher der Herren Ruhstrat zur Spielergesellschaft gehörte? — Zeuge: Nein. Ich weiß bloß, daß einmal die Äußerung fiel, Minister Ruhstrat hätte gekauert, die Sieben auf dem Plakat hätte besser ausgeführt werden können. Ich glaube aber, daß es nicht der Minister, sondern der Rechtsanwalt Ruhstrat war. Der Zeuge bekundet ferner auf Befragen, es sei ihm sehr auffällig gewesen, daß er, als er wegen Duldens von Glücksspielen vor den Untersuchungsrichter geladen war, dieser es abgelehnt hat, ein Protokoll auszunehmen.

Dr. Schlegel, der hierauf als Zeuge vernommen wird, bekundet, er habe Minister Ruhstrat und Buchhändler Schmidt einmal in einem Privatzimmer des Rosinowirtes Stat spielen gesehen, weil die anderen Zimmer besetzt waren. Als dann wird nochmals Polizeikommissar Böning-Bremen als Zeuge vernommen. Er sei von den Zeitungsbekanntmachern vielfach mißverstanden worden, er habe gesagt, er habe die Übernahm der Untersuchung gegen Meyer angenommen, um nicht der Feigheit bezichtigt zu werden. Es sei von den Verteidigern die Frage aufgeworfen worden, weshalb er nicht einen der Gefangenen-ausscher bei der Vernehmung des Angeklagten als Zeuge hinzugezogen habe. Er habe es deshalb nicht getan, da Kühling mit einem jüngeren Gefangenen unglückliche Handlungen vorgenommen, Gode mit Gefangenen gefeuert habe. Von solchen Leuten sei zu befürchten, daß sie zugunsten des Angeklagten ein falsches Zeugnis abgeben, um ihn schließlich eines Amtsverbrechens zu beschuldigen. Vorf.: Sie sollen zu dem Schuhmacher Zweibarth bei dessen Vernehmung gesagt haben: Der Angeklagte hat einen Dummensjungenstreich begangen, er hat sein schünes Geld verdient, da hätte er den Rand halten sollen. Wenn hohe Herren Rischen essen, dann muß man sich nicht dazwischen stellen, sonst bekommt man die Kerne an den Kopf geworfen. Darauf soll Zweibarth gesagt haben: Er hat es doch einmal getan, ich bin aber der Überzeugung, er ist unschuldig. Sie haben darauf geantwortet: Wir halten ihn auch für unschuldig. — Zeuge: Die Maßfaktet, daß ich die Äußerung betreffs der Rischen getan habe, gebe ich zu. Die zweite Bemerkung habe ich jedenfalls nicht getan. Jedenfalls geht, wenn ich die erstere Äußerung getan habe, nur hervor, daß ich in dieser Sache vollständig unbefangen war. Schuhmacher Zweibarth hält darauf dem Polizeikommissar seine Äußerung vor und bemerkt noch, der Kommissar habe, als er sagte: Ich bin von der Unschuld Meyers überzeugt, eine Handbewegung gemacht, als ob er sagen wollte: Ich teile Ihre Ansicht. Es ist doch bekannt, daß in hohen Kreisen dieses vorkommt, worüber man am besten nicht spricht. Polizeikommissar Böning gibt die Möglichkeit an, letztere Äußerung getan zu haben. Er sei aber weder Freund noch Feind des Angeklagten gewesen, sondern vollständig unbefangen an die Sache herangetreten. Er habe jedenfalls nichts getan, was als eine Pflichtverletzung angesehen werden konnte. Verteidiger Dr. Sprenger: Sie geben aber zu, Herr Polizeikommissar, daß Sie dadurch, daß Sie sich als Freund des Angeklagten ausgaben, das Vertrauen seiner

Angehörigen und Freunde gewonnen haben. Zeuge: Ich bemerke wiederholt, daß ich mich weder als Freund noch als Feind des Angeklagten gegeben habe.

Leumundzeugnis.

Ein weiterer Zeuge ist der Inhaber des Auskunfts-Bureaus Juhl-Bremen: Er kenne den Angeklagten schon seit langer Zeit. Dieser sei ein in jeder Beziehung ordentlicher und rechtschaffener Mensch. Als er hörte, daß Meyer verhaftet sei, habe er dies ganz unendlich bedauert.

Die Behandlung des Angeklagten.

Er sei schließlich nach Oldenburg gereist, um Meyer im Untersuchungsgefängnis zu sprechen. Meyer habe ihm gesagt, er werde wie ein gemeiner Verbrecher, wie ein Mörder behandelt. Ganz besonders sagte Meyer über die Behandlung des Polizeikommissars Böning. Der Angeklagte sah so schlecht aus, daß er kaum wiederzuerkennen war. Er, Zeuge, sei auch von dem Polizeikommissar Böning vernommen worden. Als er zu diesem sagte: Ich bin von der Unschuld Meyers überzeugt, versetzte der Polizeikommissar: Das wissen wir alle. Polizeikommissar Böning bestreitet mit aller Entschiedenheit, eine solche Äußerung getan zu haben. Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sprenger: Herr Polizeikommissar Sie befinden sich im Widerspruch mit zwei Zeugen, es ist möglich, daß auch noch ein Dritter das, was Sie bestreiten, bezeugen wird. Ich halte es nicht nur als Jurist, sondern auch als Mensch für meine Pflicht, Sie zu fragen, ob Sie nicht Ihrer Aussage einschalten wollen: „Meiner Erinnerung nach.“ Polizeikommissar Böning: Ich erkläre wiederholt mit voller Bestimmtheit, eine solche Äußerung nicht getan zu haben. Auf Befragen des Verteidigers Rechtsanwalt Dr. Sprenger bemerkt Zeuge Juhl noch: Als er das zweite Mal zum Untersuchungsrichter nach Oldenburg geladen war, da hatte er Angst, er könnte das Schicksal Meyers teilen müssen. Die Verhandlung wird hierauf bis 3 1/2 Uhr nachmittags unterbrochen.

Wiederum „Lustige Sieben“.

Nach Wiedereröffnung der Verhandlung wird Referendar Dr. Christians als Zeuge vernommen. Er bekundet auf Befragen des Vorsitzenden, er gebe zu, als Einjährig-Freiwilliger eingemeldet in Oldenburg „Lustige Sieben“ gespielt zu haben. — Vorf.: In welchen Lokalen haben Sie gespielt? — Zeuge: Das weiß ich nicht mehr.

Die Angehörigen des Angeklagten.

Danach wird Gerichtskanzlei-Gehülfe Adolf Meyer-Bremen, Bruder des Angeklagten, als Zeuge vernommen. Er erklärt auf Befragen des Vorsitzenden, daß er aussagen wolle. Als er die Berichte über den Prozeß Dr. Rief-Biermann in den Zeitungen las, habe er es bedauert, daß die Angeklagten nicht imstande waren, den Wahrheitsbeweis zu führen. Da ihm sein Bruder über die Vorgänge im Oldenburger Juvillastino viel erzählt habe, so habe er mit diesem Rücksprache genommen. Sein Bruder sagte ihm, er wisse genau, daß Minister Ruhstrat „Lustige Sieben“ gespielt habe. Daraufhin habe er seinem Bruder den Rat gegeben, sich im Interesse der Menschlichkeit als Zeuge zu melden. Diese Unterredung dürfte die Ursache gewesen sein, daß sein Bruder sich schließlich beim Rechtsanwalt Dr. Sprenger meldete. Er, sein Bruder Richard und seine Mutter seien vor dem Polizeikommissar Böning vernommen worden. Beherr er habe zu erkennen gegeben, daß er seinem Bruder günstig gestimmt war. Er habe aber einmal die Wahrnehmung gemacht, daß Kommissar Böning die Vernehmung falsch zu Protokoll gegeben habe. Sein Bruder sei ein sehr ordentlicher, sparsamer und in seinem Grade tüchtiger Mensch. — Vorf.: Halten Sie Ihren Bruder für fähig, daß er vor Gericht die Unwahrheit sagen werde? — Zeuge: Keineswegs. Handlungsgehilfe Richard Meyer-Bremen, zweiter Bruder des Angeklagten: Sein Bruder habe ihm erzählt, daß im Oldenburger Juvillastino sehr hoch gespielt werde. Ein Offizier habe in einer Nacht so viel verloren, daß er sich das Leben genommen habe. Er habe seinen Bruder gewarnt, sich als Zeuge zu melden. Sein Bruder habe aber gesagt: Was ich weiß, kann ich sagen.“ Doch sein Bruder einen Meineid leisten werde, halte er für vollständig ausgeschlossen. Danach beirät die Mutter des Angeklagten, eine ärmlische, aber sehr sauber gekleidete Frau mit sehr sympathischen Gesichtszügen, den Gerichtssaal. Als sie ihren Sohn sitzen sieht, beginnt sie bitterlich zu weinen. Auch der Angeklagte birgt sein Gesicht in seinem Taschentuch und schluchzt heftig. Es dauert lange, ehe die alte Frau imstande ist, auf die Fragen des Vorsitzenden Antwort zu geben. Sie bekundet auf Befragen des Vorsitzenden, der Angeklagte sei ein sehr guter Sohn gewesen, der ihr große Freude gemacht habe. Er habe ihr all sein Geld mit dem Auftrage gegeben, es auf die Sparkasse zu bringen. Sie hatte das Recht, sich jederzeit einen Betrag von der Sparkasse zu holen. So ist sie niemals betreffs der Riete in Verlegenheit gekommen. Als ihr Sohn als Zeuge nach Oldenburg geladen wurde, habe sie zu ihm gesagt, er solle nur ja recht vorsichtig sein. Ihr Sohn habe darauf geantwortet: Ich kenne ja die Herren nicht weiter, ich habe also keine Ursache, die Unwahrheit zu sagen.

Ein Vortrag bei der Verhaftung des Angeklagten.

Hierauf wird Frau Biermann-Oldenburg, Gattin des „Residenzboten“-Redakteurs Biermann, die schon seit einigen Tagen am Berichterstatterische sitzt, als Zeugin aufgerufen. Sie bekundet, bei dem Prozeß Schwehnert habe sie auf dem Korridor des Gerichtsgebäudes gestanden, da sie auch als Zeugin geladen war. Als der Angeklagte festgenommen und bei ihr vorübergeführt wurde, sagte er: Sehen Sie, Frau Biermann, das kommt davon, wenn man in Oldenburg die Wahrheit sagt. — Vorf.: Angeklagter, ist das richtig? — Angeklagter: Es ist möglich, ich erinnere mich aber nicht.

Rechtsanwalt Dr. Sprenger als Zeuge.

Er bekundet: In dem im November 1903 stattgefundenen Prozeß Rief-Biermann sagte Minister Ruhstrat, er habe seit 12 bis 14 Jahren, zum mindesten seit den letzten 10 Jahren nicht mehr hazardiert. Der damals amtierende Staatsanwalt Dr. Niesbieter sagte in seinem Plädoyer, es möge sich jeder an die Brust schlagen und sich prüfen, ob er in seiner Jugend nicht einmal etwas Ungerichtetes begangen habe. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Wobler, gab auch in der Urteilsbegründung dem Gebanten Ausdruck, daß der Minister seit 12—14 Jahren, zum mindesten seit dem letzten Jahre, nicht mehr hazardiert habe. Auch die Zeitungen berichteten in diesem Sinne. Als er nach Bremen zurückkam, wurde ihm mitgeteilt, es sei falsch, daß Minister Ruhstrat seit 10 Jahren nicht mehr hazardiert habe. Es könne durch Zeugen festgestellt werden, daß der Minister noch in den letzten Jahren und nicht bloß im Kasino, sondern auch bei Eilers „Lustige Sieben“ gespielt und vielfach die Bank gehalten habe. Lohnbiener Ratz und habe ihm mitgeteilt, ein junger Kellner, der von 1899 bis 1901 im Kasino bedienter war, könne bekunden, daß der Minister noch zu dieser Zeit „Lustige Sieben“ gespielt und oftmals die Bank gehalten habe. Er habe aus diesem Grunde den Angeklagten zu Protokoll vernommen und es für notwendig erachtet, die protokolllarische Aussage des Angeklagten in dem im März 1904 verhandelten Prozeß gegen den „Residenzboten“-Redakteur Kruse zu bewerten, und zwar umsomehr, da der Minister auch inzwischen infolge Interpellation des Abg. Hug im Oldenburger Landtage und außerdem in der Oldenburgerischen Landessynode erklärt hatte, daß er seit den letzten 10 Jahren nicht mehr „Lustige Sieben“ gespielt habe. Die gesamte öffentliche Meinung, insbesondere die Presse, gab der Ansicht Ausdruck, daß, wenn die Aussage des Kellners Meyer wahr sei, der Minister seine Eidespflicht verlegt habe. — Vorf.: Ich muß Sie unterbrechen, Herr Zeuge. Wie können die Behauptungen nicht nachprüfen. Es kommt auch gar nicht in Betracht,

Was ein Teil der Presse für eine Ansicht hatte. — Staatsanwalt Weller: Ich kann die Bemerkung des Zeugen, der Minister habe seine Eidespflicht verletzt, nicht ohne weiteres hinhinnehmen. Ich bin daraufhin genötigt, die Ladung neuer Zeugen zu beantragen. — Zeuge: Ich hatte nur meiner persönlichen Auffassung Ausdruck gegeben, die von einem großen Teil der Presse geteilt wurde. Der Zeuge befindet sich weiter, er habe zu dem Angeklagten gesagt: Erwägen Sie Ihre Behauptungen sehr genau, seien Sie recht vorsichtig, Sie werden Ihre Aussage vor Gericht beschwören müssen. Und nun bedenken Sie, Sie sind Richter. Ich will Ihnen nicht zu nahe treten, aber es besteht doch einmal der inziale Unterschied, daß man einem Richter weniger Glauben schenkt, als einem Minister oder einem anderen Herrn in hoher amtlicher oder gesellschaftlicher Stellung. Der Angeklagte sagte jedoch mit fester Stimme, er müsse bei seinen Angaben bleiben, er könne sie mit gutem Gewissen beschwören.

Die Niederlegung der Verteidigung im Prozeß Schwennert.

Der Zeuge, Rechtsanwalt Dr. Sprenger, schildert danach in eingehender Weise die Vorgänge im Prozeß Schwennert. Die Sachlage in diesem Prozeß war höchst peinlich. Die Behandlung des damaligen Zeugen, des Angeklagten Meyer und nicht zum wenigsten der Verteidiger seitens des Vorsitzenden Landgerichtsdirektors Erk war eine solche, daß es zwischen den Verteidigern und dem Vorsitzenden fast unaussprechlich zu heftigen Aufwitten kam. Ich hatte die Überzeugung, der damalige Zeuge Meyer hat nur das bezeugt, was er für wahr gehalten habe. Der Angeklagte wurde von vornherein in einer Weise behandelt, daß die Verteidiger schon am ersten Tage zu der Überzeugung kamen, der Angeklagte werde verhaftet werden. Als nun die Verhaftung des Angeklagten ausgeführt war, da sagte ich zu meinem Mitverteidiger Rechtsanwalt Dr. Herz: Ich halte es für das Geratene, daß wir jetzt die Verteidigung niederlegen. Unser Hauptzeuge ist erschossen, wir können unsere Funktionen als Verteidiger nicht ausüben, ohne vom Vorsitzenden in schroffer Weise unterbrochen zu werden. Es ist also vollständig zwecklos, wenn wir die Verteidigung weiter führen. Die Verhandlung nahm bisweilen einen sehr stürmischen Charakter an. Ich habe dies ganz besonders deshalb hervor, da der ruhige Gang dieser Verhandlung sehr vorzuziehen ist vor diesem Prozeß abwärts. Ich habe ebenfalls die Überzeugung, wenn die Verhandlung einen so ruhigen Charakter gehabt hätte, wie diese, dann wäre der ganze Prozeß nicht geschehen. Ich habe es aber trotz Alledem für meine Pflicht gehalten, die Verteidigung des Angeklagten zu übernehmen. Ich bin deshalb, insbesondere von Oberburg aus, mit den größten Unstimmigkeiten besprochen worden, obwohl ich genötigt bin, in Bremen nur saubere Prozesse zu führen. Man macht es mir aber von gewisser Seite zum Vorwurf, daß ich gewissermaßen einem Ertrinkenden die Hand gereicht habe, um ihn vor dem Untergang zu retten. — Ein Zeuge: Wenn es gelungen wäre, die Widersprüche aufzuklären, wäre abdann die Aussage des Angeklagten anders ausgefallen? — Zeuge: Das kann ich nicht sagen. Jedenfalls war es in dieser Verhandlung unmöglich, die Widersprüche aufzuklären. Es wurde unter Mitwirkung des Publikums durcheinander geschrien, daß wir keine Verhandlung, sondern erinnere an eine wildbewegte See. (Große Bewegung im Zuscherraum.) Auf Befragen des Verteidigers Rechtsanwalts Dr. Herz bemerkt der Zeuge, es sei richtig, daß er im Prozeß Schwennert mehrfach genötigt war, sich gegen falsche Auffassungen des Gerichtshofes zu wehren. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Jonas: Es ist Ihnen bekannt, daß der Versuch gemacht worden ist, die Verteidigung in den Augen des Angeklagten zu diskreditieren. Sie hatten von Anfang an die Verteidigung des Angeklagten übernommen; sind Sie der Ansicht, daß der Versuch irgend welche Ursache hatte, mit den Verteidigern unzufrieden zu sein? — Zeuge: Im Gegenteil, die Angehörigen sind mir sogar dankbar gewesen, daß ich den Angeklagten nicht im Stich gelassen habe. — Vors.: Ehe ich die Beweisaufnahme schlicke, will ich an den Angeklagten noch die Frage richten, ob er die feinen Aussagen bleibt? — Angeklagter: Jawohl. Der Vorsitzende erklärt danach die

Beweisaufnahme für geschlossen

und verliest folgende, den Geschworenen vorzulegenden Schuldfragen: Ist der Angeklagte schuldig, am 1. und 2. Dezember 1904 vor der Strafammer zu Bremen, also vor einer zur Abnahme von Eiden berechtigten Behörde, durch einen vor seiner Vernehmung geleisteten Eid wissenschaftlich seine Eidespflicht verletzt zu haben? Im Falle der Bejahung dieser Frage: Konnte der Angeklagte annehmen, daß er sich durch richtige Abgabe seines Zeugnisses der Gefahr einer Verfolgung wegen eines Verbrechens oder Vergehens aussetzt? Im Falle der Verneinung der Hauptfrage: Ist der Angeklagte schuldig, vor einer zur Abnahme von Eiden berechtigten Behörde aus Fahrlässigkeit einen falschen Eid geleistet zu haben?

Es tritt darauf eine Pause bis 8 Uhr ein. Abdann werden die Plaidoyers beginnen. In etwa 2-3 Stunden hofft man, die Verhandlung zu Ende führen zu können.

Oberst Hüger und die Militärrechtspflege vor der Dortmunder Strafkammer.

(Fünfter Verhandlungstag.)

C. Dortmund, den 15. Juli 1905.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung wird zunächst Oberkriegsgerichtsrat Blessing vernommen, der zweite von dem Obersten Hüger angegriffene Auditor. Blessing war damals beim 13. Armeekorps und bezeugt, daß er die Feststellungen des Untersuchungsrichters nachprüfen konnte. Es ergab sich, daß die Untersuchung vollständig sachlich geführt war und der Einstellungsbefehl in dem Verfahren gegen Hauptmann Schmaßl zu Recht erfolgte. Wenn Oberst Hüger von einer Parteilichkeit spreche, so könne er nur sagen, daß die Untersuchung so geführt worden sei, daß sie das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen brauche. — Staatsanwalt (zu Oberst Hüger): Was werden Sie dem Zeugen denn eigentlich für Ehr- und Pflichtvergehen vorwerfen? — Oberst Hüger erwidert, daß auf seine Rückfragen in der ersten Prozessur, es liege der Verdacht vor, daß Rechtsbeugungen vorgekommen seien und daß die Richter wider besseres Wissen gehandelt haben, die Herren sich nicht geäußert und den Vorwurf eingestrichelt haben. — Vors.: Die Herren waren doch gar nicht verpflichtet, darauf zu reagieren? — Angekl.: Nach den ehrengerichtlichen Bestimmungen für die Offiziere muß der Offizier seine Ehre rein halten. Wenn er also einen solchen Verdacht ruhig auf sich sitzen läßt, handelt er gegen diesen Grundhalt.

Es wird hierauf nochmals Hauptmann Schmaßl vernommen. Vors.: Wie steht es denn mit den angeblichen Protokollfälschungen des Kriegsgerichtsrats Scholl? — Zeuge: Die Protokollfälschung soll angeblich darin bestehen, daß zunächst gesagt wurde, ich hätte die Beschuldigungen auf „Vorhalt“ wiederholt. Das Gericht soll nun in seinem Erkenntnis aus diesem „auf Vorhalt“ das „Verlangen“ gemacht haben. Oberst Hüger hat mir gesagt, daß ich ganz außerordentlich empfindlich gewesen bin. Das mag den Eindruck, als ob der Herr Oberst ein Opfer meiner Empfindlichkeit geworden sei. Das ist nicht richtig. Ich hatte, als Oberst Hüger das Regiment erhielt, nur das eine Bestreben, meine Pflicht zu tun. Die Spannung zwischen Oberst Hüger und mir entwickelte sich, weil ich zu aufrichtig war. Bei der Pensionierung wollte der Herr Oberst, daß die Einjährigen des Regiments zu den Festlichkeiten der Offiziere mit zugezogen werden sollten. Oberst Hüger hatte seinen eigenen Sohn entgegen dem sonstigen Gebrauch in sein Regiment als Einjährigen eingestellt. Nun sagten mir die jüngeren Offiziere, sie würden sich bedrückt fühlen, wenn die Einjährigen an den Festlichkeiten der Offiziere teilnehmen. Ich teilte das dem Obersten mit und sagte: Wenn Ihr Sohn kommt, wird und das sehr angenehm sein, aber die anderen Einjährigen wollen die Offiziere nicht haben. Der Oberst behauptete dann später, ich hätte ihn hier

über die Stimmung im Offizierkorps falsch unterrichtet. Seit der Zeit ist die Spannung zwischen Oberst Hüger und mir.

Es wird dann der Stationsassistent Strauß vernommen. Er war vom Jahre 1891 bis zum Jahre 1900 Unteroffizier beim Regiment.

Rechtsanwalt Dr. Kohn: Dortmund: Ist Oberst Hüger sofort energisch vorgegangen, als er das Regiment übernahm? — Zeuge: Er hat sich sehr um den Dienst gekümmert. — Rechtsanwalt Dr. Kohn: Hatten Sie den Eindruck, daß er die Unteroffiziere durch Drohungen einzuschüchtern versuchte? — Zeuge: Nein. — Rechtsanwalt Dr. Kohn: Oberst Hüger hat Sie den Eindruck, daß die Mannschaften Angst vor ihm hatten? — Zeuge: Das weiß ich nicht. Ich hatte jedenfalls keine Angst vor dem Oberst. — Vors.: Kamen viele Fälle von Verstärkungen vor? — Zeuge: Nein. — Rechtsanwalt Kohn: Hatten Sie den Eindruck, daß der Oberst die Leute äufmerksamer machte? — Zeuge: Nein. — Rechtsanwalt Kohn: Wie stand es denn mit der Reinlichkeitsfrage? — Zeuge: Es kam öfter vor, daß die Leute beim Appell reine Wäsche anhatteten und sie nachher gleich wieder auszogen. Das war auch bei meiner Batterie der Fall.

Zeuge Wühlinger war früher Kanonier bei der ersten Batterie des Regiments. Er bezeugt, der Oberst habe den Befehl ausgegeben, daß nicht mehr im Stalle geparkt werden dürfe. Der Befehl sei im ganzen Regiment bekannt gewesen. Der Oberst war streng, aber gerecht.

Angekl.: Hauptmann Schmaßl hat mir dargelegt, ich sei im ganzen Regiment verhaßt gewesen. Kann der Zeuge das sagen? — Zeuge: Die Mannschaften sagten öfter, wenn nur der Herr Oberst käme, dann würden die Befehle schon befolgt werden und das Nachts Ausrücken würde fortfallen.

Hierauf tritt eine kurze Pause in den Verhandlungen ein. Nach Wiederbeginn der Verhandlungen bemerkt der Vorsitzende, Herr Landgerichtsdirektor Seyffarth, daß er die Beweisaufnahme heute zu Ende zu führen gedenke.

Die Verhandlung wendet sich dann dem ehrengerichtlichen Verfahren zu.

Der Vorsitzende gibt zunächst ein Bild der ganzen Sachlage. Im Juli 1897 erhielt der Angeklagte seitens des württembergischen Justizministeriums die Mitteilung, daß das Verfahren gegen den Hauptmann Schmaßl eingestellt sei. Hüger wandte sich an das Ehrengericht des achten Armeekorps und auf dessen Rat beschwerte er sich bei dem Ehrengericht des Artillerieregiments 29, wosin Hauptmann Schmaßl inzwischen verstorben war. Am 15. Juni 1898 erhielt er den Befehl, daß die Einleitung des ehrengerichtlichen Verfahrens gegen Schmaßl abgelehnt sei. Einige Tage später erhielt er mit Zustimmung des Generals von Davidson ein Gutachten des Ehrengerichts der Stabsoffiziere des achten Armeekorps und die Mitteilung, daß seine Angelegenheit nunmehr als abgeklommen zu erachten sei. Am 9. August 1898 legte Oberst Hüger Rekurs gegen diese Entscheidung des Ehrengerichts ein und beantragte ehrengerichtliche Entscheidung gegen sich. Es ging ihm dann am 19. September die Mitteilung zu, daß das von ihm beantragte Ehrengericht auf Befehl des kommandierenden Generals zu eröffnen sei. Am 17. April 1899 ging ihm dann die Mitteilung zu, daß er freigesprochen sei, weil eine Verlegung der Stabsbescheide nicht stattgefunden habe. Oberst Hüger beantragte dann die Entlassung aus dem ehrengerichtlichen Verband, die ihm auch genehmigt wurde. Es entspann sich eine lange Auseinandersetzung über den Verlauf des ehrengerichtlichen Verfahrens.

Vors.: Was haben Sie betreffs der Generale von Davidson und Keim anzuführen? — Angekl.: Beide Generale mußten nach den vorliegenden Erkenntnissen annehmen, daß eine Verleumdung durch Hauptmann Schmaßl vorlag. Das haben sie aber nicht getan. — Rechtsanwalt Kohn: Dortmund: Der Spruch des Ehrengerichts hat sich nicht in den den Ehrengerichten gezogenen Grenzen gehalten. — Oberst Hüger: Das Ehrengericht hat seiner Entscheidung eine andere Begründung gegeben, als sie in der Kabinettsordre enthalten ist.

Der Vorsitzende bemerkt hierzu, daß es sich nach dem Schluß des Sahes, in welchem von den ehr- und pflichtvergeßenen Leuten die Rede ist, fragt, ob nicht auch die Generale von Bendendorf und Sinnenburg, von Lindquist und von Oppen betroffen sind und ob nicht § 188 R.-St.-G.-B. platzzugreifen habe. Es ereignet sich hierauf ein

senationeller Zwischenfall.

Der Angeklagte Oberst Hüger erklärt plötzlich, nicht mehr verhandlungsfähig zu sein. Die Anstrengungen der fünfjährigen Verhandlungen hätten ihn derart angegriffen, daß an eine Fortsetzung der Verhandlungen vorläufig nicht zu denken sei.

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß dann nichts übrig bleiben würde, als die Sache auf unbestimmte Zeit zu vertagen und den ganzen Prozeß von neuem zu verhandeln.

Der Vorsitzende vertagt darauf die Sitzung auf vorläufig Montag feil 9 Uhr.

Der Zwischenfall erregt hier großes Aufsehen.

Aus der Partei.

Aus der polnischen sozialdemokratischen Partei ist der Polnisch-sozialdemokratische Verein zu Hamburg-Altona ausgeschieden. Anlaß dazu gab das Verhalten der P. P. S. gegenüber der deutschen Sozialdemokratie. Auch hervorragende Einzelmitglieder billigen dies Verhalten nicht und erachten es für durchaus notwendig, mit der deutschen Sozialdemokratie Hand in Hand zu gehen. Nachdem schon vor einiger Zeit der Genosse Verzas seinen Austritt aus der polnischen Partei erklärt hatte, ist nun auch der Gründer der P. P. S., der Genosse Werkowski, Berlin, diesem Beispiele gefolgt. Er hat von diesem Schritte auch dem Vorstande der sozialdemokratischen Partei Deutschlands Kenntnis gegeben.

Aus Industrie und Handel.

Wähernte in Rußland.

Das „Wolffsche Telegraphenbureau“ meldet aus Petersburg: Nach den Meldungen der Korrespondenten der Petersburger Telegraphen-Agentur über den Saatensstand im europäischen Rußland am 14. Juli sind die Ernteausichten folgende: Winterweizen über mittel, Sommerweizen mittel, Roggen unter mittel, Hafer und Gerste über mittel. Die Beurteilung der Ernteausichten ist im allgemeinen dieselbe wie vor einer Woche. Einige Verschlechterung ist infolge ungünstiger Witterung eingetreten beim Sommerweizen im Zentralgebiet, beim Roggen im zentralen und südöstlichen, beim Hafer im zentralen Gebiet und im mittleren Wolgagebiet, bei der Gerste im mittleren Wolgagebiet.

Schon dieser offizielle Bericht zeigt, daß die Ernteausichten Rußlands recht ungünstige sind; dennoch ist er beträchtlich geschminkt. Private Meldungen lassen keinen Zweifel mehr daran, daß große Teile des Zentral- und des Wolgagebietes mit einer völligen Wähernte zu rechnen haben. Was das für die Bauernbewegung im mittleren und südöstlichen Rußland bedeutet, braucht nicht erst auseinanderzusetzen zu werden.

Bergwerksverstaatlichungs-Gerächte. An der Berliner Börse kursierte seit mehreren Tagen das Gerächte, daß die bayerische Regierung mit der Harpener Bergbaugesellschaft über den Ankauf ihrer Kohlenzechen unterhandelt. Die Folge waren mehrgewaltige Kurssteigerungen der Aktien jener Gesellschaft. Demgegenüber erklären die „Münchener N. Nachrichten“ feststellen zu können, daß diese Gerächte ebenso jedes Grundes entbehren wie die früher aufgetauchten. Das Verkehrsministerium habe bisher keine einzige der ihm gemachten Offerten für annehmbar befunden und sei auch mit keiner Gesellschaft in Verhandlungen getreten.

Der „Frankf. Zig.“ wird dazu aus München gemeldet, die bayerische Regierung sei nur dann zum Ankauf eines oder

mehrerer Bergwerke bereit, wenn das Kohlenyndikat dem Versuch machen würde, seine Stellung dem bayerischen Staat gegenüber durch ungerechtfertigte Preissteigerungen zu misbrauchen. War waren der Regierung verschiedene Offerten gemacht, doch erließen sie von vornherein alle zu teuer. Wenn sie trotzdem Sachverständige einluden, so geschah dies, um nicht die Angebote ohne Prüfung abzulehnen. Die gestellten Preise waren jedoch zu hohe gewesen. Die Regierung würde ein Bergwerk mir ankaufen, wenn ihr der Bezug der Kohlen bleibe und sicher billiger kommen würde als die jetzige Art des Bezuges.

Ankäufe englischer Kohlenfelder durch ein deutsches Syndikat. Zu der jüngsten Debatte über den Ankauf englischer Kohlenfelder durch deutsche Gesellschaften weiß der „Daily Telegraph“ zu melden, daß, obgleich der englische Premierminister Balfour die Gerächte des Ankaufes von Waller Kohlenbergwerken, welche die Hauptlieferanten der britischen Marine sind, im Unterhaus bezweifelt hätte, es doch richtig sei, daß ein deutsches Syndikat das Withworth-Rittergut, welches über 6000 Morgen groß ist und welches ungeheure Kohlenfelder enthält, gekauft habe. Der Preis soll eine Viertel Million Pfund betragen. 5000 Pfund sind schon bezahlt worden, 50 000 Pfund sollen als zweite Rate im August bezahlt werden. Deutsche Ingenieure sollen die Kohlenfelder in letzter Zeit untersucht haben und geben ein sehr günstiges Gutachten ab.

Gewerkchaftliches.

Bohloft-„Schutz“.

In Berlin fand gestern unter Teilnahme der Delegierten von 26 Brauereibezirksvereinen die Konstituierung eines auf das ganze Reich sich erstreckenden Bohloft-Schutzverbandes deutscher Brauereien statt. Der neue, als „Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit“ begründete Schutzverband verfolgt auf erweiterter Grundlage und unter Anpassung an die durch die neuere Versicherungsgesetzgebung geschaffene Rechtslage dieselben Zwecke, wie der bisher bestehende vor zehn Jahren begründete Zentralverband deutscher Brauereien gegen Verursachungsstörungen. Dem Schutzverband traten, nach einer Korrespondenz, sofort nahezu 400 namhaften Brauereien bei. Der sachungsmäßig aufzubringende Reservefonds wurde auf eine Million Mark und der Gründungsfonds auf mindestens 200 000 M. bemessen.

Der Bohloft wird von der Arbeiterschaft zumeist als Abwehrmittel benutzt. Der beste Bohloftschutz, scheint uns daher, wäre es, wenn die Brauereien das Koalitionsrecht ihrer Angestellten unangestastet ließen, den berechtigten Forderungen derselben entgegenkämen und auch die politische Bewegung der Arbeiterschaft nicht dadurch zu hemmen versuchten, daß sie die Versammlungsfreiheit der Arbeiter durch Saalentschließungen z. illusorisch machen wollen.

Berlin und Umgegend.

Zur Bewegung der Barbier. Eine sehr stark besuchte Versammlung der Friseurgehülfen nahm nach einem Referat Bernies folgende Resolution an: „Die versammelten Friseurgehülfen Berlin weisen die Behauptungen des Herrn Obermeisters Leopold, die gewerkschaftlich organisierten Friseurgehülfen hätten nicht vorchristlich-mäßig ausgeleert, als unwarhaft zurück. Sie tun dieses umso mehr, da die Innungen bisher das alleinige Recht hatten, Lehrlinge auszubilden. Die gewerkschaftliche, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Organisation der Gehülfen ist zur Durchführung besserer Arbeitsbedingungen sowie zur Abwehrung der von der Innung geplanten Verschlechterungen notwendig. Die Versammelten verpflichten sich, für den weiteren Ausbau der Organisation Sorge zu tragen. Des weiteren sind die Versammelten mit dem bisherigen Verlauf der Lohnbewegung zufrieden und werden darauf achten, daß die getroffenen Vereinbarungen strikte innegehalten werden. Die Versammelten setzen in die organisierten Arbeiter das Vertrauen, daß dieselben auch fernerhin den Bohloft im vollen Umfange bei allen den Geschäften zur Anwendung bringen, wo die Forderungen der Gehülfen nicht bewilligt werden.“

Achtung, Tischner, Sattler aller Branchen!

Heber die Taschensabrik von Paul Fährmann, Luise-Platz 12, ist wegen Nichterfüllung des am 20. Juni 1905 vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts abgeschlossenen Tarifvertrags für die Taschensabrik, die Sperre verhängt worden.

Wir machen des weiteren darauf aufmerksam, daß die Sperre für die Geschäfte, Reizeug- und Sättel-Fabrik von Gustav Reinhardt, Markgrafenstr. 70, weiter besteht.

Wir richten an die Kollegen das dringende Ersuchen, diese Sperren streng zu beachten. Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Sattler-Verbandes.

Deutsches Reich.

Der rheinisch-westfälische Bierbohlst

Ist seit einigen Tagen auch in denjenigen Orten aufgehoben, deren Gewerkschaftslokale sich zunächst weigerten, die Friedensbedingungen anzuerkennen. Die Brauereien gehen bei der Wiedereinstellung der Ausgesperrten oder Streikenden nur sehr spärlich vor. In Düsseldorf wurden von den 196 Streikenden 21 wieder eingestellt, in Köln von 163 Ausgesperrten 20, in Dortmund von 118 Ausgesperrten 22, in Wermun von 69 Ausgesperrten 12, in Wülheim a. Rh. und Raal von 94 Ausgesperrten 13. Das sind nur die Orte, die bisher ihre Feststellungen veröffentlicht haben. In diesen sechs Städten wurden also bisher von 640 dort Ausgesperrten nur 97 wieder eingestellt. Die Zahl wäre größer, wenn nicht die Ringbrauereien die mit den Arbeitern getroffenen Abmachungen vielfach brächen. In den Friedensbedingungen heißt es, daß bis zum 1. Oktober die Ringbrauereien ihre freien Stellen nur aus den Reihen der noch arbeitenden Ausgesperrten oder Streikenden besetzen dürfen. Trotzdem sind viele Fälle festgestellt, in denen Rückausgesperrte eingestellt wurden. Daran steht man wieder, wie weit Unternehmerworten zu trauen ist. Jedenfalls trägt dies verrognbrüchige Verhalten nicht dazu bei, die bei der Arbeiterschaft noch lange nachwirkende Erbitterung gegen die Ringbrauereien zu vermindern.

Während der Aussperrung hat sich bekanntlich der „Bund deutscher Brauereigesellen“ es sehr angelegen sein lassen, die Stellen der so brutal auf Pfahler geworfenen Brauereiarbeiter durch Arbeiterorganisationen am tiefsten stehende Vereinigung, die ihren Mitgliedern das Streiken durch Statut untersagt, hat jetzt in einer Düsseldorf Brauerei gedroht, die Arbeit hinzuzusetzen, wenn die Direktion, die von 50 Streikenden ganze drei wieder eingestellt hat, noch weitere Einstellungen vornehme. Es wird die Aufgabe des Verbandes deutscher Brauereiarbeiter sein, unter den zahlreichen Zwangsmittelbesitzenden dieses von dem Unternehmertum begünstigten Bundes deutscher Brauereigesellen in unermüdlicher Arbeit Aufklärung zu verbreiten und sie einer wirklichen Gewerkschaftsorganisation zuzuführen. Andernfalls bildet dieser Streikbrocherdemittelungsband eine stete Gefahr für alle auf Verbesserung der in der Brauindustrie noch durchnag herrschenden Verhältnisse mittelalterlichen Arbeitsverhältnisse gerichteten Bemühungen.

Noch eine andere Gefahr gilt es abzuwenden: Als die um ihre Koalitionsrechte mit dem Unternehmertum kämpfenden Brauereiarbeiter im heißesten Ringen standen, — ausgeführt in diesem Augenblicke — erklärten in der ultramontanen „Armonia“ ein Artikel, der zur Gründung einer christlichen Gewerkschaft für Brauereiarbeiter aufforderte. Es hieß in dem Nachwort des hinterlistigen gewerkschaftschriftlichen Streikbrochers: „Wir schont jetzt der geeignete Zeitpunkt gekommen, daß eine christ-



WARENHAUS HERMANN TIETZ

Leipzigerstrasse 46-50. — Krausenstrasse 44-49.

Wir bringen in dieser Woche Waren aus allen Abteilungen, welche wir, weil die Saison zu weit vorgeschritten, nicht weiter führen wollen, sehr billig zum Verkauf.

Rester, Restbestände, Restposten aller Art bieten reichlich Gelegenheit zu recht billigem Einkauf.

Damen-Konfektion

- Bluse aus Piqué, imitiert Leinen und anderen Stoffen } durchweg 2⁶⁵
- Rock aus Piqué, Satin Augusta, fassfrei, gesteppt }
- Jupon aus Waschstoff, mit schottischem Volant }
- Bluse aus weissem Batist, India-Mull, reich mit Entredeux garniert } durchweg 3⁸⁵
- Rock aus Stoffen englischen Charakters, fassfrei }
- Jupon aus Alpaca und Moiré, mit reich besetztem Volant }
- Bluse aus Leinen, Batist und Leinen imitiert, sehr elegante Dessins } durchweg 5³⁵
- Rock aus prima Piqué mit Blenden-Garnierung und Stepperei }
- Kostüm, Paletot-Façon, aus gutem Piqué }
- Bluse aus weissem reinseidenen Japon mit reicher Lochstickerei } durchweg 7⁴⁵
- Kostüm aus Leinen imit., prima Piqué u. Satin Augusta }
- Jupon aus gutem Alpaca mit eleg. Säumchen-Volant }
- Kostüm aus Satin Augusta mit Entredeux und imit. Leinen mit Lochkurbelel } durchweg 9³⁵
- Staubpaletot aus modernen, guten Stoffen }
- Kleid aus baumwollenen Mousseline mit Entredeux verziert }

Waschstoffe

- Diverse Blusenstoffe } durchweg 20 Pl.
- Blusenleinen imit., mit farbigen Streifen }
- Waschseide imit., in modernen Schotten }
- Organdystoffe } durchweg 45 Pl.
- Leinenstoffe }
- Baumwoll-Mousseline }
- Zephyrstoffe }
- Leinenstoffe }

Kleiderstoffe

- Reinwoll. Voile ca. 110 cm breit } durchweg 95 Pl.
- Wollene Blusenstoffe }
- Reinwoll. Crêpe schwarz }
- Kostümstoffe für Reisekleider in dunklen Farben } durchweg 145
- Reinwoll. Seiden-Satin ca. 110 cm breit } Mtr. 1
- Grenadine schwarz, in schönen Dessins }
- Bedr. Woll-Mousseline regul. Preis Mtr. 1,35 60 Pl.

Schuhwaren

- Damen-, Leder-, Haus- u. Reiseschuhe } 2⁶⁰
- Damen-Segeltuch- u. Lastingschuhe }
- Herren-Segeltuch- u. Strandschuhe }
- Herren-Leder-Reiseschuhe }
- Kinder-Stiefel, 18/22 weiss, 21/24 braun u. schwarz }
- Kinder-Sandalen 24/26 }
- Damen-Spangenschuhe u. Sandalen } 3⁶⁰
- Damen-Stoffschuhe }
- Damen- u. Herren-Lawn Tennis-Schuhe }
- Elegante Hausschuhe }
- Damen-Chevreaux-Stiefel Goodyear Welt }
- Damen-Chevreaux-Stiefel braun }
- Damen-Lackschnürschuhe } 9⁶⁰
- Herren-, Chevreaux- u. Box Calf-Stiefel }
- Knaben-Stiefel, Chevreaux- u. Box Calf Goodyear Welt }

Die angesammelten

Band-, Spitzen-, Kleider-, Seiden-, Waschstoff-Reste u. Coupons

kommen sehr preiswert zum Verkauf.

Raucht Vineta No. 8 beste 2 Pf.-Zigarette!

Lieben Sie Ihre Wäsche? Wollen Sie Ihre Wäsche dauerhaft, gut und blendend weiß erhalten?

Schneewittchen-Bleichseifenpulver!



Alleiniger Fabrikant A. Grubitz, Potsdam. Vertreter für Berlin und Vororte: R. Nürnberg, Berlin NW. 52, Spenerstr. 20.

fellow - Zigaretten

zur gef. Kenntnissnahme, daß wir mit der Dresdener Streikbewegung nichts zu tun haben.

fellow - Zigaretten,

die in allen Preislagen, sowohl mit als ohne Rauchstiel und in allen Spezial-Geschäften zu haben sind, in empfehlende Erinnerung.

Vereinigte Zigaretten-Fabriken A.-G., Stuttgart.

Brennabor-Räder und Jenensia-Räder auf Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!

Gebrachte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten.

23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Berlins größtes Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S., Oranienstr. 158. (Erweitert b. Prinzessinnenstr.)

Höchste Leistungsfähigkeit

durch seine Riesen-Lager

und den Riesen-Umsatz!

Zurückgesetzte Teppiche, Prachtexemplare, M. 3,75, 6, 10, 20-100 etc. Gardinen, Portieren, Möbelstoffe, Steppdecken etc.

Pracht-Katalog

mit 600 Abbildungen in künstlerischer Ausstattung

auf Wunsch gratis u. franko.

Ost-Kasino

Frankfurter Allee 106. Säle für Vereine, Versammlungen u. s. w.

Karl Pirnau.

Zenith — Bolero — Hakim —

überall bevorzugte Spezialmarken der Zigarettenfabrik Gebr. Selowsky-Dresden.

Anmerkung: Gegenteilige Behauptungen nötigen uns, festzustellen, daß unsere Fabrikate nicht boykottiert gewesen sind!

Gesund, nahrhaft u. billig alkoholfreies Erfrischungs-Getränk

Goldblondchen

ausgezeichnet mit Ehrenpreis u. goldenen Medaillen

General-Verfechter: Ernst Krüger, Berlin N.O. Hächelstr. 28. Tel. VII. N. 4703

Verlag Max Kistler, Berlin W. 30, Spayenerstr. 37. Seeben erschienen: Des Causend Die Harnleiden ihre Ursachen, Verhütung und Beseitigung von Dr. med. Schaper. Preis 1 Mark.



Korbwaren, Bettstellen Größtes Lager Berlins Androssstr. 23, Brunnenstr. 95 Beusselstr. 67, Leipzigerstr. 54-55 Verkauf Hof in Fabrikgeländen. 1000 Mark zahlte jedem, der mir in Berlin ein größeres Metzner Spezial-Geschäft in der Branche als das meine nachweist. Katalog gratis.

Anzüge Paletots nach Maß 24, 30 und 38 Mark

Unter Garantie des tadellosen Sitzes bei peinlichst gewissenhafter Anprobe liefere ich von prima modernen Stoffresten Anzüge u. Paletots nach Maß nur zu obigen Preisen.

Keinen Zwang zur Abnahme bei nicht passendem Sitzen.

Sonnenscheins Herren-Moden nach Maß. Nur Linden-Strasse Nr. 95, I, neben der Markthalle. Telephon Amt VI 5797.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 15. Juli 1905.

Zur Wirtschaftslage Japans und Rußlands.

Japans neue Anleihe. — Japans Staatsschulden. — Japanisches Tabakmonopol. — Kursbewegung der russischen Rentenwerte und Eisenbahnprioritäten. — Kapitalistische Spekulationen auf Rußlands nächste Finanzverwaltung.

Japan versteht nicht nur auf den ostasiatischen Schlachtfeldern Erfolge zu erzielen; auch die Aufnahme seiner neuen Auslandsanleihe im Betrage von 80 Millionen Pfund Sterling bedeutet einen entschiedenen Erfolg. Sie zeigt, wie hoch heute Japans Kraft und kulturelle Entwicklungsfähigkeit auf dem internationalen Geldmarkt eingeschätzt wird. Wesentlich bessere Bedingungen wie bei der letzten ausländischen Anleihe im März dieses Jahres hat allerdings der japanische Finanzagent auch diesmal von den die Anleihe übernehmenden Bankensyndikaten nicht erlangt: die Ausgabe erfolgt wieder zum Kurse von 90 Proz., der Zinssatz beträgt 4 1/2 Proz., und die Rückzahlung muß spätestens in zwanzig Jahren, also am 10. Juli 1925, zu Paris erfolgen; doch steht von 1910 ab der japanischen Regierung die Rückzahlung der gesamten Anleihe oder beliebiger Teilbeträge durch Auslösung mit sechsmonatlicher Kündigungsfrist frei. Aber schon, daß die Hochfinanz Englands, Deutschlands und der nordamerikanischen Union sich zur Auslegung der Anleihe unter diesen Bedingungen geradezu drängte, daß fast überall hohe Ueberzeichnungen stattfanden und bereits die Anleihe mit mehr als einem Prozent Agio gehandelt wird, bedeutet einen starken Erfolg; denn an und für sich, d. h. vom rein finanziell-technischen Standpunkte aus rechtfertigt die Finanzlage Japans und seine wirtschaftliche Entwicklungstiefe solche günstigen Bedingungen nicht, und die Einkünfte aus dem neu eingeführten vollen Tabakmonopol können, da sie zunächst zur Sicherstellung der Zinsen der im März aufgenommenen 80 Millionen Pfund Sterling-Anleihe dienen und die neue Anleihe erst nach dieser rangiert, kaum als genügende Garantie für den neuwachsenden Zinsdienst gelten. Aber man eskomptiert gewissermaßen in den jetzigen Anleihebedingungen einen Teil der künftigen kapitalistischen Entwicklung Japans. Man sagt sich in den Kreisen der großen und kleinen Finanz: „Ein Volk, das in seinem Kampfe gegen Rußland eine solche Energie, Zähigkeit und Aufopferungsfähigkeit beweist, das besitzt auch die Kraft, seine wirtschaftlichen Hilfsquellen zur Entwicklung zu bringen, das wird seine durch schwere Opfer erzwungene Stellung in der Welt nicht leichtfertig dadurch wieder preisgeben, daß es sich seinen finanziellen Verpflichtungen entzieht. Mag Japan nach Beendigung des Krieges auch zunächst mit manchen Geldsorgen zu kämpfen haben, es wird sich schon durcharbeiten.“

Und diese Argumentation hat nach meiner Ansicht eine gewisse Berechtigung; tatsächlich kann bei einem Volk wie dem japanischen, in dem noch so viele unbenutzte, nach Befähigung drängende Kräfte schlummern, die Frage der finanziellen Sicherheit nicht rein kalkulatorisch nach finanztechnischen Erwägungen entschieden werden. Nicht schwer wird allerdings der japanische Staat an den Lasten zu tragen haben, die ihm der Krieg auferlegt hat, zumal zunächst nicht nur die Nachwehen des Kampfes, sondern auch die Entfaltung seiner wirtschaftlichen Energien neue Geldmittel erfordern wird. Das

zum Zweck der Information kürzlich mit der Zeichnungsaufforderung veröffentlichte Communiqué beziffert nach amtlicher Aufstellung Japans Staatsschuld für Ende März dieses Jahres nur auf 994 Millionen Yen (1 Yen = 2,06 Mark), wovon 657 Millionen auf innere, 312 Millionen auf äußere und 25 Millionen Yen auf verschiedene schwwebende Schulden entfallen. Diese Angabe ist jedoch ziemlich wertlos, da Japan seitdem weitere Schulden gemacht hat — z. B. fehlt in obiger Summe die im März abgeschlossene sogenannte erste Tabakanleihe im Betrage von 80 Millionen Pfund Sterling. Rechnet man der Staatsschuld Japans, die zu Beginn des Krieges, im März 1904, nur erst 565 Millionen Yen betrug, die seitdem erfolgten inneren und äußeren Anleihen mit Einschluß der in voriger Woche aufgenommenen hinzu, so stellt sich Japans Staatsschuld zurzeit auf rund 1870 Millionen Yen oder ungefähr 8850 Millionen Mark.

Das mag für die großen europäischen Industriestaaten recht wenig sein, nicht aber für das kapitalistisch wenig entwickelte Japan, dessen Einnahmen sich nach den offiziellen Angaben im Rechnungsjahre 1901/02 nur auf 274, 1902/03 auf 297, 1903/04 auf 200 Millionen Yen beliefen und dessen Einnahmen für das Etatsjahr 1905/06 mit Einschluß der aus dem inzwischen eingeführten vollen Tabakmonopol zu erwartenden Erträge auch nur auf 305,6 Millionen Yen eingeschätzt werden, so daß Japan in den nächsten Jahren ungefähr ein Drittel seiner gesamten Staatseinnahmen zur Zinsdeckung für seine Staatsschulden wird aufwenden müssen. Und dabei ist der japanische Staatsbürger, wenn man die von ihm geforderten Staatssteuern im Verhältnis zu seinem Einkommen berechnet, schon heute weit höher mit Abgaben belastet, als der Bürger der großen europäischen Kulturstaaten.

Auch die Sicherheit, die das Tabakmonopol für den Zinsdienst der beiden in diesem Jahre aufgenommenen ausländischen Anleihen Japans im Betrage von je 80 Millionen Pfund Sterling bietet, kann nicht als absolut ausreichend gelten, wie die Finanzpresse es dieser Tage im Dienste der beteiligten Banken hinstellt. Bis zum Juli vorigen Jahres bestand in Japan nur das Rohabakmonopol, das Fabrikationsmonopol ist erst neuerdings hinzugekommen und hat erst mit dem 1. April d. J. volle Geltung erlangt. Dadurch wird der japanischen Regierung, die bisher nur das ausschließliche Recht der Einfuhr, des Kaufs und Verkaufs von Rohabak hatte, nun auch das alleinige Privilegium der Weiterverarbeitung des Tabaks zu Koukatabak, Nigarren und Zigaretten eingeräumt. Das Rohabakmonopol brachte in den letzten Jahren folgende Einnahmen: 1902 = 10,87, 1902/03 = 12,37, 1903/04 = 1903/04 = 14,00 Millionen Yen; der Ertrag aus dem jetzigen vollen Monopol wird im Budget für 1905 mit 82,01 Millionen Yen veranschlagt. Das ergibt, in englische Währung umgerechnet, einen Betrag von ungefähr 2267 000 Pfd. Sterling, und demnach würde Japan von dieser Einnahme nach der Zinsbedingung noch rund 560 000 Pfd. Sterl. überbehalten. Aber erweislich ist fraglich, ob das Monopol in den nächsten Jahren tatsächlich stets 82 Millionen Yen (zwei 66 Millionen Mark) abwerfen wird, und dann muß Japan, will es dafür nicht andere besondere Mittel in Anspruch nehmen, aus diesen Einkünften auch die Amortisation bestreiten.

Während es Japan so leicht gelingt, seine Anleihe von über 600 Millionen Mark unterzubringen, findet die russische Regierung trotz ihrer alten intimen Beziehungen zur französischen und deutschen Hochfinanz kein Konsortium, das sich zur Uebernahme einer neuen größeren Anleihe bereit erklärt; obgleich sicherlich die Japansregierung in schwereren Bedingungen willigen würde, als wie sie Japan zugestanden erhalten hat. So sieht Rußland sich genötigt,

seine Fonds völlig aufzugeben, immer neue Massen von Kreditbilleten in Umlauf zu setzen und neubei unter der Hand bei seinen alten ausländischen Finanzfreunden weitere Bumpversuche zu machen. Erst vor wenigen Tagen ruhten russische Zeitungen zu melden, daß das russische Finanzministerium wiederum aus seinen alten Finanzverbindungen in Berlin einen Vorstoß von 100 Millionen Rubel herausgepreßt habe — zu denselben Bedingungen, wie die 200 Millionen Rubel im April. Demgegenüber versichert zwar die „National-Zeitung“, daß von einem solchen Vorstoßgeschäft keine Rede sein könne. Aber wer gibt etwas auf solche unverbindlichen Abstreitungen, zumal den beteiligten Bankfirmen daran liegt, schon deshalb derartige risikante Extra-Anpumpungen zu leugnen, um nicht ihre eigene Kreditfähigkeit einzuschränken.

Trotz dieser Finanznot Rußlands, seiner schmähligen Niederlagen auf den mandschurischen Schlachtfeldern, des völligen Verlustes seiner Flotte und seiner Machtstellung in Ostasien, des totalen Zusammenbruches seines Regierungssystems behaupten immer noch die sogenannten Russenwerte an den europäischen Börsen einen relativ hohen Stand, sind doch seit dem Beginn des ostasiatischen Krieges die russischen Rentenwerte an der Berliner Börse nur um 9—15, die Eisenbahnprioritäten nur um 6 bis 12 Proz. gefallen. Diese Festigkeit der Kurse erscheint unbegreiflich, wenn nicht bekannt wäre, welches Interesse die große Finanz an der Hochhaltung der russischen Kurse hat und wie sie regelmäßig, wenn Kursstürze drohen, sofort nach wohlüberlegtem Plan mit Interventionskäufen eingreift. Dazu kommt, daß man in den kapitalistischen Kreisen noch immer darauf hofft, daß bald zwischen Rußland und Japan Friede geschlossen wird und dann die inneren Wirren Rußlands zu der Einfügung einer liberalen Regierung führen, in der neben dem liberalen Adel vornehmlich der russische Handel und die Adolatenchaft vertreten sein werden. Einer solchen Regierung aber werde naturgemäß als ihre erste Aufgabe die Wiederherstellung und Bedung des russischen Staatskredits zufallen; die Aufsuchung neuer Einnahmequellen, Sicherstellung des Zinsdienstes der übernommenen Schuldenverbindungen und zur Förderung des Handelsverkehrs eine völlige Reorganisation des Eisenbahnwesens. Diese Kalkulation ist vom Standpunkte jener Kreise aus keineswegs unrichtig. Gerät Rußland unter eine sogen. feste liberale Regierung, dann wird diese tatsächlich sich alsbald darauf angewiesen sehen, neue Einnahmequellen zu erschließen und zur Aufnahme weiterer Anleihen die ausländische Hilfe in Anspruch zu nehmen; die Frage ist nur, ob es zur Einfügung einer solchen starken Regierung kommen wird, und ob sie dann, wenn sie tatsächlich zur Herrschaft gelangt, sich in dieser zu behaupten vermag. Weit wahrscheinlicher erscheint es, daß der Juremismus an dem Bestreben, sein absolutistisches Regiment aufrecht zu erhalten, so lange festhält, bis die russische Revolution bereits über die Etappe eines derartigen liberal-kapitalistischen Regimes hinausgelangt ist, und daß eine solche Regierung, wenn sie dennoch als Notbehelf zustande kommen sollte, logischerweise wieder weggeschwemmt wird, wenn sie dazu greift, den Arbeitern und Bauern neue erhöhte Steuerlasten zur Konsolidierung des liberalen Staates aufzuzwingen. Das ist um so wahrscheinlicher, als die südöstlichen und zentralen Gouvernements des europäischen Rußlands nach den von dort her kommenden Berichten wieder vor einer Withernte stehen.

Sommer-Joppen von 85 Pfg. an.

- Grünliche Joppen 85 Pfg.
Graue Joppen 1 M. 75
Loden-Joppen 2 M. 60
Gezwirnte Joppen 3 M. 30
Schwarze Lüster-Jackets 2 M. 25
Festreiffte Lüster-Jackets 2 M. 50
Diagonal-Lüster-Jackets 2 M. 90
Köper-Lüster-Jackets 3 M. 30

Herren-Flanell-Anzüge Enorme Auswahl! 30,- 27,- 24,- 21,- 18,- 15,- 13,- 10,- 6 M.

- Schüler-Ferien-Anzüge Praktische Fassons. 8,- 7,- 6,- 5,- 4,- 3,- 2,75 2,50 2 M.
Knaben-Wasch-Anzüge Kleidsame Moden. 6,- 5,- 4,50 4,- 3,- 2,- 1 M. 10

Knaben-Wasch-Blusen von 50 Pfg. an.

Piqué-Herren-Westen Tausende Exemplare! 9,- 8,- 7,- 6,- 5,- 4,50 4,- 3,50 3,- 2,50 1 M. 75

Baer Sohn

Chausseestrasse 24a-25 11 Brückenstrasse 11 Gr. Frankfurterstrasse 20.

Das 25te Haupt-Preisbuch (Pracht-Ausgabe) wird kostenlos versandt.

Singer Nähmaschinen. Einfache Handhabung! Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung! Weltausstellung Grand Prix Paris 1900; Weltausstellung St. Louis 1904. Inuentgeklärter Unterricht, auch in moderner Stuhlfabrikerei. Electromotore für Nähmaschinenbetrieb. Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges. Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen. Ein Jeder sage es dem Andern! Kaufe auf Teilzahlung!!! Wöchentlich nur 1 Mark. Herren- und Damenstiche, Standuhren, gr. Standuhren, Regulatoren, Pressschwinger, Broschen, Ringe, Ketten, Uhren, Phonographen, Plattenpressmaschinen, gr. Grammophonplatten, echte Edithen u. Columbia-Plattensätze und Walzen zu Original-Preisen. Jahre & König Warschauer-Strasse 72, I. Etage.

S. Kaliski-Bazar-Baby. Größtes Spezialhaus für Kinderwagen, Metallbettstellen, Nähmaschinen. 7. 10-00.00. Sportwagen von 4.00 an. Singer A Bobbin Adler vor- u. rückw. nähend, Elastic, Wheeler & Wilson etc. mit 5jähr. Garantie. Billigste Gaspreise auch bei größeren Bestellungen. Fertige Betten und Matratzen in bester Ausführung. Nähmaschinen auch ohne Anzahl. 1.00 wöchentl. an. Mit zerlegbarem Obertheil ohne Verleibung. Stick- und Nähunterricht gratis. Hauptgeschäft: Invalidenstr. 160, an der Brunnenstr. Spex. - Wd. f. Nähmaschinen Brunnensstr. 16. 2. Lager Gr. Frankfurterstr. 115, Kudenstr. 3. Lager Oranienstr. 31, an der Badensbrücke. 4. Lager Dönhofsstr. 18, an der Turmstr. 5. Meindorferstr. 20. Auf Nummer achten! 6. Lager Bellealliancestr. 107, am Galleischen Tor. 7. Lager Tannenstr. 70, an der Wilmbergstr. 8. Lager Brunnensstr. 92, an der Kägelstr. Auf Wunsch kommt Vertreter mit Katalog. Mr. Huber von 7.00 an für Gewächshaus von 13.00 an.

Raucht Phänomenen Zigaretten Ueberall zu haben! Zigarettenfabrik „Namkori“ BERLIN NO.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, den 16. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Operntheater. Carmen.
Montag: Der Barbier von Sevilla.
Berliner. Figaros Hochzeit.
Anfang 8 Uhr:
Central. Die Geisha.
Nachmittags 3 Uhr: Die Geisha.
Montag: Die Geisha.
Schiller O. (Ballner-Theater.)
Die Zauberflöte.
Nachmittags 3 Uhr: Martha oder: Der Markt zu Richmond.
Montag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Städtisches Theater). Hofgünst.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Westen. Jung-Heidelberg.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Zustspielhaus. Strix-Fryh.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Carl Weiß. Lehmanns Abenteuer.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Welle-Mitance. Ben Ali Bey.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Reichshallen. Gastspiel Oskar Jungbühnel.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Apollo. Ein Abend in einem amerikanischen Tengel-Tempel. — Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Metropol. Die Herren von Ragim.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Wintergarten. Spezialitäten.
Berliner Prater-Theater. Zwischen Himmel und Erde.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Stadt-Theater Moabit. Wauker Gräberl.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Die deutsche Nordseeküste.
Montag: Tierleben in der Wildnis.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.
CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Neu!! Admiral Togos Besuch bei Admiral Roschdestwensky im Hospital zu Kioto!
Neu! Elitekapelle „Berolina“.
Lebende Photographien!

Neues kgl. Opern-Theater.
Anfang (Kroll.) 7 1/2 Uhr.
Gastspiel Thä Dorro:
Carmen.
Oper in 4 Akten von Bizet.
Montag: Barbier von Sevilla.
Dienstag: Der Widerspenstigen Zähmung.
Mittwoch: Gastspiel Thä Dorro: Carmen.
Donnerstag: Auftr. v. Miss Isad. Duncan.

Apollo-Theater.
Das bestversteuerte Theater Berlins mit großem Garten!
Größter Erfolg! Der Gipfel der Komik! 10 Uhr:
Täglich 8 Uhr:
Hochzeitsabend
Ein Abend in einem amerikanischen Tengel-Tempel und die Juli-Spezialitäten.

Metropol-Theater
Der größte Erfolg der Saison!
Zum 252. Male:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungssposse mit Gesang und Ballett in 5 Bildern.
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Letzte Sonntags-Ausführung:
Lehmanns Abenteuer
auf dem russ.-jap. Kriegsschauplatz.
Anf. 8 Uhr. Morgens diefelbe Vorst.
Im Sommergarten:
Gänzlich neues Spezialit.-Programm.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Täglich: Bei schönem Wetter im Garten, bei schlechtem Wetter im Saal:
Theater. Konzert. Spezialitäten.
Die schöne Galathee.
Bogmalien: Dr. Rob. Dill.
Anfang: Sonntags 5 Uhr. Wochentags 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Bernhard Rose-Theater
Geundbrannen. Badstraße 58.
Täglich:
Die Loreley.
Außerdem das neue Juli-Programm:
Corasini, Wolf, Freya, Haris, Newsomms, Rombert und Borrand u. a. m. Im Saal: Gr. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Kamer. Platz 50 Pf. Speisfig 75 Pf.
Vorangeht. 10 Dienstag, 18. Juli: vierstündiges Gastspiel der Schloßdänzerin Magdalena.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee Nr. 148.
Täglich:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
20 Attraktionen 1. Ranges. Dazu:
Arbeit schändet nicht.
Volksstück mit Gesang in drei Akten.
Im Saal: Gr. Tanz.
Anf. 4 Uhr. Eintritt 30, Speisfig 50 Pf.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Romant. Oper.
Sonntag, nachm. 3 Uhr
bei halben Preisen:
Martha oder der Markt zu Richmond.
Romantische Oper in vier Akten von Fr. v. Flotow.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Zauberflöte.
Große Oper in 5 Akten von Mozart.
Montag, abends 8 Uhr:
Populäre Vorstell. bei halben Preisen:
Die lustigen Weiber von Windsor.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Sonntag, abends 8 Uhr:
Hofgünst.
Rustspiel in 4 Aufzügen von Tillo v. Trotha.
Montag, abends 8 Uhr:
Hofgünst.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Hofgünst.
Im Garten täglich:
Großes Militär-Konzert.

Max Kliens Sommer-Theater
Masonheldo 13-15.
Kunstliche Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Fernsprecher IV. 8891. Max Klien.

Urania Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Die deutsche Nordseeküste.
Montag: Tierleben in der Wildnis.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Neu!! Admiral Togos Besuch bei Admiral Roschdestwensky im Hospital zu Kioto!
Neu! Elitekapelle „Berolina“.
Lebende Photographien!

Passage-Panopticum.
Die Sensation der Saison:
Der Riese Machnow
der größte Mensch, der je gelebt hat. Ohne Extra-Entrée.
Neu! Zum erstenmal in Europa:
Der lebende Eismensch
aus dem nördlichsten Kanada.
Ohne Extra-Entrée.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Heute Sonntag
Eintritt 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Ab nachm. Doppel-Konzert.
4 Uhr: Doppel-Konzert.
Morgens u. folg. Tage ab 5 Uhr: Doppel-Konzert.

Berliner Aquarium
Unter den Linden 68a
Eingang Schadow-Strasse No. 14.
Heute Sonntag Eintrittspreis:
50 Pfg.
Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Seetieren, Reptilien etc.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Täglich:
Zwischen Himmel und Erde.
Gr. romantisch. Ausstattungsstück.
Neue Dekorationen und Kostüme.
Eine schreckliche Nacht.
Große Pantomime der Guitano Hoites Troupe.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nummerierter Platz 50 Pf.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Wochentags: Eintritt 15 Pf., wofür ein Glas Bier verabreicht wird, also kein Entrée.

Etablissement Bughenhagen
Moritzplatz.
Täglich
im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

Schweizer-Garten.
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Täglich: Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Volksbelustigungen. Im Saal: Ball.
Jeden Abend 10 Uhr:
Der Fluch des Goldes.
Volksstück mit Gesang in 3 Akten.
Jeden Mittwoch:
Kinderfest
mit Gratisprämienverteilung und Radelpolonaie.

Reichshallen.
Gastspiel d. berühmten Oskar Jungbühnel mit seiner vorzüglichen Herren-Gesellschaft Anf. 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr.
Dienstag, 1. Aug.: Wiederbeginn der Söhne der Stettiner Sänger.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich:
Horst's Säng.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: Tanz.

Paul Schwarz' Sommer-Theater
Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.
Täglich: Konzert.
Große Spezialitätenvorstellung.
Das großartige Juli-Programm.
Anfang 5 Uhr.
Jeden Mittwoch: Elite-Tag.

Otto Pritzkow's Abnormitäten-Ausstellung
Münzstr. 16.
Neu ?????? Neu
? Mne-Mno-Mni! ?
frei in der Luft liegende
? Türkin ?
Anatom. Rätsel. Med. Wunder.
Neu renoviert! Neu renoviert!

Moabiter Gesellschaftshaus.
Wicelstr. 24 u. Emmerstr. 41.
Jeden Sonntag u. Mittwoch:
Gr. Konzert Spezialitäten-Vorstellung und TANZ.
Anfang 5 Uhr. Eintritt 20 Pf.
Ref. 30 Pf. Kinder 10 Pf.
Bei ungünstig. Wetter im gr. Saal.
Woch. Weinen großen Riesensaal vergeblich jeden Sonntag an größere Vereine. Peters.

Alhambra
Ballner-Theaterstraße 15.
Jeden Sonntag u. Dienstag:
Großer Ball
Gr. Orchester. Entrée inkl. Tanz Herren 50 Pf., Damen 25 Pf. Anfang Sonntags 5 Uhr, Dienstag 9 Uhr.
A. Zamiat.

IV. Wahlkreis Süd-Ost.
214/8*
Großes Volksfest
Montag, den 17. Juli,
in Joels Viktoria-Garten, Treptow,
Köpenicker Landstr. 21/24.

Wahlkreis Teltow-Beeskow-Charlottenburg.
Sonntag, den 23. Juli 1905:
Großes Volksfest
im Birkenwäldchen in Steglitz
(großer Garten mit Festwiese für 20 000 Personen).
Doppel-Konzert.
Wiener Schrammel * Massen-Gesang * Turner-Aufführungen * Ball * Volks- und Kinder-Belustigungen * Kasperle-Theater * Fackel-Polonaie.
Riesen-Feuerwerk.
Das Komitee hat bedeutende Künstler engagiert, um den Gästen eine **Galerie berühmter Meister** vorführen zu können.
Kaffeeküche. * Ausspannung. * Fahrradständer.
Kassenöffnung 1 Uhr. — Anfang 3 Uhr. — Eintritt 25 Pf. — Tanz 50 Pf.
Kinder unter 14 Jahren frei. 200/9*
Abends 7 Uhr auf der Festwiese: **Auslieferung Henry Witthols an Jung-Deutschland.**
Festprogramm an der Kasse gratis. Das Komitee.

Schwarzer Adler
Frankfurter Chaussee 5 (früher 120).
Stadtbahnstation Frankf. Allee. Inh.: Gebr. Arnhold. Fernspr. Friedrichsberg No. 8.
Sonntag, den 16. Juli, im herrlichen Lindenpark:
Großes Künstler-Konzert. * Spezialitäten-Vorstellung.
Schlachtmusik unter Mitwirkung eines Tambour-Korps.
Feuerwerk.
Im Königssaal: **Großer Ball.**
Bei ungünstiger Witterung Schutz für 3000 Personen. Anfang 4 Uhr.
Montag, den 17. Juli: **Zweites großes Kinderfest.**

Sonntag, den 23. Juli 1905:
Gr. Volks-Fest
der Parteigenossen Lichtenbergs
im Schwarzen Adler, Friedrichsberg,
Frankfurter Chaussee 5.
Gr. Garten-Konzert
Spezialitäten-Vorstellungen, Kinderbelustigungen, Tanz, Feuerwerk.
Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis.
Billets im Vorverkauf 20 Pf.

Palast-Theater
Burgstr. 22, früher Feen-Palast.
Das Theater ist zu Besammlungen, Matineen und Vergnügungen inkl. Vorstellung und Ballmusik zu fulminanten Bedingungen zu haben. Es sind für den Winter noch Sonnabende für Bälle und Sonntage für Matineen etc. Tel. 1 8198, vorm. 11-1 Uhr.
Neu eröffnet!
Zahnärztliche Klinik
und Laboratorium für künstlichen Zahnersatz. 9-5 Uhr.
NW., Luisenstraße 14 bei dem Haupteingang zur Charite.
Dr. med. E. Rudel, Arzt und Zahnarzt.
Zahn-Klinik. Preise beliebige Teilzahlung. Invalidenstr. 145.
Olga Jacobson,

Restaurant zum Lindenpark Friedrichsfelde
Wilhelmstraße 11, dicht an der Kirche.
Größtes Garten-Etablissement am Orte.
Vorzügliche Küche, gut gepflegte Biere.
Kaffeeküche, Kegelbahn, Tanzsaal, Ausspannung, große Plätze für Kinderbelustigung.
Den verehrl. Vereinen halte meine Lokalitäten bei Ausflügen bestens empfohlen.
Straßenbahnverbindung vom Spittelmarkt bis dicht vors Lokal.
34572* G. Schulze, Besitzer.
Andreas-Festsäle.
Empfehle meine Säle zu Hochzeiten, Festlichkeiten und für Vereine.
Sonntags und Sonntag frei. 20772*

Berliner Uk-Trio.
Felix Scheuer
Stralauerstr. 1.

Braut-Seiden

Sowie Seiden jeder Art v. 1.00 bis zu den elegantesten Genres. Reinseidene (Silk, Damaste, Perseid) etc. 15.00, 20.00, 25.00, 30.00 p. Robe. Rein Umzugs-Moderverkauf bietet Privaten bedeutende Vorteile. Muster franco! Adresse genau beachten.

Seiden - Engros - Haus
Hermann Herzog, Berlin,
nur Spandauerstr. 33-35,
1 Treppe, Ecke Simons-Kloppel.
Gegründet 1878.

Telegraphen-Adresse:

Seiden-Herzog

Blutarmut

Bleichsucht, Nerven-schwäche, Blutstockungen etc. beseitigt vollkommen **Reichels Malz-Eisenpulver** (Malzextrakt trocken mit 0,6 l. Eisen). Wirkt reichlich blutbildend, schwache Nerven stärkend und enorm Appetit anregend. Wirksamstes Kräftigungsmittel für Leidende u. Schwächliche, namentlich auch für Kinder. **Wahrhaft überraschende Erfolge.** Dose Mk. 1.25. Uebl. 3 Dosen Mk. 3.50 hier frei Haus. Prompter Versand nach auswärts.
Otto Reichel, Berlin SO. 43,
Eisenbahnstr. 4. 3190L*

Dr. Simmel, Prizon-Str. 41,
Spezialarzt für 15/11*
Hant- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Arbeiter-Sängerbund

Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 6. August 1905:

14. Sänger-Fest

in den am herrlichen Müggelsee mit angrenzendem Wald gelegenen Lokalen „Müggelschloßchen u. „Strandschloß“

Friedrichshagen.

200 Gesangvereine | 3 Musik-Kapellen | Sänger-Festzug | Chor-Gesänge

Gesangsleitung: Bundes-Dirigent Herr **Richard Blobel.**

Großes Brillant-Feuerwerk.

In beiden **TANZ.** Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. **Die Kaffeeküche sind bis 6 Uhr abends geöffnet.**

Billetts vorher 20 Pf. Anfang früh 8 Uhr. Billetts an der Kasse 30 Pf.

Fahrverbindung: Dampfergesellschaft „Stern“ ab Jannowitzbrücke u. Schles. Tor. Fahrpreis 35 Pf. Kinder frei. Eisenbahn: Schlesiener Bahnhof-Friedrichshagen. Extrazüge während des ganzen Tages.

Billetts sind in den mit Plakaten versehenen Handlungen zu haben; außerdem bei J. Meyer, Urbanstr. 131; H. Bartel, Brunnenstr. 95; A. Seikrit, Bergmannstr. 101; H. Nastebusch, Graudenzstr. 4; G. Schönthal, Androasstr. 57; M. Sinnecker, Rixdorf, Fuldastr. 59. — Für Vereine nur bei H. Nastebusch, Graudenzstr. 4.

Reuerrichtetes
Restaurant mit Garten
und Kegelbahn
empfehlen bestens 255*
Ernst Gründer, Roinickendorfer-
Lehnholz,
Doppelstraße 24.

A. B. Koch,
Kohlen-Groß-Handlung
Berlin O. 34, Brombergerstr. 15.
Breite für nur 1a Marken ab Platz:
Jife, AKW und Diamant,
Halbsteine Str. 70 Pf.
1a Zeufenerberger Brille,
pr. Str. (110-120 Stk.) 75 Pf.
1a Marienglas 80 Pf.
1a Diamant 85 Pf.
Jife und Anhalter
Mariengrube 90 Pf.
1a Anthracit-Gas 2,00 Pf.
Bruch, Koks, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Keller p. Str. 10 Pf. mehr. — Bei größerer Abnahme billiger. 3586L*

Das Beste
Rester-Geschäft
des S.-O. von
Wilh. Mühlbach
empfiehlt schwarze und farbige Reste zu Damen- und Kindermänteln sowie für Herren- und Knaben-Konfektion zu anerkannt billigsten Preisen. Größte Auswahl in fertiger Konfektion.
10 Oppelnerstr. 10

J. Baer
Ecke
Badstr. 26, Prinz-Alten
Herren- und Knaben-
Moden, Berufskleidung,
Großes Lager in- und
ausländischer Stoffe,
zur Anfertigung nach
Maß.
Allerbilligste, streng feste Preise.

Sozialdemokrat. Wahlverein Rixdorf.
Sonntag, den 22. Juli, in der „Neuen Welt“,
Hasenheide 108/114:
Großes Sommerfest.
Großes Konzert
von der 40 Mann starken Hauskapelle.
Extra-Spezialitäten-Vorstellung
vom gesamten Künstler-Personal.
Gesangs-Vorträge
von den Gesangvereinen „Rixdorfer Männerchor“ und „Melodia“.
Turnerische Aufführungen
von Mitgliedern der Freien Turnerschaft Rixdorf-Bez.
Großes Feuerwerk. Zum Schluss: Lebendes Bild.
Großer Fackelzug
wogu jedes Kind eine Stocklaterne gratis erhält.
Im großen Saal: **Ball.**
Teilnehmende Herren zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 1 Uhr. Billett 25 Pf. Programm gratis.
Die Mitglieder werden ersucht, schon jetzt bei den Bezugs-fähren Billetts zu entnehmen. 235/11

Potsdam-Osthavelland.
Sonntag, den 23. Juli 1905, in Teßnow's Volksgarten, Hakenfelde-Spandau:
Allgemeines Bundesfest
der Arbeiter-Radfahrer-, Gesang- und Turnvereine.
Um 2 1/2 Uhr: Umzug sämtlicher 27 Vereine mit Musik durch Spandau. — Um 4 Uhr: Festrede, gehalten von **Dr. K. Liebknecht.**
Gr. Doppel-Konzert. Massengesänge. Kunst- u. Reigenfahren. Turnerische Aufführungen.
Von 4 Uhr ab im Saale **TANZ.** Herren zahlen 50 Pf. nach. — Die Kaffeeküche ist den geehrten Damen von 8 Uhr morgens an geöffnet.
Anfang 3 1/2 Uhr. Billett 20 Pf. Die Festleitung.

Gelegenheitskauf:
Teppiche v. M. 4.50, 8, 13.50, 24, 35, 45 usw.
Gardinen v. M. 2.10, 3.50, 5, 7.50, 9, 12 usw.
Portieren v. M. 5, 6.75, 8, 11.50 usw.
sowie Steppdecken, Tisch- u. Örtwan-
decken, Läufer- und Möbelstoffe etc.
Teppich-Adler
Königstraße 20-21,
a. d. Jüdenstr.

Diez' Seeterrasse Lichtenberg
Röderstraße 6.
Noch nie dagewesen! Ganz Berlin staunt!
Jeden Sonntag, Dienstag und Freitag:
Großes Militär-Konzert.
Auftreten des phänomenalen Meisterfahrers Alfred Schneider mit seinem konkurrenzlosen Feuer-, Flammen-, Todes-, Hindernisprung.
Um 6 1/2, und 10 Uhr:
Auftreten der weltberühmten Turmschiffkünstler „The Liepelt“.
Brillant-Land- u. Wasser-Feuerwerk.
Erstklassiges Spezialitäten-Theater u. Ball.
Bei ungünstiger Witterung Schutz für 6000 Personen.
Entree 20 Pf., wochentags 10 Pf. Kinder in Begleitung Erwachsener frei.

K. F. Diebergs Restaurant und Garten
Rummelsburg, Neue Prinz Albertstr. 21
Von Bahnstation „Rummelsburg-Ost“ erreichbar in drei Minuten.
Heute Sonntag:
Großes Kinder-Jubel- und Trubel-Fest.
Um 1/4 Uhr: Großer Umzug durch den Ort unter Vorantritt eines Musikkorps.
Im herrlichen am See gelegenen Naturgarten: **Kinder-Belustigungen aller Art:** Sackhüpfen, Purtschnappen, Wettlaufen etc. Abends große Fackelprozession mit Kinderanzug und Donnerregen.
Eintritt: 10 Pf., wofür Ruhe oder Schärpe gratis!
Tanz frei!
Um zahlreichen Zuspruch bittet **K. F. Dieberg, Gastwirt.**

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“
Gau 9. Bezirk II.
Sonntag, 23. Juli, in C. Joels „Victoria-Garten“ in Treptow,
Königlicher Landstraße:
Erstes Bezirksfest
arrangiert vom Bezirk II des Gau 9 des Arb.-Radf.-Bundes „Solidarität“.
Konzert. Reigenfahren. Ball.
Auftreten der Vollsängergesellschaft Lewandowski.
Bei eintretender Dunkelheit: **Großer Kinder-Fackelzug**
mit bengalischer Beleuchtung.
Jedes Kind erhält an der Kontrolle einen Don zur Stocklaterne gratis.
Kaffeeöffnung 2 Uhr. Anfang des Konzerts 4 Uhr. Billett 20 Pf.
Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. — Programm gratis.
Hierzu ladet ein **Der Festausch.**
Die Ansahrt zum Festlokal findet nachmittags 2 Uhr von Rixdorf, Theils Festlokal, Bergstraße 151-152, aus statt. Die Bundesvereine werden ersucht, sich recht zahlreich daran zu beteiligen. 13/15*

Diez' Spezialitäten-Theater
Landsberger Allee 76/79, direkt an der Ringbahnstation.
Vollständig neues, das größte u. beste Programm Berlins
40 Sensations-Nummern.
Großer Ball. Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.
Entree 30 Pf. Jeder Erwachsene hat ein Kind unter 10 Jahren frei, ältere Kinder zahlen halben Eintrittspreis.
Aegidius Diez.

Etablissement „Klostergarten“
am Spandauer Schiffsfahrts-Kanal u. Jungfernhöhe, direkt am Jungfernsteg
Straßenbahn No. 12 (Görliitzer Bahn-Platzensee),
Stadt- und Ringbahnstation Boussolstraße.
Jeden Sonntag
Großes Freikonzert
Jeden Mittwoch
Großes Kinder-Freudenfest.
Empfehle den verehrten Vereinen und Gesellschaften mein Etablissement zur Abhaltung von Sommer- u. Vereins-Festlichkeiten.
Amt II 2604. **W. Pasternackl.**

Ernst Höflich
und
Garten-Restaurant Gesellschafts-Saal.
„Im Krug zum grünen Kranz“
Mittelpunkt der Erde. Ober-Schöneweide Wald-
Station Sadowa und Nieder-Schöneweide. Straße 73/74.
Straßenbahn: Oberschöneweide-Köpenick, Haltestelle Kaiserstraße.
Dortlich am Wald und Wasser gelegen, den geehrten Vereinen und Gesellschaften bei Partien und Ausflügen bestens empfohlen. 3142L*
Station Sadowa und Nieder-Schöneweide. X Drei verbeßte Kegelbahnen. X Aufspannung. X Kaffeeküche. **Ernst Höflich.**

Hasenheide 108/114. **Neue Welt.** Arnold Scholz.
Jeden Sonntag, sowie täglich:
Gala-Spezialitäten-Vorstellung
Das sensationelle Juli-Programm.
Promenaden-Konzert
der Hauskapelle, Dirigent Bernhard Bothe.
Im großen Saal. Mittags von 12-2 Uhr:
von 4 Uhr ab:
Familien-Ball. **Großer Mittagstisch**
(4 Gänge 1 Markt).
Anfang 4 Uhr. Entree 25 Pf.

Hasselwerder a. d. Oberspree
Jeden Sonntag:
Großes Garten-Konzert u. Ball.
Montag, Mittwoch u. Donnerstag: Tanzkränzen u. Freikonzert.
Kaffeeküche, 6 Kegelbahnen, Volksbelustigungen, Aufspannung.
Einige Sonnabende sind noch an Vereine etc. unter günstigen Bedingungen zu vergeben. (3592L*) **Gustav Hempel.**
Restaurant „Zum Jägerheim“
Inhaber: **Josef Kura.**
Treptow, an der Verbindungsbahn
10, Köpenicker Landstraße 19.
Meinen ca. 1000 Personen fassenden Garten empfehle zu allen Festlichkeiten. — Saal. — 4 Kegelbahnen. — Kaffeeküche von 2 Uhr an.
Telephon: Amt IV, 5777. 2976L*

Restaurant „Zum Prälaten“
Weißensee. **Hermann Dröger, König-Chaussee 42.**
Jeden Sonntag: **Ball.**
Verteilslokal der Holzarbeiter, Bauarbeiter, Berliner, Schneider, Gesangsvereine, Freie Sänger und Arbeiter-Turnvereine.
Zum freundlichen Besuch ladet Freunde und Genossen ergebenst ein (3762L*) **Hermann Dröger.**
Gesellschaftshaus Ostend
Memelerstraße 67. Fernsprecher Amt VII 1075.
Den geehrten Vereinen und Gesellschaften empfehle meinen Saal mit Bühne und Nebendäumen, 500 Personen fassend, sowie Vereinszimmer zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten. Sonnabende und Sonntage zu vergeben. 3621L*
Ergebenst **Paul Litfin.**

Sozialdemokratischer Wahlverein im fünften Berliner Wahlkreise.

Dienstag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, im Alten Schützenhause, Finienstr. 5:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Reptilien-Presse. Referent Genosse Julius Kallisk. 2. Diskussion. 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 245/15*
Gäste erwünscht. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein Rixdorf.

Dienstag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Thiel, Bergstr. 151/52:

General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht des Vorstandes (Kassierer, Bibliothekar etc.). 3. Vortrag über das neue Organisations-Statut. 4. Ausstellung eines Kandidaten zur Stadtvorordneten-Wahl vom 7. Bezirk. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 235/2
Der Eintritt erfolgt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, großer Saal:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht und Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes. 3. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Ed. Bernstein über „Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.
Mitglieder werden in der Versammlung, auf dem Jahlabend und in folgenden Zahlstellen aufgenommen:
Gottfried Schulz, Adyralstr. 40a. Ad. Filok, Steinestr. 23.
Wilh. Börner, Ritterstr. 15. O. Blume, Nite Jasobstr. 119.
Emil Götte, Brandenburgstr. 18. Franz Krüger, Raunstr. 54.
240/15* Der Vorstand.

Weißensee.

Dienstag, den 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Abrechtshof“, Parkstraße 13:

General-Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins.

Tages-Ordnung:

1. Besprechung über das neue Organisationsstatut. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Bericht des Kassierers. 4. Bericht der Bibliothekare. 5. Berichte a) von der Mathese, b) von der Waikese. 6. Bericht der Revisoren. 7. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 8. Wahl von Delegierten zur Kreisversammlung. 9. Stellungnahme zum Stiftungsfest. 10. Vereinsangelegenheiten und Fragekasten. 18/7

Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Montag, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlung für den Bezirk Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt

im Lokale des Herrn Schütz, Schönhauser Allee 28.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Direktor Bruchhoff über: „Spiritusaus“. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten: Wahl des Bezirksleiters. 4. Verschiedenes.
Die Kollegen, Damen, auch Gäste sind eingeladen.
Bedenfalls findet der Vortrag mit Spezialmenten statt.

Achtung! Einsetzer! Achtung!

Montag, den 17. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15 (Saal 2):

Kommissions-Sitzung.

Zu beachten! Bei der Dampfparade am vergangenen Montag wurden eine Nigarrenmaschine mit Kamenszug, ein Hauschlüssel und ein Herren-Strohhat gefunden. Die Gegenstände sind Probenstraße 33 von G. Lehmann abzuholen. Der Edmann. 150/1

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Graumanns Festsaal, Rannysstraße Nr. 27:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom zweiten Quartal. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes. 3. Bericht des Parteidelegierten und Neuwahl desselben. 4. Bekanntgabe der neuangewählten Mitglieder. 5. Vereinsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet. 143/19 Der Vorstand.

Zu beachten! Einmündige Mitglieder, welche noch zu dem am 9. September in Reifers Festsaal stattfindenden 23. Stiftungsfest mitwirken wollen, werden ersucht, sich in der Abendstunde des „Sänger-Kreises“ Donnerstags, abends von 9 Uhr ab, im Restaurant Fröhlich, Rastauerstraße, Ecke Zeughausstraße, zu melden. D. O.

Stukkateure!

Montag, den 17. Juli, abends 8 Uhr, bei Franke, Sebastianstraße 30:

General-Versammlung der Filiale Berlin.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom zweiten Quartal 1905. 2. Der Kölner Generalkonferenz im Lichte sozialdemokratischer Betrachtungen. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. 180/3

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Zahlreiche Teilnahme erwartet. Die Ortsverwaltung.

Berantw. Redakteur: Franz Heßlein, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Freie Kranken- und Begräbniskasse der Schuhmacher

u. Berufsgenossen Berlins (E. H. Nr. 27).
Montag, den 17. Juli 1905, abends 8 Uhr:

General-Versammlung bei Feuerstein, Alte Jasobstr. 75:

Tages-Ordnung:
1. Kasienbericht vom 2. Quartal.
2. Sonstige Kasienangelegenheiten.
Der Vorstand.
27075

Orts-Krankenkasse für das Bierbrauergewerbe zu Berlin.

Bei der Kasse ist die Stelle eines Bureaubeamten neu zu besetzen. 274/5

Bureaubeamten

Anstellung erfolgt zunächst auf Probe. Gehalt monatlich 120 Mark. Bewerber mit durchaus guter Handschrift und mit Bureau-Arbeiten vertraut, wollen ihre Bewerbungen an den unterzeichneten Vorstehen bis zum 20. Juli d. J. nachmittags 4 Uhr einbringen.
Zeugnisabschriften sind beizulegen.
Der Vorstand.
Otto Ullrich, Borj., Straßburgerstr. 6/8.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9670.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34, Amt IV, 3353.

Montag, den 17. Juli, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, großer Saal:

Versammlung

aller in Metallgießereien beschäftigten Former und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandstage zu Leipzig. Referent: Kollege Jacobsen. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Formerkonferenz zu Leipzig. 4. Diskussion. 5. Verhandlungsangelegenheiten.
Kollegen! Die wichtige Tages-Ordnung macht es allen organisierten Berufskollegen zur Pflicht, in der Versammlung anwesend zu sein. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Montag, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12:

Versammlung d. chirurgischen Branche.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandstage. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Kollegen! Da in diesem Jahre von einer Berichterstattung in der Generalversammlung Abstand genommen ist, werden die Kollegen auf diese Versammlung besonders aufmerksam gemacht.
Es wird deshalb zahlreicher Besuch erwartet.

Dienstag, 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in Anton Bökers Festsaal, Weberstr. 17:

Allgemeine Schlosser-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandstage. Referent: Kollege Schmidt. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Dienstag, den 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Saale von Weimanns Rindhaus, Hauptstr. 5/6:

Bezirks-Versammlung für Westen und Schöneberg.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandstage. Referent: Kollege Ramsbrok. 2. Diskussion. 3. Wahl des ersten Bezirksleiters.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Dienstag, den 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Litfin, Memelerstr. 67:

Bezirks-Versammlung für Osten und Pichtenberg.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung vom Verbandstage in Leipzig. Referent: Kollege Wolfram. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.

Dienstag, den 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale Hofsiederer:

Oeffentl. Metallarbeiter u. Arbeiterinnen-Versammlung für Ober-Schönevide und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: Deutschland und Frankreich in der Geschichte. Referent: Genosse Dr. Maurenbrecher. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreicher und pünktlicher Besuch wird erwartet.

Donnerstag, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain (früher Lipp):

Anherordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Ergänzungswahl und Neuwahl der notwendig gewordenen Beamten. 2. Vorträge der Ortsverwaltung und an die Verwaltung gelangte Vorträge. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Zahlreicher Besuch wird erwartet.
Zu beachten! Die Zahlstelle VIIIwock wurde nach dem Lokal von Bugge, Kottbuser-Allee 95/96, sowie die Zahlstelle von Reinhard in Reindorf-Oh nach dem Lokal von Nicolai, Reindorfstr. 187, verlegt. 120/5

NB. Die für Dienstag, den 18. Juli, in Reindorf angelegte Versammlung findet erst am Freitag, den 21. Juli, im Lokale von Sadou, Reindorfstr. 124, statt.
Die Ortsverwaltung.

Marmor-Arbeiter.

Mittwoch, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 70:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vierteljahresabrechnung. 2. Bericht der Tarifkommission. 3. Gewerkschaftliches. 172/13
Beden der wichtigen Tages-Ordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands. Berlin II.

Sterbekasse ehemals Pflugscher Arbeiter (Metzelsehe Kasse).
Sonntag, den 23. Juli, vormittags 10 Uhr, in Wilkes Saal (früher Nümann), Brunnenstr. 188:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Beriefung des Protokolls der Generalversammlung vom 29. Januar 1905. 2. Kasienbericht des Kassierers für das erste Halbjahr 1905 und Bericht der Revisoren. 3. Festlegung der Publikationsorgane für 1905/06. 4. Verschiedene Kasienangelegenheiten. 5. Ergänzungswahl des stellvertretenden Schriftführers auf 1 1/2 Jahre. 290/6*

Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand. Otto Winkler.

Käuferverein, Selbsthilfe.

Donnerstag, den 20. Juli 1905, abends 8 Uhr:

Delegierten-Versammlung

bei Gansewig, Berlin SO., Reichenbergerstr. 147.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht. 2. Bericht des Verwaltungsrates. 3. Vorträge der Angestellten. 4. Verschiedenes. 127/9

Achtung! Der Vorstand.

Fahrstuhlarbeiter.

Sonntag, d. 16. Juli cr., vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

Versammlung

aller an Fahrstühlen und Hebevorrichtungen beschäftigten Arbeiter.

Tages-Ordnung: 1. Der Stand der Bewegung und unsere weitere Stellungnahme. 2. Verschiedenes. 34/13*
Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Zweigvereins-Vorstand.

Kürschner!

Montag, den 17. Juli, abends 8 Uhr, im Alten Schützenhause, Finienstraße 5:

Oeffentliche Versammlung aller in der Kürschnerbranche beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: Die kämpft es sich schlecht, für Freiheit und Recht. Referent: Kollege H. Rege. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen! Erscheint alle in der Versammlung, um gegen die brutalen Annahmen des Arbeitgeber-Verbandes zu protestieren!
Der Vorstand des Deutschen Kürschnerverbandes, Zahlstelle Berlin. Der Vorstand des Verbandes der Kürschner Berlins u. Umgegend. 263/3

Lackierer.

Mittwoch, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in Dräfels Festsaal, Neue Friedrichstr. 35:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Fr. Klotz. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 107/8
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Gruppe Rabitzspanner.

Mittwoch, den 19. Juli 1905, abends 8 1/2 Uhr, bei Jannasch, Anselstraße 10:

Anherordentl. Mitglieder-Versammlung der Rabitzspanner.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen. 147/5* Der Vorstand.

Vorsicht Mütter!

Zum Schrecken der Eltern erkranken und sterben sehr viele Kinder nach dem Genuss von Milch in der Zeit, wo die Mütter mit Gras gefüttert werden, weil die Kuhmilch infolge dieser Futtermittel bei den Kindern die heftigsten Darmkrankheiten hervorruft.
Gewissenhafte Eltern bestreiten deshalb während der heißen Jahreszeit die bewährte Trockenmilch bei der Milchfabrik „Schweizerhof“.

1 Liter Kindermilch 35-50 Pfennig.

Säuglinge sind diesen Gefahren besonders ausgesetzt, und möhle man deshalb

Prof. Gärtners Säuglingsmilch,

eine teilweise entfähete und sehr leicht verdauliche Milch, welche sich in mehreren dem Alter des Kindes angepassten Mischungen trinkfertig und sterilisiert liefert. Gärtners Säuglingsmilch ist der natürliche Ersatz der Frauenmilch und weist die günstigsten Ernährungsergebnisse auf, die je bei der Säuglingsernährung erzielt worden sind.

Vollmilch in plombierten Flaschen 1 Liter 20 Pf. frei Küche.

Zustellung in alle Städte und Dörfer. 18/15*

Verfaud nach ganz Deutschland.

Milchkuranstalt

Schweizerhof

Berlin NW., Emdenerstr. 40. Tel. II, 2517.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein für Frauen und Mädchen in Adlershof hielt am Montag seine Generalversammlung ab. Herr Fischer sprach über: „Einige Erziehungsfragen“.

Lichtenberg. Der Verein für Frauen und Mädchen hält Montag, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee 5, bei Gebr. Arnhold eine Versammlung ab.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Neues König. Operntheater. Sonntag: Carmen. Montag: Der Barbier von Sevilla. Dienstag: Der Widerspenstigen Zähmung. Mittwoch: Carmen. Donnerstag: Habor Duncan. Freitag: Die Fledermaus.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Hülse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Wochenausgabe zu belegen.

J. S. Rein, nicht täglich. Dagegen erscheint alle 14 Tage die „Freiwerk-Geldung“ in Hamburg 19, Osterstr. 168. Ohne Quittung keine Antwort. — Greinhaus. 1. Sparkasse Schöneberg oder Deutsche Bank, Rauerstraße, hier. 2. Alles Nähere dort. — S. W. 13.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gedruckt abends 7 Uhr.

B. N. 2. 1. Ein geschiedener Ehegatte muß dem Standesbeamten das mit Rechtskraft festgesetzte Scheidungsurteil überreichen. Außerdem muß er, falls er erbbare minderjährige Kinder hat, ein Auseinanderrechnungsbuch bei dem Gericht beschaffen.

zu erfüllen. 2. § 536 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und §. 159/160 des dem Arbeiterrecht beigefügten Führers durch das Bürgerliche Gesetzbuch. — Darmstadt. Die von Ihnen angeführte Neuherausgabe ist zwar eine unbedeutende, teilweise und wenig überlegte, dürfte aber die von Ihnen angegebene Richtung nicht haben können.

Berliner Marktpreise. (Ermittelt vom Völgel-Verfall.) Roggen, gute Sorte, 1 Doppelzentner 14,00 ab Bahn. Futtergerste, gute Sorte 16,00 (15,50), mittel 15,10 (14,30), geringe 14,20 (13,40).

Todes-Anzeige. Allen Freunden und Kollegen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Schlosser Hermann Förster

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis. Todes-Anzeige. Am 14. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Schlosser Hermann Förster,

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter (H. O.) in Hamburg. Ortsverwaltung Berlin H.

Dankagung. Für die zahlreiche Beteiligung und die schönen Blumenpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Gaters, des Tischlers Robert Waude,

Eine Mark wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herren-Moden. Bestellung n. Maß, tadelloser Ausführung in eigener Werkstatt.

An die Arbeiterschaft Berlins! Die unterzeichneten Organisationen appellieren an die Arbeiterschaft Berlins und Umgegend, ihre Frauen und Töchter im gegenwärtigen Streik keine Pelzarbeiten, weder in der Werkstatt, noch zu Hause, anfertigen zu lassen.

Gemeindericht zu Berlin. V. Nr. 470 Gem.-Ber. 65. Berlin, den 12. Juli 1905. Bekanntmachung. In der Galanterie- und Gürtelbranche hat die Auslegung des § 5 des vom Gewerbeamt bezüglichen des zu verordnenden Lohnvertrages

In den Sitzungen des letzteren vom 19. Juni und 23. Juni 1905, an welcher Teilgenommen haben: 1. Magistratsrat v. Schulz, als Vorsitzender,

Sonder-Angebot! 2 Vollblatlänge, alter Tabak, 1 1/2 Pf. Dutzend, hellbraune Farben 2,25 M. p. Pfund.

J. Fränkel 181. Brunnenstr. 181. 11. Kottbuserstr. 11. 5. Neue Promenade 5. Nieder-Schönhäusen, Schiller- u. Körnerstraße (am Straßenbahnhof), 2 Zimmer mit reichlichem Zubehör von 300 M. an.

Restaurant „Neuer Krug“ Bahnhofsstation Wilhelmshagen. Herrlich an der Obersee gelegen. 2000 Meter Wasserfront. Für Berlin, Fabriken etc. großartig in Dampf- resp. Landpartien geeignet.

Wirtshaus Halensee früher Paul Hilpert. Damm 126. Empfehle den geehrten Parteigenossen, Freunden und Bekannten bei Ausflügen, Landpartien etc. meinen großen, schattigen Garten, Kaffeehaus und Bierstube.

Jos. Gremmer's Wwe. Landshut, Bayern. Erste und älteste Brasiltabakfabrik. Brasilischpfeifentabak per Pfd. Mk. 1,70, Mk. 1,50 und Mk. 1,30. Von 6 Pfd. an franco.

Raucht Ben Schira die beste Zigarette der Zeit, ohne Konkurrenz. Marke A 2 Pl., Ultra 3 Pl. usw. Zigarettenfabrik „Ben Schira“, Berlin N. 58.

Probieren Sie bitte Charivari-Zigaretten. BERLIN Hoykottfrel. NO. 55.

Kredit. Monatlich 10 Mark - 100 Mark - 1000 Mark - 10000 Mark. Dr. Lell Rosenthalerstrasse 26 II. Kombipath und Spezialarzt für Haut-, Horn- und Geschl.-Leiden.

Inventur-Ausverkauf! zurückgesetzter prima Velour-Teppiche. Sofagröße M. 10.50. Zimmergröße .. 22.50. Salongröße .. 37.50. Saalgröße .. 65.00.

Gardinen, Stores, Steppdecken, Tisch-, Diwan-, Schlaf- und Reisedecken. Läufer- und Möbelstoffe kommen, so weit der Vorrat reicht, zu enorm billigen Preisen zum Ausverkauf.

Teppich-Engros-Haus Hermann Bursch Spandauerstr. 65-67. 1. und II. Etage. Kein Laden. Großes Kaiser Wilhelm u. Völgelstr.

Eine Mark wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herren-Garderoben. Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung. Julius Fabian, Schneidemeister, Große Frankfurter Str. 87, II. Eingang Straußberger Platz.

Elegante Anzüge Elegante Paletots. Empfehle mein großes Lager: Jackett-Anzüge u. Paletots von 7,50, 9,-, 12,-, 15,-, 18,-, 21,-, 24,-. Reck- u. Gehrock-Anzüge v. 18 M. an, in Tuch u. Sammet von 30 M. an. — Maßanfertigung. 24732. Frack- und Gesellschafts-Anzüge werden verliehen. 123. Wilh. Seide, Berlin SO., 20 Dorotheenstr. 20. Ecke Granienplatz.

Emil Voigt, Grünauerstr. 8. Für nur 7 1/2 Pf. bereitet sich die kluge Hausfrau eine ganze Weinflasche Essig selbst, wenn sie Reichels Essig-Essenz

Marke „Lienther“ benutzt, die einen viel besseren, reineren und vor allem bekömmlicheren Essig ergibt, als es der gewöhnliche Hausessig ist. Originalflaschen für 12 bzw. 6 Weinflaschen Essig ausreicht, 1 Wl. und 55 Pf. Für leere Flaschen 10 bzw. 5 Pf. zurd. Heberalf in den Drogerien, Kolonial- u. Geschäften, auch in den Apotheken erhältlich, wo nicht, direkter Versand von der Fabrik.

Zahn-Atelier G. Goeringer jetzt Invalidenstraße 128, früher Brunnentstraße. Kellertes und gebleichtes des Rordens, schonendste Behandlung, billige Preise; auch Teilzahlung, 18/2.

Rob. Tabak. Decke Nr. 5230 rotlich, hell, reinfarbig, Goldblatt, unter 1 1/2 Pf. bedend. à 2 M. verzollt. W. Hermann Müller, Berlin O., Magazinstraße 14.

Heinrich Franck Berlin N., Brunnenstraße 185. Beschäftigen Sie bitte sofort eine neue Partie ganz heller Deli-Tabake von vorzüglic. Brand u. Geschmack. Großartige Auswahl.

Hamburger Rohtabak-Haus. Spezial-Sumatra-Offerte GS/Deli pro Pfd. M. 1,-, F/Deli M. 1,10, Deli Tabak My x 2 M. 1,20, K S Langkat M. 1,50, Deli Toewa M. 2,-, K F H M. 2,50, Mandi Ang in Deli M. 2,80, Amat Deli M. 3,-, Deli My B u. K u. S Deli sowie feine verschiedene Marken M. 3,50 bis 6,-. 295/14. Havanna Grus M. 1,- und 1,25. Filiale Berlin N., Brunnen-Strasse 190. Hygien. Bedarfsartikel. Illustr. Preis. frei. Gustav Engel, Berlin 172, Potsdamerstraße 131. Hygienische. Gebrauchsanweisung. Besucht Katalog m. Empf. viel. Vergleichen. Prof. grat. u. z. H. Unger, Gumminenstraße 12, Berlin NW., Friedrichstr. 91/92.

Parteigenossen! Beachtet bei Ausflügen streng die Lokalliste, verkehrt nur in Lokalen, die der Arbeiterschaft zu Versammlungen zur Verfügung stehen!

Stadtverordneten-Wahl 1905.

Wähler der 3. Abteilung!

Im Herbst dieses Jahres finden die regelmäßigen Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung statt.

Deshalb richten wir an die Wähler die dringende Anforderung:

Seht die Wählerlisten ein!

Wer nicht in der Wählerliste steht, darf nicht wählen.

Die Listen liegen in der Zeit vom 15. bis einschl. 30. Juli an den Wochentagen von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr an den

Sonntagen von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 1 Uhr im städtischen Wahlbureau, Poststr. 16, 2 Treppen, Zimmer 57, zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Wahlberechtigt

Ist jeder selbständige Einwohner, der 21 Jahre alt ist, wenn er seit mindestens einem Jahre in Berlin wohnt und im letzten Jahre keine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten hat und wenn er mindestens zur zweiten Steuerklasse (600 bis 900 M.) eingeschätzt ist und die Steuern — sofern er über 900 M. eingeschätzt ist — bezahlt hat.

Wahlberechtigt ist aber nur, wer in der Wählerliste steht. Deshalb darf kein Parteigenosse, kein Arbeiter versäumen, die Wählerliste einzusehen. Wer die Voraussetzungen der Wahlbarkeit erfüllt und trotzdem nicht in die Wählerliste eingetragen ist, der erhebe in der Zeit vom 15. bis 30. Juli Einwendungen gegen die Richtigkeit der Wählerliste.

Arbeiter! Parteigenossen! In einer gründlichen Vorbereitung des Kampfes liegt das Geheimnis des Sieges!

Wer nicht in der Lage ist, die Liste selbst einzusehen zu können, der beauftrage dazu einen der unten verzeichneten Genossen, welche sich gern der Mühe unterziehen wollen.

Erfülle jeder seine Pflicht und überzeuge sich, ob sein Recht gewahrt und er eingetragen ist!

Erster Kreis.

Seifer, Neue Friedrichstr. 20. Wehnacht, Grünstr. 21. Glanz, Krausenstr. 18. Radtke, Flensburgerstr. 24. Mertens, Mittelstr. 48.

Zweiter Kreis.

H. Gutschmidt, Zigarrengeschäft, Kottbuser Damm 8. F. Federherdt, Restaurateur, Vopststr. 6. F. Gwald, Restaurateur, Schönleinstr. 6. N. Meyer, Restaurateur, Diefenbachstr. 54. F. Kraas, Restaurateur, Diefenbachstr. 31. H. Schaller, Restaurateur, Gräfestr. 4. B. Pajstke, Restaurateur, Gräfestr. 31. L. Adorf, Restaurateur, Hofenheide 52/53. O. Reim, Restaurateur, Fichte-straße 8. E. Kuttcher, Restaurateur, Urbanstr. 87. O. Behr, Restaurateur, Urbanstr. 51. Jäha, Restaurateur, Urbanstr. 87. G. Len, Restaurateur, Voehstr. 7. D. Renard, Restaurateur, Campdenstr. 18. O. Merzmann, Restaurateur, Grünstr. 3. F. Gierke, Restaurateur, Johannisstr. 14. R. Polenske, Gießhauerstr. 62. Buchholz, Restaurateur, Gießhauerstr. 62. D. Busemann, Gießhauerstr. 6. E. Lindemann, Restaurateur, Moritzstr. 9. G. Schulz, Restaurateur, Wasserlocherstr. 14. Reinhardt, Wasserlocherstr. 43 bei Talle. W. Schmidt, Restaurateur, Alexandrinenstr. 122. F. Ohnforge, Restaurateur, Warthofenstr. 102. E. Reichert, Restaurateur, Putzmeisterstr. 22. M. Damm, Restaurateur, Schützenstr. 18/19. Ph. Dillenberge, Restaurateur, Zimmerstr. 59. Sörmer, Restaurateur, Zimmerstr. 24. E. Nummer, Wilhelmstr. 18. im Laden. G. Krüger, Restaurateur, Ködenerstr. 33a. F. Scholz, Restaurateur, Hoffenerstr. 1. R. Seibel, Restaurateur, Mittenwalderstr. 18. J. Thomsen, Restaurateur, Mittenwalderstr. 22. G. Werner, Partei-Exp., Mittenwalderstr. 30. A. Wirth, Restaurateur, Arndtstr. 35. Peiersdorf, Restaurateur, Willibaldstr. 5. A. Witsch, Restaurateur, Kottbuserstr. 12. Peeste, Restaurateur, Kottbuserstr. 8. Artitt, Restaurateur, Gneisenaustr. 27. J. Soff, Restaurateur, Hornstr. 2. G. Schröder, Zigarrengeschäft, Kreuzbergstr. 15. R. Werner, Restaurateur, Hagelbergerstr. 2. Fietze, Restaurateur, Hagelbergerstr. 23. Schwarz, Restaurateur, Kapbachstr. 13. F. Treub, Restaurateur, Horststr. 37. Reichsmar, Restaurateur, Bahlerstr. 10. Gröbner, Restaurateur, Gr. Gröbenstr. 22. A. Kider, Restaurateur, Steinmeierstr. 85. P. Sternsdorf, Restaurateur, Götterstr. 19. Berger, Restaurateur, Culmbachstr. 20a. E. Marsch, Restaurateur, Albenlebenstr. 15. A. Lehmann, Restaurateur, Bülowstr. 59. Talle, Restaurateur, Bülowstr. 56. Scheffer, Restaurateur, Eichenstr. 23. Bodendorf, Schuhmacher, Gneisenaustr. 22. B. Eduard, Lühowstr. 3. v. Keller, D. Wehse, Restaurateur, Lühowstr. 7.

Dritter Kreis.

Lindemann, Moritzstr. 9. Oßte, Wendenburgstr. 18. Hild, Simonstr. 23. Klumpe, Alte Jakobstr. 119. Buchholz, Alexandrinenstr. 116. Riggel, Hollmannstr. 40. Schmidt, Ritterstr. 47. Gorch, Engel-Ufer 15. Romnid, Köpenickerstr. 31. Brandow, Köpenickerstr. 58. Rieger, Köpenickerstr. 59. Thomas, Melchiorstr. 5. Radtke, Neue Jakobstr. 1. Gärtner, Michaelkirchplatz 21.

Vierter Kreis, Südost.

E. Kubisch, Forsterstr. 17. G. Lauber, Forsterstr. 37. G. Kohl, Reichenerstr. 118. A. Natanson, Reichenerstr. 135. G. Korn, Reichenerstr. 130. A. Erdmann, Reichenerstr. 16. Lang, Reichenerstr. 83. A. Groß, Reichenerstr. 97. Fr. Klein, Reichenerstr. 95. W. Kellermann, Adalbertstr. 82. Gahn, Adalbertstr. 4. Edel, Waldemarstr. 63. P. Heinge, Waldemarstr. 52. Hier, Naunynstr. 9. Büsgen, Naunynstr. 30. Krüger, Naunynstr. 78. Uebenschild, Mariannenstr. 48. R. Amos, Stalitzerstr. 114. Tiedemann, Laufbergerstr. 37. Valentin, Laufbergerstr. 25. Warsaw, Laufbergerstr. 7. G. Baumgärtner, Wienerstr. 43. G. Hannemann, Wienerstr. 44. Kirilowitsch, Wienerstr. 54. J. Ehler, Wienerstr. 25. G. Kalla, Wienerstr. 20.

G. Stephan, Wienerstr. 31. Liebig, Wienerstr. 13. Samuel, Ruslawerstr. 43. N. Binnow, Hagenauerstr. 1. R. Rehner, Hagenauerstr. 29. Drews, Reichenbergerstr. 96a. J. Bengson, Ratiborstr. 16. A. Marowka, Ratiborstr. 20. Krone, Liegnitzerstr. 18. Hermann, Liegnitzerstr. 9. Heitmann, Liegnitzerstr. 38. G. Voigt, Grünauerstr. 3. A. Kunze, Grünauerstr. 4. C. Brenker, Grünauerstr. 17. Th. Hannemann, Oranienstr. 14. Darus, Oranienstr. 9. Pfeiffer, Kottbuser Ufer 45. Weidner, Mantuffelstr. 60. L. Renier, Stalitzerstr. 103. Gräf, Laufberger Platz 13. Baum, Brangelstr. 12. Dähler, Mantuffelstr. 125. Köppen, Köpenickerstr. 20. A. Ringel, Büdlerstr. 10. A. Grundmann, Büdlerstr. 18. A. Bachmann, Eisenbahnstr. 38a. Schmidt, Brangelstr. 25. A. Beder, Köpenickerstr. 191. Fr. Taubert, Stalitzerstr. 77. Grakmann, Stalitzerstr. 69. Fr. Gonnell, Faldensteinstr. 6. Bannier, Faldensteinstr. 7. R. Kohl, Schleierstr. 6. Pank, Schleierstr. 38. J. Holz, Cuvrystr. 8. G. Wähler, Cuvrystr. 13. J. Schröder, Cuvrystr. 49. B. Mertens, Cuvrystr. 34. Kahrhadt, Cuvrystr. 27. Talsdorf, Gorki-Str. 58. Reuthin, Oppelnerstr. 36. G. Miße, Sorauerstr. 31. Heintzel, Rübenerstr. 20. W. Mig, Stalitzerstr. 59. Pietsch, Rübenerstr. 1. Expedition, Laufberger Platz 14/15.

Fünfter Kreis, Ost.

A. Waskinski, Grüner Weg 8. Lobert, Markusstr. 14. Eingang Grüner Weg. P. Kobas, Grüner Weg 28. F. Merkowsky, Andreasstr. 26. Naertins, Langestr. 90. Genge, Krautstr. 36. Porges, Markusstr. 8. L. Ostromsky, Schillingstr. 24. O. Schulze, Weberstr. 40a. G. Horn, Markusstr. 21. G. Hafeloff, Landsbergerstr. 8. W. Spaet, Weinstr. 28. Feuerfänger, Höchststr. 4. O. Neumann, Fürstendammstr. 17. Rosemann, Friedenstr. 100. F. Thiele, Palkisbenderstr. 52. G. Baumgarten, Müntzer Platz 6. R. Risch, Kopenstr. 13. G. Döhring, Stralauer Allee 115. A. Rieg, Warkauerstr. 61. G. Klasse, Gubenstr. 6. A. Schulte, Frankfurter Allee 74. O. Böger, Rigaerstr. 127. A. Poppe, Petersburgerstr. 4a. A. Rott, Strahmannstr. 29. A. Basewitz, Strahmannstr. 41. R. Franke, Jordanstr. 8. P. Thimm, Lützowstr. 49. G. Renfer, Heidenfeldstr. 17. B. Klages, Landsberger Allee 44. Peiersdorf, Ebingstr. 9. Wolff, Landsberger Allee 130. G. Krause, Bölowstr. 8. Seel, Kniprodstr. 117. B. Genge, Petersburgerstr. 34. Zigarrenhandlung, Goldbach, Niddhofenerstr. 8.

Sechster Kreis.

Fritz Kausch, Restaurateur, Wismarstr. 12. Max Gofer, Restaurateur, Jannauellstr. 26. Bernh. Stämpel, Zigarrenhändler, Jannauellstr. 90. Franz Kahl, Zigarrenhändler, Marienburgerstr. 3/4. Otto Wendland, Zigarrenhändler, Marienburgerstr. 32. Ferd. Reimann, Restaurateur, Greifswalderstr. 220. Ad. Gohner, Restaurateur, Neue Königstr. 1. Robert Richter, Kantoffelfabrik, Neue Königstr. 90. Jatsch Reul, Zigarrenhändler, Barnimstr. 42. Robert Buhiger, Lapegitzer, Landwehrstr. 41, part. August Scholz, Restaurateur, Georgenkirchstr. 49. Hermann Vassile, Restaurateur, Linienstr. 3a. Max Rabedi, Restaurateur, Reibelstr. 42. Georg Walburg, Restaurateur, Koblansstr. 15. Wlth. Radtsch, Restaurateur, Dirlenstr. 10. Leopold Vier, Restaurateur, Grenadierstr. 35. Karl Patt, Restaurateur, Dragonerstr. 15. Wlth. Thiel, Restaurateur, Linienstr. 50. Ferd. Walter, Restaurateur, Mulackstr. 29. Bernhard Lohrer, Barbier, Gormannstr. 12. Paul Pfeffer, Restaurateur, Rosenbalerstr. 57. Hof. Joseph Wirth, Restaurateur, Auguststr. 51. Ernst Wittmann, Restaurateur, Chausseest. 68. Ecke Kleine Hamburgerstr. Emil Wiese, Gutmacher, Luisenstr. 20, und die Parteispedition des „Vorwärts“, Reibelstr. 42.

Schlichter Kreis.

Roabit, Petri, Zwillingstr. 15e. Käthe, Guttenstr. 9. Dewig, Siedingstr. 43. Wähle, Welfenstr. 24. Haber, Siephanstr. 14. Rigbur, Leberstr. 44. Bedding, Dabat, Selterstr. 3. Krause, Müllerstr. 7a. Kleinan, Gerichstr. 4. Döbling, Kolbergerstr. 28/29. Riez, Wiesenstr. 29. Kröhn, Reindendorferstr. 23. Fahrman, Nadenstr. 6. Ratner, Müllerstr. 162. Dore, Müllerstr. 32a. Friede, Wargstr. 186. Blant, Wiesenstr. 6. Krabbenhöft, Ködenerstr. 3. Schwandt, Seelstr. 25. Ralinsowski, Reindendorferstr. 39. Jabel, Wiesenstr. 12. Pfarr, Rönarstr. 15. Oranienburger Vorstadt. W. Lünig, Hufitenstr. 35. Emil Radde, Uckerstr. 90. Karl Wienthal, Uckerstr. 123. Christ, Hagenfeld, Bergstr. 62. E. Kisen, Gortenstr. 101. E. Joseph, Tiedstr. 34. Wlth. Dams, Schlegelstr. 9. G. Reichenbach, Nellerstr. 1. Paul Nathan, Pflugstr. 5. Fritz Jankeiner, Neue Ködstr. 8. Robert Thomas, Gartenstr. 71. Gesundheitsbrunnen. F. Bergmann, Brunnenstr. 70. F. Schulz, Putzburgerstr. 25. G. Hoffmann, Steinenmünderstr. 47. O. Wadgänger, Pringen-Allee 82. A. Abendroth, Badstr. 42. G. Löhrig, Panthor. 31d. F. Frisch, Dronbeimerstr. 4. Rosenhofer Vorstadt. A. Koffi, Eifenbühlerstr. 18. M. Merier, Bergstr. 10. G. Greth, Waffstr. 1. A. Kurzrod, Rionskirchstr. 5. A. Ewensstein, Graalundstr. 26. L. Rosin, Ruppinerstr. 42. Kesseler, Schwedlerstr. 226. (Sämtliche Restaurateure.) F. Döhring, Ruppinerstr. 21. Zigarrenfabrikant. Schönhauser Vorstadt. Fiedler, Saarbrückerstr. 6. Wilewa, Lothringstr. 8. Hartig, Prenzlauer Allee 43. Finner, Treckdowstr. 39. Siemer, Wörlstr. 15. Behnfeld, Hochmeisterstr. 18. Wänsch, Schlemmerstr. 42. Ullig, Schlemmerstr. 23. Gorch, Lohnerstr. 18. Grabler, Dunderstr. 83. Heimann, Dunderstr. 79. Lettsch, Pappel-Allee 10. Ariedemann, Stargarderstr. 74. Quergebäude I. Hinz, Schibelbeimerstr. 9. Wolze, Ködenerstr. 8. Benshit, Kugelstr. 5. Schäfer, Schönhauser Allee 56. Tunge, Rastanien-Allee 95/96. Wulst, Chorinerstr. 62. Lutzig, Oberbergerstr. 29. Häffler, Chorinerstr. 7. Schönsfeld, Schönbauerstr. 9.

Partei-Angelegenheiten.

3. Wahlkreis, Dienstag abend 8 1/2 Uhr ist im Gewerkschaftshaus (großer Saal) die Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht und Abrechnung vom 2. Quartier. Ergänzungswahl des Vorstandes. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Ed. Bernstein: Die Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Diskussion. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Mitglieder werden ersucht recht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

4. Wahlkreis, Südost, Morgen, Montag, findet in Joels Victoria-Garten, Treptow, das Sommerfest des Kreises statt. Wir erwarten, daß sich alle Genossen mit ihren Familien recht zahlreich beteiligen. Daß es ein Volksfest im wahren Sinne des Wortes wird, dafür ist Sorge getragen. Das Komitee.

6. Wahlkreis, Heute findet im „Roabiters Schützenhause“ am Pflögensee unser Sommerfest statt. Das reichhaltige und gut gewählte Programm verspricht auch diesmal unser Fest zu einem wahren Volksfest zu gestalten und sieht zu erwarten, daß die Genossen und Genossen so wie bisher auch heute durch massenhaften Besuch hierzu beitragen werden. Anfang des Festes mittags 12 Uhr. Das Komitee.

Berliner Nachrichten.

Die Zurückbleibenden. Die armen Zurückbleibenden! Die glücklichen Anderen, die jetzt täglich in ihre Sommerhäuser hinaudampfen, haben nur ein mitleidiges Abschiedswort für sie und nachher — eine Anstandslos.

Der Berliner hat eine unglückliche Liebe zur Natur. Er liebt sie, er schreit sich schmerzlich nach ihr inmitten seiner heißen Asphaltstraßen; aber wenn er dann endlich zu ihr eilen kann, steht er verlegen und hilflos vor der Ersehnten. Sie schauen sich beide in die Augen und — wissen nichts mit einander anzufangen.

Da wird der Berliner dann schließlich böse, wirft der Natur ärgerlich seine Distanzkarte, das mitgebrachte Stullenpapier ins Antlitz und zieht wieder davon. Hätte er nur von Jugend an gelernt, um ihre Gunst zu werden, sie enthalte auch ihm lächelnd ihre Schönheit; er hätte nicht nötig, zu jeder kurzen Erholungsreise sich erst in beschwerlichen Sonderzugfahrten nach Süddeutschland oder der Nordsee durchzuschleppen.

Die leuchtende Schönheit seiner Mark wäre ihm lieb und vertraut. Die herrlichen Waldungen bei Straußberg mit dem klaren Straußsee, bei Oranienburg und dem Zeigsee, die Ruppiner Schweiz! Was weiß der Berliner davon? Dorthin billige Sonderzüge abgehen zu lassen, mit verhältnismäßig ebenso bedeutender Preisermäßigung wie etwa nach München, scheint für unsere Eisenbahnerverwaltung eine unerwünschte Leistung. Mit einziger Ausnahme etwa der Stettiner Bahn. Nicht einmal nach dem Spreewald, eine reizvolle Welt für sich, gibt es billige Fahrten. Man zahlt für die einfache Fahrt nach Straußberg, trotz der geringen Entfernung, noch 80 Pf. Das macht für eine Familie mit drei Kindern über 10 Jahre schon 8 M. Fahrgehalt hin und zurück. So kommt es, daß man heute im bahnräuberischen Hochwald schon mehr Berliner trifft, als wochentags in einem märkischen Wald, der drei Meilen von Berlin entfernt ist.

Noch schlimmer ist es um unsere Dampferfahrten bestellt. Wie viele Gegenden Deutschlands haben so liebliche Wasserstraßen, solchen Reichtum an köstlichen Seen, wie unsere verlaumdete Mark? Aber von Stettin bis nach der Ostsee kann man in der niedrigeren Klasse für 1,50 M. hin und zurück fahren; eine etwa dreiviertelstündige Dampferfahrt von Potsdam nach Reddig dagegen über 20 M. kostet hin und her 60 Pf.

Die armen Zurückbleibenden, es würde ihnen wirklich auch auf Tagesstouren um Berlin herum die notwendige Erfrischung werden, wenn sie nicht ihren Großstadtblas mit sich herumzuschleppen sichtbar oder unsichtbar.

Aufgehen in der Natur, innerlich und auch äußerlich, muß man draußen, was sich mit Erlaubnis der hohen Obigkeit nur langsam abwerfen läßt!

Fußfreie Kleidung für Männer und Frauen und die leichteste Mühe auf dem Kopfe. Keine gepuderten Kleider und Hüte, wie man sie trotz des kleidermordenden Gedränges in unseren Bahnen an Sommer- und Festtagen sieht.

Lieber einmal auf den Sonntagsbraten verzichten und in den frühen Morgen hinein, statt erst nachts 11, 12 Uhr mit den verschlafenen und darum taubenden Kindern zurück.

Die Höllich nicht sich's dann nachdem lang ausgefrickt im Gras oder Moos. Es soll allerdings Leute geben, die aus Furcht vor einer fürwärtigen Kausse oder Armeise mit gerasteter Schleppe, aufrecht durch den herrlichen Wald spazieren, als wär's die Friedrichstraße, und sich nur da ausruhen, wo ihnen die liebe Vorsehung eine Pant hingestellt hat.

Es ist manchmal wirklich interessanter und besonders für unsere Kinder ergötzlicher, das Leben und Gewimmel der Kleintierwelt im Waldgrund zu belauschen, als in den staubigen Viergärten von Treptow oder Hundeshöhe, wenn's hoch kommt Zegel, dem oben, eiförmigen Gebahren des Publikums nachzustarren.

Dierker liefert der Berliner seine Bahn- und Dampferfahrten, hier bleibt er zu Tausenden, 5 Minuten von der Station, beim Vierboden, bis es Zeit zur Rückfahrt.

Warum nicht lieber sich draußen tummeln, ganz ohne Scheu, Klettern, spielen, toben; auch die Alten, soweit ihre Glieder noch irgend mittun wollen, wieder jung werden mit der Jugend. Es ist wirklich gar nichts Lächerliches dabei; viel, viel weniger, als beim Anblick einer geschminkten und hochtopierten Salongroßmama.

Warum nicht einmal auch das Tier in uns lebendig machen; erquicklich sicher ist es, als das stumpfsinnige Festhalten am Wästelhändchen. In diesen Wästelhändchen aber, so weit sie zur Stärkung nötig; billigere Preise. Ueberall in Art und Geschäftsführung Gasthäuser fehlen uns an breiterer, volkstümlicher Grundlage.

Da wäre vielleicht für unsere Vegetariervereine ein weites Feld. Ueberall draußen auf billigen Geländen Erfrischungshäusern; bereinigt womöglich mit Sonnen- und Luftbädern und, wenn das Glück gut ist, auch — Regenbädern.

Der Regen, dem Landmann ein willkommenes Freund, wird er von den großstädtischen Ausflüglern als tödlicher Feind gefürchtet. Aber nur seine weitergehenden Fährnisse am Leibe, dann tut er uns wirklich nichts.

Köstlich erquickend ist eine Regentour im Laubwald. Sonnen- und Regenbäder, keinen besseren Jungbrunnen weiß ich mir. Und dabei keinen, der billiger und leichter zu haben wäre.

Nach hier, mitten in der Weltstadt. Wo? Oben, ganz oben, wo die Luft am reinsten und frischesten. Auch über den höchsten Häusern haben wir ja Dächer, große unbemante Dachflächen. Ein paar Schuppbretter ringsherum, und ein paar hölzerne, oben unbedeckte Rabinnen.

Die könnten vom Hauswirt gegen ganz geringe Entschädigung jedem Mieter zur Benutzung gestellt werden. Dort, hoch droben über der Enge des Großstadtklammes in Sonne und Regen den Körper stärken; auch dem Geiste so manches gedrückten, lichtentwöhnten Hof- und Kellerbewohners, würde hier ein neues Freizeits- und Jagdbewußtsein aufgehen, das manch einer in seinen Modebädern vergebens sucht.

Der Verein Berliner Konstante und Industrieller hat zu der in Aussicht stehenden Personalreform in einer sehr ausführlichen Eingabe an den Minister der öffentlichen Arbeiten Stellung genommen. In der Eingabe werden gewichtige Bedenken gegen die Einführung der Schnellzugzuschläge und gegen die Aufhebung des Freigepädts erhoben, insbesondere aber gegen die hierdurch entstehende Verteuerung. Diese wird bei Reisen bis zu 500 Kilometer Entfernung durchschnittlich nicht weniger wie 30 bis 33%, Proz. betragen. Diese Verteuerung, welche für Handel und Industrie eine erhebliche Vermehrung ihrer Produktionskosten bedeutet, wird deren Beweglichkeit und Konkurrenzfähigkeit erheblich beeinträchtigen. Die Abschaffung des Freigepädts wird unter anderem auch dahin führen, daß der Luxus, welcher zurzeit bei Vergnügungs- und Erholungsreisen seitens des Publikums entwickelt wird, erheblich zurückgeht. Besonders die gesamte Bekleidungsindustrie wird durch Einführung dieser Maßnahme außerordentlich zu leiden haben. Für den Fall, daß zur Verbefähigung der Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens die Einführung des Schnellzugzuschlages und die Aufhebung des Freigepädts sich als unumgänglich erweisen sollte, so werden in der Eingabe folgende Vorschläge gemacht. Der Begriff des Schnellzuges ist festzustellen; als solche dürfen nur diejenigen Züge gelten, welche aus durchgehenden Wagen bestehen, Speise- bezw. Schlafwagen führen und auf der freien Strecke mit einer Geschwindigkeit von 80 Kilometer fahren. Korrespondierend mit diesen meisten Personenzüge mit mindestens 60 Kilometer Geschwindigkeit gefahren werden, welche nach den Hauptstationen durchgehende Wagen mit sich führen. Die Gepäckkategorie ist bis zu Gewichtsmengen von 50 Kilogramm in ganz allmählich steigender Weise zu gestalten, und es sind statt der vorgeschlagenen Abstufung von je 25 Kilogramm bis zur einer Grenze solche zu je 10 Kilogramm einzuführen. Auf diese Weise würde die durch Aufhebung des Freigepädts entstehende Verteuerung sich für kleine Gewichtsmengen weniger fühlbar machen. Schließlich erklärt es der Verein für dringend erforderlich, daß für die vierte Wagenklasse, welche die Reform völlig unberührt gelassen hat, Ermäßigungen eingeführt werden. Dies ist

